

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 3,00 Mark, monatlich
1,00 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer 10 Pf.
Wochensonderhefte: „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,00 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich
Ungarn 2 Mk. für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeln
in der Post-Verwaltung. Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Sonntag, den 27. April 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Parteigenossen!

An allen Orten rüstet man sich, die Maifeier zu einer würdigen, der Bedeutung des Weltfestes der Arbeit entsprechenden zu gestalten. Wir können uns wohl der Hoffnung hingeben, daß die Feier in diesem Jahre an Begeisterung und Umfang der in vorausgegangenen Jahren nicht nachstehen, ja sie übertreffen wird. Die Idee des Achtstundentages und der übrigen internationalen Bestrebungen der Arbeiterklasse hat ihren siegreichen Einzug in die Herzen aller denkenden und aufgestellten Arbeiter gehalten. Und mag die Reaktion kühner denn je das Haupt erheben, mag sie den Versuch auf neue wagen, mit verstärkten Nachmitteln gegen die siegreich vordringenden Anschauungen der neuen Zeit anzukämpfen, wir werden um so fester und treuer zu unserer Sache halten. Die Verfolgung wird uns erfrüger und unermüdlicher im Kampf für unsere Prinzipien finden; die Verfolgungswuth unserer Gegner wird für unsere Grundsätze nur neue Anhänger und Verteidiger werben. Im Kampf gegen die alte Weltanschauung, gegen Knechtschaft und Heuchelei sind wir gewohnt, Opfer zu bringen; nicht eher werden uns diese erspart bleiben, bis wir den Sieg über die Vertreter der heutigen Gesellschaft davon getragen haben.

Der 1. Mai ist einer internationalen Kundgebung gewidmet, an der sich die Arbeiter aller Länder beteiligen. Der Zweck ist in den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Paris im Jahre 1889 niedergelegt. Nicht nur der achtstündige Arbeitstag, wird an diesem Tage gemeinsam von den Arbeitern aller Länder gefordert, sondern auch die internationale Gesinnung von der Arbeiterschaft bekräftigt. Gerade in anbetrachter unserer gegenwärtigen politischen Lage gewinnt die Maifeier eine erhöhte Bedeutung und wir sind überzeugt, auch um so allgemeiner Theilnahme. Keiner unserer Parteifreunde darf der Feier fernbleiben. Wenn wirtschaftliche Nachmitteln verhindern, an dem Tage die Arbeit ruhen zu lassen und an den Vormittags-Versammlungen der Gewerkschaften theilzunehmen, der wird Gelegenheiten finden, am Abend den Veranstaltungen, die von der politischen Partei ausgehen, sich anzuschließen. Kein Genosse keine Genossin darf fehlen an dem großen Festtage der Arbeit!

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Der Einfluß der Frauen auf die Wissenschaft.

Von Henry Thomas Budle.

Aus dem Englischen übersetzt von Eugenie Jacobi.

Beim zweiten Beispiele, das den Erfolg der deduktiven Forschung darthut, will ich ins Mineralreich greifen. Auf den ersten Blick hin erscheinen die in der Natur vorkommenden Kristalle als die regellosten aller Gebilde. Schon in ihrer einfachsten Form sind sie von einer unverwundlichen Vielgestaltigkeit. Aber die aus der Verwitterung anderer Minerale entstandenen Bildungen, in denen sie sich gewöhnlich vorfinden, lassen sie noch weit seltsamer erscheinen. Schon lange hatten um diese sonderbar aussehenden Körper die Aufmerksamkeit der Gelehrten erregt, die, der üblichen induktiven Forschungsweise entsprechend, allerlei Untersuchungen an ihnen vornahmen. Die Kristalle wurden zerbrochen, gemessen, zerlegt, in den Schmelztiegel gethan und chemisch behandelt; kurz, man nahm alles mögliche mit ihnen vor, um hinter das Geheimnis ihrer Gestaltung zu kommen. Trotz heissen Bemühens wollte und wollte dasselbe sich aber nicht enthüllen. Da machte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Franzose Haüy, einer von den merkwürdigsten Menschen jener merkwürdigen Zeit, die Entdeckung, daß die scheinbar so unregelmäßigen Körper in Wahrheit vollständig regelmäßig gebaut sind, und daß die Abweichung der ursprünglichen Formen von denen zweiter Ordnung auf dem Gesetze der Verminderung — auf dem, was er die *Decreescenz* nannte — beruht. An dieses Ziel kam er aber nicht in seiner Eigenschaft als Naturforscher. Der Dichter war in ihm weit stärker vertreten und er liebte es, die Natur mit dem Auge eines solchen anzuschauen. Eine noch reichere Entwicklung als sein Verstand wies sein Gefühlslieben auf. Um seinen Erkenntnisbegriff zu stillen, versenkte er seine Blicke zuerst in die Pflanzenwelt, in deren Formen- und Farbenmühen seine Dichternatur förmlich schwelgte. Dabei nahm er die Be-

Die Agrarier im Kampfe gegen das Industrie-, Handels- und Leihkapital.

Gleich nach dem Antrag Rautsch sieht auf dem agrarischen Wunschzettel die Forderung, unsere Goldwährung durch die Doppelwährung zu ersetzen. So lange die Börse und die Handelskammern, die Hypotheken- und anderen Banken in dieser Forderung lediglich ein Mittel der Agitation sahen, so lange sie sicher der Ablehnung dieser Wünsche durch die Reichsregierung waren, stürzte der bimetalistische Lärm die Solidarität innerhalb der herrschenden Klassen wenig. Nun aber die Sache ernster wird, die deutsche Reichsregierung eine internationale Währungskonferenz einzuberufen im Begriffe steht, sie auch immer mehr von den Agrariern in die Enge getrieben wird, so daß man annimmt, daß sie ihnen zuletzt doch einen größeren Knochen wird zuwerfen müssen, rufen sich die Vertreter der Hypothekengläubiger zum Kampfe gegen die Agrarier.

Was steht für die Hypothekengläubiger bei der Einführung der Doppelwährung, bei der Wiederherstellung des Werthverhältnisses von 1 Kilogramm Gold gleich 15 1/2 Kilogramm Silber auf dem Spiele? Nichts weniger als fast das halbe Vermögen und die halbe Rente aus demselben! Der Bimetallismus bedeutet die Verpflichtung des Reiches, für Private Silber ebenso wie Gold auszugeben, die Verpflichtung der Privaten, Silbergeld ebenso wie Gold oder Reichsscheine anzunehmen, mit anderen Worten, die Möglichkeit, die Schulden, die man in Zwanzigmark-Scheiden aufgenommen hat, in Silbermünzen zurückzahlen zu dürfen und die Möglichkeit der Verzinsung von in Gold aufgenommenen Schulden in Silbermünzen. Nun hat das Kilogramm Gold heute nicht den Werth von 15 1/2, sondern von circa 30 Kilogramm Silber. Würde nun der Bimetallismus unsere Goldwährung ersetzen, so würden unsere verschuldeten Grundbesitzer sofort ihre sämtlichen in Gold aufgenommenen Hypotheken kündigen und durch Vermittlung ihnen zu Diensten stehender Bankiers und Banken, die sich dafür natürlich eine ausländische Provision zahlen lassen würden, dieselben in Silber zurückzahlen und dann ihren für den Moment schuldenfrei gewordenen Boden durch ihre Bankiers mit Silberhypotheken belasten lassen. Damit würde die Gesamtheit der deutschen Hypothekengläubiger um die Hälfte ihres Vermögens gekommen sein, denn die Mark unter dem bimetalistischen Systeme würde zwar wie zur Zeit der Goldwährung den Namen Mark tragen, sie hätte aber auf dem Weltmarkt nur den halben Werth,

jedenfalls nicht viel mehr als diesen. Nach einem durch die Erfahrung erwiesenen wirtschaftlichen Gesetze verdrängt das schlechtere Geld stets das bessere, unser Gold würde ins Ausland fließen, aber nicht nur unser Silber würde bei uns bleiben, sondern ausländisches Silber würde zur Ausgleichung der Handelsbilanz des Auslandes mit uns immer mehr zu uns fließen, während wir um ausländische Waaren, Getreide, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Petroleum u. d. zu kaufen doppelt so viel Silbermark ins Ausland schicken müßten, als wir früher Goldmark hinausgaben. Wir wollen hier nur den Schaden erörtern, den die industrielle und kommerzielle Bourgeoisie durch die agrarischen Forderungen zu gewärtigen haben, lassen also für diesmal die Konsequenzen für das Proletariat bei Seite.

Die Bourgeoisie sieht sich nun, wo die Wünsche der Agrarier über kurz oder lang aus dem Gebiete der Agitation in das der Erwägung durch die Reichsregierung übergehen können, zur Stellungnahme veranlaßt. Eine Handelskammer nach der anderen protestiert in diesen Wochen aufs schärfste gegen die bimetalistischen Pläne der Waffenhändler von gestern. Die um die Wende des Jahres, Warschauer, Hansmann würden es sich wohl heute überlegen, wie im Jahre 1893 zur Unterstützung der Wahlagitiation der Konservativen und der um Kardorff namhafte Geldbeiträge zu zeichnen, und Herr Koch, der Chef der Reichsbank, das geistige Haupt des deutschen Leihkapitals, findet im Herrenhaufe die schärfsten Worte gegen die Verschlechterer der Währung, der deutsche Handelsstag bezeichnete jede Erschütterung der Goldwährung als eine fundamentale Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens und fast gleichzeitig haben Epiken des deutschen Industrie- und Bankkapitals einen Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung gegründet. All' dies spricht dafür, daß das deutsche Industrie- und Bankkapital in dem Treiben der Mirbach, Kardorff, Vrentt nicht mehr ein harmloses Spiel mit Worten, sondern bitteren Ernst sieht, und so ist der Schluß berechtigt, daß die Kämpfer für die Doppelwährung ernst auf dem eisernen Reifen seien, der nun fast zwei Jahrzehnte die Vertreter aller Kapitalsinteressen in Deutschland so fest umklammert hielt.

Nun noch ein Wort über die von agrarischer Seite angeregte Verstaatlichung der Reichsbank. Niemand, der das politische Treiben der um Bloch und Mantouffell berufsmäßig beobachtet hat, wird der Vermuthung Raum geben, daß diese Wünsche aus irgend welchem prinzipiellen etwa staatssozialistischen Anschauungs-

griffe des Ehemaligen in sich auf, die ihn, wie Envier verführt, dahin führten, in den scheinbar so regellos gestalteten Kristallen durchaus regelmäßige Formen zu vermuthen. Er glaubte, daß hierin eine wenn auch den Sinnen noch verschleierte Schönheit sich berge. Sobald dieser Gedanke in ihm festen Fuß gefaßt hatte, war die Hälfte der Entdeckung gemacht. Der rechte Weg lag nun erschlossen vor ihm. Andere hatten vermittels der Sinnenwelt vergeblich zu erzielen versucht, was ihm im Bereiche des Gedankens gelang. Ich ergehe mich damit keineswegs in einer bloßen Behauptung. Haüy selbst spricht sich in seinem großen Werke über die Mineralogie in dem Sinne aus und bestätigt, daß er von jener Vorstellung aus seinen Gegenstand erforschte. Zwei Umstände sind dabei noch ganz besonders zu beachten. Haüy, der allgemein als Begründer der Kristallkunde angesehen wird, hatte so unvollkommene Arbeitsmittel in Händen, daß spätere Vertreter jener Wissenschaft erklärten, kaum eine seiner Abmessungen wäre genau. Hierüber darf man um so weniger staunen, weil der Winkelmesser, dessen er sich bediente, von sehr mangelhafter Beschaffenheit war. Wollaston hat seinen Winkelmesser erst später erfunden. Haüy wurde aber auch so von seinen dichterischen Neigungen ungesponnen, daß ihm dabei die geringen mathematischen Kenntnisse, über die er verfügte, hatte, ganz entschwanden. Als er nun seine eigene Wissenschaft im Innern ausbaute, mußte er sich erst, gleich einem Schulknaben, mit den Anfangsgründen der Raumlehre vertraut machen, um der Welt das, wovon er selbst überzeugt war, beweisen und die Gesetze der Form auf den Bau der Minerale anwenden zu können.

Ich will jetzt zum Pflanzenreiche übergehen und auf diesem Gebiete den Werth der deduktiven Forschung darthun. Nach dem großen Gesetze von der Umbildung der Pflanzen sind bei jeder Pflanze die Staubfäden, Stempel, Blumentronen, Deckblätter, Blumenblätter u. s. w. weiter nichts als umgestaltete Blätter. Wie sehr diese einzelnen Theile auch in ihrer Form, ihrer Farbe, ihrer Lebens- thätigkeit von einander abweichen, so stellen sie doch nur verschiedene Punkte der Entwicklung des Blattes dar, verschleierte seiner Geschichte, könnte man sagen. Um zu einem solchen Ergebnisse zu gelangen, ist aber nicht etwa Jahre hindurch untersucht, beobachtet, gesammelt und ge-

ordnet und so aus dem Bau der Pflanzen das diesen Bau bedingende Gesetz erkundet worden. Goethe, Deutschlands größter Dichter, ja einer von den größten Dichtern überhaupt, machte die Entdeckung nicht trotzdem, sondern gerade weil er ein Kind der Muse war. Seine wunderbare Vorstellungskraft, seine Liebe zur Schönheit und sein außerordentliches Verständnis für die Form ließen ihn von der Höhe, auf der er stand, herabblenden und unten das, was er droben erschaut hatte, darlegen. Die künftigen Vertreter der Pflanzenkunde verworfen seine Erfindung. Sie waren empört darüber, daß ein Dichter in ihr Gebiet hinübergriff. Er, der Verse machte und Theaterstücke schrieb, dem jede Fachbildung fehlte, der kein Vergrößerungsglas zur Hand genommen und keine großen Untersuchungen über das Wachsthum der Pflanzen angestellt hatte, drang in das Gehege der Naturwissenschaft ein. Wahrlich, gar zu arg! Göthe aber konnte warten, und die Eiferer der Thatsachen unterlagen schließlich den Vertretern der Gedankenwelt. Auf ihrem eigenen Grund und Boden wurden die Naturforscher durch einen Dichter aus dem Felde geschlagen. Jetzt nimmt man die große Entdeckung mit offenen Armen auf. Es thun dies die selbigen Leute, die als Zeitgenossen Göthe's sich bestig dagegen ausgesprochen hätten, und die der Geschichte unserer Wissenschaft zum Trost auch heute noch behaupten, daß alle solche Entdeckungen auf induktivem Wege gemacht werden, und daß jedes sonstige Verfahren eines richtigen Denkers unwürdig ist.

Eine andere wichtige Errungenschaft trug der große Dichter ganz in der gleichen Weise davon. Auf einem bei Benedig gelegenen Kirchhofe herumgehend, stieß er mit seinem Fuße an einen Schädel. Da kam ihm plötzlich der Gedanke, daß der Schädel aus Wirbeln bestehe, d. h. daß die den Kopf umschließende Knochenbedeckung nur eine Fortsetzung des Rückgrates ist.

Oen nahm später diesen lichtvollen Gedanken auf. Auch andere bedeutende Naturforscher — in Deutschland und in Frankreich — traten für ihn ein, während er in England erst Eingang fand, als Owen in seinem hervorragenden Werke über die Wirbelknochen auf ihn hinwies. Daß Goethe die Entdeckung am Ende des 18. Jahrhunderts

kreise erwachsen sind, jedermann weiß, daß die Reichsbank bloß deshalb zur vollständigen Reichsanstalt gemacht werden soll, damit sie bestraft werde für ihre geringe Fähigkeit den Wünschen der Agrarier gegenüber und damit sie nach ihrer Umgestaltung zur mildernden Ruh für den verschuldeten Großgrundbesitz Ostelbiens werden könne.

Die Reichsbank wurde durch das Gesetz vom 14. März 1875 mit einem Grundkapital von 120 Millionen Mark errichtet mit dem ausgesprochenen Zweck, den Geldumlauf im gesammten Reichsgebiete zu regeln, die Zahlungsansprüche zu erleichtern und für die Nuhbarmachung verfügbaren Kapitals zu sorgen. Das Kapital der Reichsbank ist von Privaten eingezahlt, die Verwaltung und Leitung liegt aber schon jetzt fast vollständig in den Händen des Reiches. Der Gewinn wird zwischen Anteilseignern und dem Reich in der Weise getheilt, daß zunächst die Anteilseigner 3 1/2 pCt. des Grundkapitals und nach Ergänzung des Reservefonds je eine Hälfte des Restes der Aktionären und dem Reich zufallen, bis die Dividende der Aktionäre 6 pCt. ausmacht, worauf von den weiteren Ueberschüssen das Reich 1/4, die Aktionäre 1/4 beziehen. Die Geschäfte, welche die Reichsbank betreiben kann, sind ihr gleichfalls durch Reichsgesetz vorgeschrieben, sie bestehen in Handel in Gold und Silber, Diskontierung und Handel in guten Treuhandwechseln, Darlehen gegen Pfand (Gold, Silber, bestimmte Werthpapiere, im Inland lagernde Kaufmanns-Paaren, Depositionen), Giroverkehr, begrenzten Effektenhandel. Das, was die Reichsbank als Notenbank charakterisiert, ist ihr Recht, Banknoten auszugeben, dieselben müssen zu einem Drittel in Gold oder Reichsschatzschätzen, zu den übrigen zwei Dritteln in guten, kurzfristigen Wechseln gedeckt sein. Die Bank muß jederzeit bereit sein, ihre Banknoten in Gold oder Reichsschatzschätzen umzuwechseln. Die ganze Organisation der Reichsbank ist in erster Linie auf einen kaufmännischen, schon weniger auf einen industriellen Kundenkreis zugeschnitten. Der Landbau treibenden Bevölkerung kann sie bloß in sehr beschränkten Grenzen dienen, weil dieser Theil der Bevölkerung i. d. R. nur an langfristigen Darlehen, Hypotheken, oder mindestens drei Viertel Jahre laufenden Wechseln ein Interesse hat. Während das kaufmännische und vor allem das Börsenkapital oft in wenigen Tagen mehrmals umschlägt, das Industriekapital dies i. d. R. mehrmals im Jahre thut, währt die Umschlagsperiode in der Landwirtschaft i. d. R. ein Jahr. Deshalb konnte die Reichsbank, bei der alles darauf ankommt, ihre Werthe jederzeit zum Zweck der Noteneinführung in Geld umsetzen zu können, den Forderungen der Agrarier nach Gewährung von Darlehen an kreditbedürftige Landwirthe lange nicht in dem Maße nachkommen, wie es von ihr gefordert wird. Fälschlicherweise wird der Beihilfe des Börsenkapitals die Schuld hierfür zugeschoben, während die einfache Erklärung, daß diese Geschäftspraxis mit dem Wesen aller Notenbanken unbedingt verknüpft ist, einfach übersehen wird. Wären die Herren Mirbach, Plög, Kanitz und Kardorff die Hauptaktionäre der Reichsbank, sie könnten nach dieser Richtung deren Geschäftsbetrieb doch nicht ändern. Der Einfluß des Reichskanzlers auf die Verwaltung der Reichsbank ist heute schon so groß, daß selbst bei der gänzlichen Verstaatlichung derselben der Einfluß der Reichsverwaltung kaum stärker zum Ausdruck kommen würde, als heute.

Welchen Nutzen versprechen sich nun da die Agrarier, von der Verstaatlichung der Reichsbank? Keinen anderen, als den einer unsoliden Verwaltung, welche nicht in erster Linie die sofortige Einlösbarkeit der Noten, sondern die Gewährung von Darlehen an kreditbedürftige Landwirthe zur Folge hätte. Sie würden dann in der Reichsbank einen unerschöpflichen Dispositionsfonds der Reichsregierung zur Unterstützung ihrer konservativen Freunde erblicken. Wir

gemacht hat, steht fest, und ebenso gewiß ist's, daß noch fünfzig Jahre später englische Aerzte trotz aller ihrer Werkzeuge und alles Berglebens nichts von derselben wußten oder doch verächtlich auf sie herabsahen.

Von keinem Fachgelehrten ging sie aus. Sie erstand in einer Umgebung, die die Einbildungskraft des Dichters anzuregen geeignet war, im Lande der Wunder, im Lande derer, die malen und singen und sagen. Die mit dem Staube der Verwesung angefüllte Stätte mußte den Wanderer in feierlichen Schauern erbeben lassen. Ueber den Verstand kommt eine gewisse Lähmung, und gelöst von jeder Fessel, schwingt die Einbildungskraft sich zu jenen Höhen empor, auf denen sie ihre eigentliche Heimath hat.

Dieses Verweilen Goethe's auf dem italienischen Kirchhofe erinnerte mich oft an die wundersame Szene, in der der große Shakespeare seinen Hamlet zwischen den Gräbern umherwandern läßt. Der dänische Denker weiß noch nicht, daß die letzte Ruhestätte, an der eben geschaufelt wird, diejenige aufnehmen soll, die seinem Herzen am nächsten steht. Erschütterung durchdringt auch ihn, und gleich dem großen deutschen Dichter nimmt er einen Schädel zur Hand. Beim Anblicke dieser einstigen Hülle des Geistes ziehen Bilder der Nichtigkeit und des Zusammenbruchs menschlicher Größe an ihm vorüber. Um zwei Jahrtausende führen seine Gedanken ihn zurück. Er glaubt fast, den Schädel Alexander's des Großen in Händen zu haben, und vergleicht diese Knochenmasse mit dem, was sie ehemals war. Dann, wie Goethe, sich plötzlich in eine gedachte Körperwelt versenkend, dringt er ein in die für seine Zeit so schwer fassbare Lehre von der Unvergänglichkeit des Stoffes, der keine Vernichtung, sondern nur eine Umwandlung erfährt. Er vergegenwärtigt sich die Möglichkeit, daß die Ueberreste der größten Menschen ganz unedeln Zwecken dienen können. In seinem Gedankenspiele hemmt ihn der neben ihm stehende rechtschaffene und anhängliche, aber beschränkte Horatio, einer von jenen Menschen, die ganz dazu angethan sind, dem emporstrebenden Geiste die Bahn zu erschweren. Aus den Worten Hamlet's hört Horatio nur wirre Hirnspinnereien heraus, und wie zwei vollständige Gegensätze, wie die Verkörperung der Gedanken und die der Sinnwelt, stehen dieser und jener neben einander. In gleicher Weise wurde auch einem Goethe von seinen Zeitgenossen begegnet, und nur zu oft hängt man dem beschwingten Gedanken ein Bleigewicht an. Das Keimen und Wachsen des Menschengeistes wird gehemmt. Gedanken unterliegen den Thatfachen, die Angelegenheiten des inneren Lebens denen des äußeren, und der Horatio des Handelns entmuthigt den Hamlet des Denkens.

Viel hieße sich wohl noch über diesen Gegenstand sagen. Der weitgehendsten inneren Theilnahme wird er ja bei allen denen sicher sein, die über das Getriebe der Alltäglich-

halten eine solche Entzweiung vorerst für unmöglich. Würden die Agrarier aber bei dem Ablauf des Vertrages mit der Reichsbank ihre Wünsche durchsetzen, so würde in den Kreisen des Bank- und Handelskapitals, die von der Reichsbank als der großen Zentralbank abhängig sind, und auf ihre unbedingte Sicherheit stets bauen können müssen, Beunruhigung und Unsicherheit eintreten. Deshalb wird das Handels- und Industriekapital mit dem allergrößten Mißtrauen einen Feldzug gegen die Reichsbank verfolgen und jeder Angriff auf dieselbe wird die Erhebung der Verhältnisse zwischen den Kreisen des ländlichen und städtischen Kapitalbesitzes fördern müssen.

Wir stehen erst am Anfange der Entfremdung des agrarischen mit dem industriellen und kommerziellen Kapital, wir sehen aber schon die von Bismarck geförderte Solidarität zwischen den verschiedenen Kapitalinteressen in die Brüche gehen.

Wird die Sozialdemokratie hiervon einen Nutzen haben? Ja und nein!

Nicht wie in England, wo der Widerstreit der agrarischen und industriellen Interessen zu einer Stärkung der Position, zu einer Förderung der Rechte der Arbeiterklasse geführt hat, denn im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, werden sich die feindlichen Brüder die Hand reichen.

Aber in dem Sinne können wir mit der Entwicklung zufrieden sein, daß sie eine Schwächung unserer Gegner, ein gegenseitiges rasches Aufheben im Kampfe, eine vermehrte Unsicherheit auf dem Regierungsschiffe zur Folge haben wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. April.

Der Bundesrath hat gestern auch über die geschäftliche Behandlung der vom Reichstage bei Verathung des Reichshaushaltsetats für 1895/96, sowie bei Verathung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Vornahme einer Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895, zu Petitionen gestellten Beschüsse und über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt.

In Stelle des aus dem Bundesrath ausgeschiedenen, jetzigen königlich bayerischen Staatsministers v. Landmann wurde der königlich bayerische Ministerialdirektor v. Herrmann zum nichtständigen Mitgliede des Reichs-Versammlungsamts gewählt.

Die Nachwahl in Dresden-Land hat schon im ersten Wahlgange mit dem Siege des Sozialdemokraten Horn beendet.

Nach neuerer Feststellung gestaltete sich das Wahlergebniß der Reichstags-Erswahl im sechsten sächsischen Wahlkreise wie folgt: Horn (Sozialdemokrat) ist mit 16 516 Stimmen gewählt; Hartwig (Antisemit) erhielt 8538 und Andra (kons.) 7589 Stimmen.

Demnach hat unser Kandidat mit einer Majorität von 389 Stimmen gesiegt. Unsere Stimmzahl ist um 886 gestiegen, die der Antisemiten um 3242 gefallen; ein Theil derselben, 2725, ist den Konservativen zu gute gekommen. Unsere Partei hat demnach seit dem 15. Juni 1893 um 5,5 pCt. der Stimmen zugenommen, dagegen haben Antisemiten und d. Konservative eine Einbuße von 3,1 pCt. ihrer Stimmen erlitten.

Durch die Wahl Horn's ist die sozialdemokratische Fraktion wieder auf 45 Mitglieder angewachsen und damit der Verlust eines Reichstagsmitgliedes, den unsere Partei infolge der Überlenkung des Mandats für Lennep-Riemscheid erlitten hat, wieder wettgemacht.

Da die Wiederwahl des Genossen Meißt wahrscheinlich ist und noch außerdem eine Stichwahl im Wahlkreise Weimar-Ilpolda stattzufinden hat, so ist eine weitere Vermehrung unserer Reichstagsfraktion zu gewärtigen.

feit hinansichauen, die auch nach einem Einblicke in das Werden unserer Wissenschaft Verlangen tragen. Allein ich fürchte, vielleicht schon zu ausführlich gewesen zu sein, und kann dabei kaum annehmen, daß mir die völlige Klarstellung eines jeden einzelnen Punktes gelungen ist. Immerhin hoffe ich nicht ganz vergebens für die in England seit zwei Jahrhunderten so unvernünftig in den Hintergrund gedrängte deduktive Forschungsweise gesprochen zu haben. Nathürlich denke ich nicht im mindesten daran, den Werth des entgegengesetzten Verfahrens hinwegzulegen zu wollen. Man kann's unmöglich vergessen, daß große Geheimnisse der Natur nur auf letzterem Wege entlockt worden sind, und allen, die der Wissenschaft in dieser Weise Schätze zuführten, soll die ihnen gebührende Ehre ohne weiteres offen und uneingeschränkt mit Freuden zugefanden werden. Ich wage aber darauf hinzuweisen, daß eben nicht alle Entdeckungen auf dem einen so großen Beliebtheit sich erfreuenden induktiven Wege gemacht worden sind.

(Schluß folgt.)

Ehrung der Rastatter Freiheitskämpfer.

Aus Rastatt wird uns geschrieben: Endlich hat das seit zwanzig Jahren bestehende Komitee, das sich zur Aufgabe machte, für die neu gefundenen in den Rastatter Gräbern liegenden Freiheitskämpfer aus dem Jahre 1849 ein würdiges Denkmal zu beschaffen, den ersten namhaften Erfolg zu verzeichnen. Infolge energischer in den letzten Jahren wieder aufgenommenen Thätigkeit erzielte es einen Beschluß des Rastatter Gemeinderaths, wonach nicht nur der Errichtung eines Denkmals seitens des Komitees nichts im Wege stehe, sondern die Gemeindeverwaltung auch gewillt sei, die auf dem alten Friedhof gelegenen Gräber nicht ausgraben, sondern auf ewige Zeiten erhalten zu lassen. Offenbar hatte in dieser günstigen Stimmung die besonders in sozialdemokratischen Kreisen schon seit einiger Zeit alljährlich in steigendem Maße wiederkehrende Schmückung der Gräber und die hieran sich knüpfende langjährige Verurtheilung eines unserer Genossen den ersten Anstoß gegeben und die Denkmalsfrage wieder in Fluß gebracht, nachdem sie seit dem Tode des Gouvernements Rastatt, kein Denkmal zu bilden, allmählich einzuschlafen schien. Und so wurde am Mittwoch, den 24. April, mit der nothwendigen theilweisen Ausgrabung der Reichen vorgegangen. Seitens des Komitees waren dazu beordert dessen Mitglieder Franz Peter von Achern und Th. Loh von Baden-Baden, seitens der städtischen Behörde Herr Gemeinderath Klumpp und Rastatt, der als Knabe von 12 Jahren mehreren Exekutionen beigewohnt hatte.

Ohne Sarg hatten damals die Schergen den brutalen Mordthäter in die Erde eingegraben; nur Josef Rielmarx, der Feldwebel aus Rastatt, der am 8. Oktober erschossen wurde, erhielt auf dringende Bitten seines Vaters von der Kommandantur

Reichstags-Erswahl in Weimar-Ilpolda. Vizeher wurden gewählt für Rulmann (natl.) 2873, Reichmuth (kons.) 4506, Baumbach (frei.) 4562 und Baubert (Soz.) 5884 Stimmen. Die Ergebnisse aus einigen ländlichen Bezirken sehen noch aus. Voraussichtlich hat eine Stichwahl zwischen Baubert und Reichmuth stattzufinden.

Zur Reichstags-Stichwahl in Lennep-Mettmann fordern Nationalliberale und Freikonservative zur Unterstützung des freisinnigen Kandidaten auf. Die Konservativen sind für Stimmhaltung. Wir werden aus eigener Kraft siegen!

Herr v. Köller fürchtet den Sturm gegen die Umsturzvorlage. Er sucht überall Petitionen der Gemeindevertretungen und Verwaltungen gegen die Umsturzvorlage zu verhindern. Ebenso wie in Berlin wurde in Stettin an den Magistrat die Weisung erlassen, einem von den Stadtverordneten in Ueberschreitung ihrer Befugnisse zu fassenden Beschluß wegen Absendung einer Petition gegen die Umsturzvorlage die Ausführung zu versagen.

Daß Herr v. Köller mit diesen Maßregeln bloß den Gegnern der Umsturzvorlage nützt und den Werth der Kundgebungen nicht vermindert, sondern erst recht zu energischer Stellung gegen den Gesetzentwurf Veranlassung giebt, wird die Reichsregierung bald merken.

Auch in Charlottenburg hat die Stadtverordneten-Versammlung auf den Antrag des freisinnigen Stadtschend einstimmig beschloffen, eine Petition gegen die Umsturzvorlage an den Reichstag zu senden und der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten. — Ob Herr v. Köllner auch nach Charlottenburg schon telegraphirt hat?

Zur Köllnerung der Berliner Stadtverordneten. Die „Köller'sche Korrespondenz“ müht sich ab, das Verbot des Oberpräsidenten wegen der Petition gegen die Umsturzvorlage zu rechtfertigen. Das ministerielle Sprachrohr markirt dabei die Unschuld vom Lande, indem es die Meinung verbreitet, der Protest gegen das Knebelgesetz sei nicht Sache der Gemeinden und charakterisire sich als eine Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten, was durch die Städte-Ordnung verboten ist. Der Köller'sche Vorstoß gegen das Petitionsrecht der Stadtverordneten ist für Berlin wirkungslos geblieben. Man hat sich vernünftigerweise weder an Herrn v. Köllner noch an Herrn Zelle gelehrt und einfach eine Petition kontra Umsturzvorlage beschloffen. Nach der Städte-Ordnung und dem Zuständigkeitsgesetz hat übrigens niemand das Recht, die Verhandlung irgend eines Gegenstandes in der Stadtverordneten-Versammlung zu verhindern. Das Gesetz giebt der Vormundschafts- und Aufsichtsbehörde das Recht, Beschüsse der Gemeindevertretung beanstanden und deren Ausführung untersagen zu lassen, soweit aber sind wir noch nicht gekommen, daß auch die Tagesordnungen der Stadtverordneten-Versammlung der hohen oberrechtlichen Zensur unterliegen. Vielleicht kommt's noch; wundern würde es uns nicht bei der Rücksichtlosigkeit, die jetzt im Namen der Religion, Ordnung und Sitte getrieben wird. Aber vorläufig war der Liebe Müß' umsonst. Der Beschluß, beim Reichstage gegen die Umsturzvorlage zu petitioniren, ist einstimmig gefaßt worden. Das Verbot, die Angelegenheit nicht zu verhandeln, hat nur die Wirkung gehabt, daß gestern Abend im Rotzen Hause von Berlin, feste um sich gehalten wurde. Dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, bei dem am Donnerstag der Bürgerstolz kein leeres Wort gewesen, ist gestern folgendes Telegramm zugegangen:

Auf Grund der §§ 42 und 122 des Landesverwaltungs-Gesetzes und der §§ 35 und 36 der Städte-Ordnung wird Ihnen hierdurch bei Vermeidung einer Geldstrafe von 300 M. die Ausführung des gestern von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßten ungesetzlichen Beschlusses wegen Absendung einer gegen die

einen Sarg bewilligt, in den ihn sein Vater alsdann eigenhändig betete. So fand man außer den Knochen bei der Ausgrabung nur ganz spärliche Ueberreste.

Die Namen der Ausgegrabenen sind: R. Jacobi von Mannheim, Major der Volkswehr. Ph. Zenthöfer von Mannheim, Kanonier. R. Zenzinger von Rastatt, badiischer Korporal und ausständischer Lieutenant. Th. Mnievsky aus Wodjierady in Rußisch-Polen, Freischarenführer. G. Bänning von Wiesbaden, ehemaliger hessischer Offizier und Oberst der Schweizer Legion. R. Heilig von Pfaffenlof, badiischer Artilleriewachmeister und während der Belagerung Kommandant der Artillerie. G. M. Ziedemann, ehemaliger badiischer Dragoner-Lieutenant und Gouverneur von Rastatt. G. von Biedenfeld, pens. badiischer Major und während des Russlandes Oberst des 8. badiischen Infanterie-Regiments. G. Elsenhans, Altkriegs-Feuerbach, Württemberg, während der Belagerung Mediziner des „Festungsboten“ und erklärter sozialer Demokrat. Unversehrt erwiesen sich nur die Schädel von Jacobi, Zenthöfer und Zenzinger. Bei Bänning fand sich ein in einem Griff feststehendes Messer vor, bei Mnievsky Ueberreste einer schwarzrothgoldenen Schärpe mit grünen Franzen, an der man noch deutlich die großen schwarzen Augespuren sieht; auf der Schärpe an seinem Band ein militärisches Kreuz mit russischen Buchstaben. Die Uebereinstimmung der gefundenen Ueberreste mit den auf den Gräbern angegebenen Namen läßt sich nur mit Sicherheit bei Mnievsky behaupten. Von Zenzinger sagten Augenzeugen seiner Erziehung, daß er einen außerordentlich kleinen Kopf gehabt habe, was mit dem gefundenen noch mit diesem Haar bedeckten Schädel allerdings übereinstimmen würde. Von Heilig behauptet dagegen Herr Gemeinderath Klumpp als Augenzeuge von dessen Begräbnis, daß er nicht mit aufgefunden worden sei, sondern noch in einem anderen Grabe ruhe, in das er, nur mit Hemd, Unterhosen und Socken bekleidet, gelegt worden sei, nachdem man ihm, der ein außergewöhnlich großer Mann war, die Knie gebeugt habe, um ihn in dem allzu klein gerathenen Grab unterbringen zu können.

Die Ueberreste wurden in ein Massengrab gebracht, das demnach mit den übrigen Gräbern zusammen eine vorerst eiserne Umfriedigung erhalten wird. Nur wenige Reingetragene hatten sich an dem trüben Morgen auf dem alten Friedhof in Rastatt eingefunden, um einem Städt. Umsturz eines nun bald 46jährigen Unrechts beizuwohnen. Denn nicht nur, daß die nachsichtige Reaktion die Opfer des militärischen Wortbruchs ohne Sang und Klang und Sarg wie Hunde eingelocht hatte, so verweigerte sie ihnen auch jeglichen Grabhügel. Aber dem jähren nimmermüden Eifer dankbarer Epigonen ist es doch gelungen, den Todten die ihnen gebührende öffentliche Ehre zu verschaffen. Und als nach Beendigung des traurigen Schauspiel der Ausgrabung die Frühlingssonne siegreich aus den ellenden Wolken hervorbach, da wandten sich unsere Genossen heimwärts mit dem tröstlichen Gedanken, daß die Zeit des großen und kleinen Kalibers bald vorüber ist und einst auch über den Gräbern der Rastatter Märtyrer die unblutige Sonne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufgehen wird.

Logenname Umsturzvorlage gerichteten Petition an den Reichstag unterlegt. Der Oberpräsident v. Kienbach.

Dieses Mal war aber Herr Vangerhaus früher aufgetreten. Der Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung ist bereits am Donnerstag Abend ausgeführt und der Reichstag in den Besitz der Petition gesetzt worden. Armer Kienbach!

Der Stadtrat gegen die Umsturzvorlage wird nun am Sonntag, den 5. Mai, in Berlin abgehalten. Gegenwärtig ist Stadtverordneter-Vorsteher Dr. Vangerhaus damit beschäftigt, im Namen eines Berliner Komitees, bestehend aus beiden Bürgermeistern, Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten, hervorragende Leute anderer Kommunalbehörden zu suchen, ihren Namen unter einen Aufruf zur Einladung für diesen Kongress zu setzen.

Das Zentrum und die Umsturzvorlage. Ein Parlaments-Berichterstatter schreibt:

„In der Zentrumsfraktion des Reichstages hat die gegenwärtige Stimmung gegen die sogenannte Umsturzvorlage soweit Oberhand gewonnen, daß bereits 50 Mitglieder, also die Hälfte, entschlossen sein sollen, den Gedanken an das Zustandekommen irgend welcher Form von Umsturzvorlage von sich abzuweisen.“

Die „Köln. Volks-Zeitung“ hebt hervor, daß Zentrum werde bei der Umsturzlage nur für den Kommissionsbeschluss stimmen. Wollten die Konservativen und Reichsparteiler die Vorlage nicht nach den Wünschen des Zentrums annehmen, so werde die ganze Vorlage scheitern. Das Zentrum werde unter keinen Umständen zulassen, daß man „die bürgerlichen Paragraphen“ in der Form zu Stande bringe, wie es die Selbstsucht der Mittelparteiler wünscht und die Schwäche der Konservativen neuerdings ermöglicht.

Man wird gut thun, diesen und ähnlichen Nachrichten das härteste Mißtrauen entgegenzubringen. Wahrscheinlich ist, daß Nachrichten, wie die von 50 Gegnern der Umsturzvorlage in der Zentrumsfraktion, bloß zu dem Zwecke verbreitet werden, um die öffentliche Meinung zu beruhigen und den gefährlichen Druck der Volksstimmung auf den Reichstag zu vermindern.

Gegen die Umsturzvorlage führt das neue Petitionsverzeichnis im Reichstage 1971 Petitionen auf.

Zum Umsturzgesetz schreiben die „Grenzboten“: „Es ist müßig, über das schließliche Schicksal der Umsturzvorlage Vermutungen anzustellen. Welch törichte Ironie, daß sie heute selbst von ihren freikonservativen und nationalliberalen Zuspätkern verlassen wird und zum Siegeszeichen für das triumphierende Rom geworden ist! Was den Freund des deutschen Volkes mit Trauer erfüllt, ist die Wahrnehmung, daß in unserer Zeit des rückwärtslosen Jagens nach materiellen Interessen der Sinn für die hohen, idealen Güter der Geistes- und der bürgerlichen Freiheit immer mehr abhanden zu kommen scheint. Man darf sich darüber nicht täuschen, daß das deutsche Bürgertum, wenigstens das der bestehenden, wenn auch nicht der gebildeten Klassen auch die Umsturzvorlage mit lauer Gleichgültigkeit hingeworfen, ja sie gar zum Gegenstand politischer Handelsgeschäfte gemacht hat. Erst seit es sich selbst mit bedroht fühlt, fangen ihm langsam an die Augen aufzugehen. Fast scheint es, als wenn den Deutschen wieder Tage der Trübsal beschieden wären, damit sie klug würden. Ein harter und fremder Zug bringt in unser gemüthvolles Volksleben ein, eine dilettantenhafte Art, durch die während wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten vierstündig hindurchzufahren. Für Deutschland steht dabei zu viel auf dem Spiele, als daß wir nicht von Herzen wünschen müßten, das hohe Gut verfassungsmäßiger Volksfreiheit ohne innere Erschütterungen zu bewahren. Geden wir deshalb die Hoffnung nicht auf, daß auch die Umsturzvorlage als ein drohlicher Eingriff in diese Freiheit für immer werde zu den Tödlern geworfen werden.“

Konservative gegen das Umsturzgesetz. Eine zahlreiche Besuche, vom Vorstand der konservativen Vereinigung überlieferte Volksversammlung in Wiedenkopf (Abz. Wiesbaden) nahm nach dem Vortrage des Redakteurs v. Gerlach-Berlin, einstimmig eine geharnischte Resolution gegen die Umsturzvorlage an.

Die Nationalliberalen gegen die Umsturzvorlage. Die der Zeit plötzlich in diesen Tagen emporwuchernde Kampfe der Nationalliberalen gegen das Umsturzgesetz zu verstehen ist, das zeigt recht deutlich eine Erklärung, die der nationalliberale Verein in Dresden beschlossen hat. Der ursprüngliche Grundgedanke des ganzen Kampfes gegen den Umsturz, der Kampf gegen die Sozialdemokratie, war den Leuten schon in der Regierungsvorlage nicht rein genug zum Ausdruck gekommen, und die Umsturzvorlage mit den Änderungen des Zentrums genügt ihnen nun schon ganz und gar nicht mehr. Darum der Kampf gegen das Umsturzgesetz! In der Dresdener Erklärung heißt es:

In der Reichstagskommission hat die Vorlage eine derartige mit ihrem Zweck in keinerlei Zusammenhang stehende, sondern nur ultramontanen Herrschaftszwecken dienende Änderungen und Zuläufe erfahren, daß sie in dieser oder ähnlicher Gestalt für uns unannehmbar geworden ist, sowohl von liberalen als nationalem Gesichtspunkte aus. Der Grundgedanke des Kampfes gegen den gewalttätigen Umsturz ist jetzt abgeschwächt zu gunsten eines Kampfes gegen die freie Meinungsäußerung in staatlichen und kirchlichen Dingen, während die Ultramontanen sich gleichzeitig durch Aushebung des Ranzelparagraphen die Freiheit des Mißbrauchs der Ranzel zur Störung des öffentlichen Friedens wieder gesichert haben.

Eine Interpellation bezüglich der Haltung unserer Reichsregierung in der asiatischen Frage wurde von der „Freisinnigen Zeitung“ angekündigt. Darob rohspiegelndes Geschimpfe der nationalliberalen Mannesheute. „Solches passe sich nicht“ — sagen die Staatsmännernden Anstaltsdamen. Sie haben ein kurzes Gedächtnis. Die Interpellationen waren seinerzeit eine Spezialität der Nationalliberalen, insbesondere ihrer ewigen Julius-Straßmannes-Bewunderer. Freilich, es waren stets besetzte Interpellationen. Und besetzte Arbeit wäre die von der „Freisinnigen Zeitung“ angekündigt — übrigens ins Wasser gefallen — allerdings nicht. Das freilich ist ein Verbrechen.

Die Aktion der Vereinigten Staaten von Europa hat in England, um den Ausbruch der „Times“ zu gebrauchen, Verwunderung und Heftigkeit erzeugt — was allerdings nur zu begreiflich ist. Während man es von den Franzosen schon längst gewohnt war, sie im Schlepptau Auslands zu sehen, fehlt den Engländern und auch anderen Leuten wirklich das Verständnis dafür, wie die deutsche Regierung sich zu einer so lächerlichen Donquixoterie hat entschließen können. Das blamabelste Fiasko ist unvermeidlich, zumal sich die Vereinigten Staaten von Amerika auf Seiten Englands geschlagen haben. Und die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine Macht, während die Vereinigten Staaten von Europa heute ein groteskes Schattenbild an der Wand sind.

Intelligenzhaat und Militärhaat. Im preussischen Intelligenzhaat fehlen nach den neuesten statistischen Nachforschungen allein in 19 ober-schlesischen Kreis- und Provinzialinspektionen 879 Lehrer — und beträgt die Zahl der Lehrer, die nicht da ist, für Ober-schlesien „weit über siebenhundert“. Wohlgerichtet

bloß für Oberschlesien. Wie viel auf der von Lehrstellen im ganzen Intelligenzhaat Preußen unbesetzt sind, das kann der Leser sich ungefähr ausrechnen. Wie viel Unter-offiziere mögen wohl ihm Militärstaat Preußen fehlen? —

Der preussische Staat als Erbauer von Arbeiterwohnungen. Die Kölner „Berliner Korrespondenz“ schreibt:

Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten, zugegangen. Danach soll durch Erbauung staatlicher Miethshäuser und durch Gewährung von Bauprämien und Darlehen den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern und gering besoldeten Beamten die Beschaffung geeigneter Wohnungen zu angemessenen Preisen an denjenigen Orten erleichtert werden, an welchen die Euthätigkeit das Wohnungsbedürfnis seither nicht befriedigt. Eine Bevorzugung der Wohnungsinhaber auf Kosten der Allgemeinheit ist nicht in Aussicht genommen, da die Miethspreise so bemessen werden sollen, daß die dem Staate erwachenden Selbstkosten entsprechende Deckung finden. Der Entwurf sieht zu dem genannten Zwecke zunächst einen Betrag von fünf Millionen Mark vor.

Es handelt sich demnach hier wieder um die faßbare Art von Wohlfahrts-einrichtungen, die dem Unternehmer, hier dem preussischen Staate, nichts kostet, aber die Abhängigkeit der Arbeiter vermehrt. Sobald über den Plan der Regierung genauer verhandelt werden wird, werden wir auf denselben zurückkommen.

Etwas langsames Tempo für Arbeiter-Wohlfahrts-einrichtungen rath angestrichen der in Düsseldorf abgehaltenen Konferenz der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-einrichtungen, über die gestern im „Vorwärts“ berichtet wurde, die „Kölnische Zeitung“. Sie schreibt, sie habe es von jeder für ihre Nationalpflicht gehalten, daran zu erinnern, daß die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt nicht untergraben und die Arbeit im Lande durch sozialpolitische Belastungen nicht unmöglich gemacht werden dürfe, da dann die Sozialpolitik für den Arbeiter in das gerade Gegenteil dessen umschlage, was sie sein soll. Die „Kölnische Zeitung“ heißt sich dann zu einem charakteristischen Ausdruck eines Barmer Herrn der betont, daß er mitten im Arbeiterleben stehe. Dieser meinte, den jungen Fabrikmännchen könne sehr wohl während der Arbeit Zeit zu dem Zwecke freigegeben werden, so eben zu lernen; denn durch das Schließen der Fabriken um halb sechs Uhr nachmittags an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen sei ja die Industrie auch noch nicht zu Grunde gegangen.

„Noch nicht!“ bemerkt dazu die „Köln. Ztg.“, jeder, der weiß, wie ungesund jene Bestimmung gewirkt hat, weil sie in Textilwerken u. s. w. auch die männlichen Arbeiter zwingt, um halb sechs Uhr aufzuhören, wenn die weiblichen Arbeiter nach Hause entlassen werden müssen, der wird auch wissen, was man von solchen Vorschlägen zu halten hat, nun noch einen oder zwei Nachmittage es für den Nachmittags gerade so zu machen. Wir fürchten, es heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben, wenn man Verbesserungen im Arbeiterhande auf Kosten der Arbeitsmöglichkeit herbeiführen will. Darum rathen wir zu einem etwas gemäßigteren Tempo: Die Kirche muß im Dorfe bleiben!

Die Herren von der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen mögen aus diesen Aeußerungen eines der tonangebenden deutschen Unternehmern sehen, wie illusorisch ihre Bestrebungen sind, die Großunternehmer als Klasse, als Gesamtheit, von einzelnen natürlich abgesehen, selbst für ihre harmlose Wohlfahrtspolitik zu gewinnen. Diese Herren lieben die Wohlfahrts-einrichtungen nur, soweit sie nichts kosten, soweit sie durch scheinbar patriotische Einrichtungen den Arbeiter noch fester in die Sklavenscheide schmieben. Somit es aber gilt, einen Groschen Profit weniger einzubringen, da leidet der „National-Wohlfahrts“, da wird die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands vorgeschützt. Mit der Zeit werden das die Herren Post und die sonstigen offiziellen „Sozialpolitiker“ auch noch einsehen. Die Arbeiter wissen es schon lange.

Stöder über Bismarck. Der Verfasser des „Interviews Liebknecht“ erzählt, daß Stöder ihm gesagt habe: Bismarck ist ein Wüthier (un homo atroce), er ist die Personifizierung aller schlechten Gefühle, aller schlechten tierischen Instinkte, die im Menschen existiren. — Herr Stöder fügte jedoch mißvernehmlich hinzu: solche Wüthierchen seien nöthig, ebenso nothwendig, wie der Ferkel, der die Menschenrechte und das Menschenleben vertheidigt, indem er tödtet.

Ob Herr Stöder wirklich so — undankbar war? Apropos, dieselben Blätter, die über das „Interview Liebknecht“ zeteren, mußten sich nicht zu dem „Interview Stöder“.

Ueber die Festnahme eines Studierenden der Berliner Universität durch russische Grenzposten wird berichtet: Der Verhaftete, ein Student der Philosophie namens Bernus, befand sich auf einer Vergnügungsfahrt im Posenen, wobei er auch die Ortschaft Kruszwitz bei Nowogradow berührte und bei dem dortigen Hotelbesitzer v. Salewski abstieg. Bei einem seiner Ausflüge in Gemeinschaft mit dem ortskundigen Sohne des Hotelwirths kamen beide auch in die Nähe des deutschen Grenzpostens, als ein russischer Grenzposten sich zu ihnen gesellte, ein Gespräch anknüpfte und die Ausflügler auf verschiedene Lebensumstände der Umgegend aufmerksam machte. Als der junge v. S. ihm für diese Gefälligkeit ein Gutmärkchen hinreichen wollte, verlangte der Russe russisches Geld, welches jedoch die beiden nicht bei sich führten. Als der Russe hierüber ungeduldet wurde, wollten sich die Ausflügler, welche russischen Boden überhaupt nicht betreten wollten, noch weiter auf preussisches Gebiet zurückziehen, doch legte der Soldat bei diesem ihrem Vorhaben das Gewehr an und drohte, sie niederzuschießen, sobald sie einen Schritt rückwärts gehen würden. Darauf rief er durch Signalfahnen die berittene Grenztruppe herbei, welche den Studenten und seinen Begleiter als Gefangene nach der „Kammer“ transportirte. Hier wurde zunächst dem Studenten seine Vorsehaft abgenommen und beide gezwungen, Nud und Weste abzulegen, sodas dieselben die ersten Stunden der Nacht nur mit Hemd und Hose bekleidet im Gefängnisse zubringen mußten. Am anderen Morgen transportirte man sie nach dem Gefängnisse zu Mischawo. Hier wurde der Vater des jungen v. S. der Bescheid, daß man den Studenten für einen deutschen Spion halte, weil man bei ihm eine Karte der Provinz Posen (einem gewöhnlichen Volksul-Atlas entnommen) vorgefunden habe. Es ist jetzt die Intervention des auswärtigen Amtes nachgeschickt worden.

Der Wiener Ziegelfabrikanten-Streik im österreichischen Parlament. Das Abgeordnetenhaus berathet am Schluß der Sitzung den Dringlichkeitsantrag Bernerstorfer's betreffend die Wienerberger Ziegelfabrik. Nachdem die Dringlichkeit angenommen war, wies der Minister des Innern nach, daß die Fabrik keine Schuld treffe an den Unthun in den Wienerberger Ziegelfabriken. Auf die von den Arbeitern bei der Gewerkschaft vorgebrachten Beschwerden sei in entschiedener Weise eingeschritten worden. Die Gewerkschaften seien seit Jahren bemüht, eine Verbesserung der Zustände in den Ziegelfabriken herbeizuführen. Die Durchführung habe sich jedoch verzögert, weil die Gesellschaft gegen jede Verfügung Einspruch erhoben habe. Nunmehr sei der Magistrat beauftragt, gemeinsam mit den Gewerkschaften zu interveniren. Ueber das Geschehene werde dem Hause Mittheilung gemacht werden. (Beifälliger Beifall.) Der Minister führte alsdann unter Hinweis auf Länder, in denen bereits Einrichtungen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern be-

stehen, aus, daß ein solcher Versuch der Miths werth sei, da die Erwartung berechtigt sei, daß die Unstände ihren gewaltthätigen Charakter dann verlieren würden. Mit der Schaffung solcher Institutionen würde ein mächtiger Baustein zur Arbeitersehnsuchtsgehung Österreichs hinzugebracht werden. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Der Antrag Bernerstorfer wird abgelehnt. Ein ähnlicher Antrag Bernerstorfer, welcher jedoch keine bestimmte Frist für die Berichterstattung festsetzte, wird angenommen.

Der jugoslawische Abgeordnete Sim richtete eine Interpellation an den Landesvertheidigungsminister, betr. der Verwendung des Militärs zum Ausladen von Ziegeln in den Wiener Ziegelfabriken.

Sonntagsruhe im österreichischen Gaufirhandel. Das österreichische Herrenhaus nahm das Gesetz betreffend die Sonntagsruhe im Gaufirhandel in zweiter und dritter Lesung an.

Der „Heilige Vater“ und seine Sozialpolitik.

Recht Klassenbewußte Arbeiter scheinen die „katholisch-sozialen Arbeiter“ in Frankreich zu sein. Deren Vertreter haben in Paris eine Erklärung unterzeichnet, zu der der Papst Leo XIII. seine Zustimmung in Form des apostolischen Segens erteilt hat, und der folgendes zu entnehmen ist:

„Da wir wissen, daß unsere Freunde sich mit Kopf und Herz der Rettung des Heiligen Stuhles unterwerfen und daß sie nichts so sehr wünschen, als den Frieden und die übernatürliche Kraft, welche die Eintracht giebt, so glauben wir ihren Wünschen zu entsprechen, wenn wir ihnen vorschlagen, unter dem Segen unseres glücklichen und vielgeliebten Papstes Leo XIII. gemeinsam auf dem von ihm gutgeheißenen Wege vorzugehen.“

1. Die Arbeitgeber sollen, stets mehr von den ihnen zukommenden Pflichten durchdrungen, in der Gründung von Brudervereinen, gemischten Syndikaten und Gewerkschaften, sowie Gesellschaften aller Art fortarbeiten, welche geeignet sind, das Loos der Arbeiter zu verbessern und jene zu vereinigen, die gleichsam nur eine Familie bilden sollen.

2. Die Arbeiter sollen in ihren Versammlungen und Vereinen die Lehren des Heiligen Vaters studiren und die Ueberzeugung gewinnen, daß alle Freiheit, alle Würde und alles Gedeihen den Arbeitern von Jesus Christus und seinen Statthaltern zukommen, die durch die Jahrhunderte seine Lehre durch Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit fortgepflanzt haben. Sie folgen diesem Wege, indem sie entweder in die gemischten Syndikate eintreten oder Arbeitervereine bilden und von christlichem Geiste erfüllte Handwerkervereine bilden.

3. Die einen und die andern sollen die Thätigkeit des Priesters in Anspruch nehmen und begünstigen, der den Geist des Evangeliums, Frieden und Eintracht in die verschiedenen Vereine tragen wird. Sein Amt ist es, sittliche, geschäftliche und wirtschaftliche Einrichtungen, die dem Arbeiterstande vortheilhaft sind, im Geiste und nach der Anweisung des heiligen Stuhles und in Ergebenheit gegen seinen Bischof hervorzurufen und zu fördern.

In solcher Weise glauben die französischen katholisch-sozialen „Arbeiter“ die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Gott stärke ihren Glauben.

Einen Aufreiß hat Crispi erhalten von dem italienischen Kassationshof, der sich weigert, Crispi's Anklage Giolitti durch die richterliche Verurtheilungsmaschine unschädlich und mundtot zu machen. Herr Crispi, der noch immer nicht gewagt hat, den Termin für die Verhandlungen anzusehen — die gegentheiligen Nachrichten sind aus der Luft gegriffen — wird nun seinem Ankläger in der Kammer sitzen gegen sitzen und vor der versammelten Volksvertretung Rede zu stehen haben.

Englands Handelsinteressen in China. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Gren, erklärte im Unterhause, es bestünde kein Uebereinkommen mit Japan, durch welches letzteres gezwungen wäre, das Vereinigte Königreich an irgend welchen Handelsprivilegien, die es in China besitzen oder erwerben könnte, theilnehmen zu lassen, aber durch die Artikel 24 und 54 des Vertrages mit China vom 26. Juni 1858 habe China England die Rechte einer meistbegünstigten Nation eingeräumt.

Demnach hat England alle Vortheile, die Japan für seinen Handel durch den Friedensschluß erwirkt hat, auch für sich zu beanspruchen.

Da das Deutsche Reich auch einen Meistbegünstigungs-Vertrag mit China besitzt, so hat es die gleichen Vortheile zu beanspruchen.

Montenegro ist bekanntlich ein russischer Vorposten gegen Oesterreich und die Türkei. Der Fürst steht im Solde Auslands, und das, trotz seiner Kapitallosigkeit, sehr kapitalistisch gestante, auf fremdes Eigenthum erpichte Völkchen wird von „Väterchen“ reichlich mit Trinkgeldern versehen und ist dafür jeden Augenblick bereit, wenn Ordre von Petersburg kommt, fromme Raubzüge im Namen der einzig wahren „Religion, Ordnung und Sittlichkeit“ zu unternehmen. Seit einiger Zeit ertönen nun Klagen aus Montenegro, daß „Väterchen“ nicht mehr so freigebig sei, wie früher. Das scheint sich jetzt aber mit dem Regierungswechsel geändert zu haben. Wie ein halbamtliches Telegramm meldet, tritt eine Anzahl russischer Offiziere in montenegrinische Dienste, um der männlichen Bevölkerung, die bisher keine reguläre militärische Organisation hatte, eine solche zu geben. Ob die Montenegriner dann bessere Soldaten werden, das mag bezweifelt werden. Betreffs der Absichten der russischen Regierung kann aber kein Zweifel obwalten. „Väterchen“ ist thätensüchtig.

Der Präsident der Republik Ecuador hat in Folge der revolutionären Bewegung sein Amt niedergelegt.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberathung der Strafprozessordnung lehnte gestern auf Antrag unserer Genossen in der Kommission nach lebhafter Debatte den Vorschlag der Begrenzung ab, die Zuständigkeit der Schöffengerichte dadurch einzuschränken, daß in dem Fall, wo ein festgenommener Angekladter, die ihm zur Last gelegte That eingesteht, der Amtsrichter auch bei Vergehen ohne Zuziehung von Schöffen zur Verhandlung schreiten und ein Urtheil fällen solle. Die Vorschläge, was alles als „Eingeständnis“ angesehen wird und in welcher hülflosen Lage ein Verhafteter sich befindet, führten ferner dazu, als Vorbedingung für das Verfahren vor dem Amtsrichter ohne Zuziehung von Schöffen nicht nur zu verlangen, daß der Angekladte „die That eingesteht“, sondern auch, daß er ferner sich schuldig bekenne. Den weitergehenden Antrag, die Aburtheilung durch den Amtsrichter ohne Schöffen auch bei Uebertretungen fallen zu lassen, lehnte die Kommission ab. Die Regierungen wurden hierauf darüber befragt, ob in Aussicht stünde, einen Weg einzuschlagen, durch den die Arbeiten der Kommission zu einem Ende geführt werden könnten. Würde der Reichstag etwa zu Pfingsten geschlossen, so würde schwerlich die Vorlage in der Kommission über die erste Berathung hinaus gefördert werden. Der Abg. Langmann fragte deshalb an, ob eine Vertagung des Reichstages oder ein Gesetz in Aussicht stünde, das der Kommission eine Arbeit über den Schluß des Vermögens hinaus sichere. Der Staatssekretär Nieberding erwiderte, die Regierungen könnten zu dieser Frage noch keine Stellung nehmen, und bestritt, daß die Vorgebung der Verfassung Schuld der Regierungen sei. Von unseren Genossen Vueb, Kees, Wegner und Stadthagen wurde nunmehr beantragt, vorweg lediglich die auf Entschädigung unschuldig Verurtheilter abzielenden Bestimmungen durchzubringen und über die Berathung dem Plenum

Bericht zu erhalten. Eine Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter sei außerordentlich dringend und notwendig. Der Standpunkt der Regierung, diese Frage nur gegen Verschlechterung der Strafprozess-Ordnung zu regeln, sei verworfen und verleihe das allgemeine Rechtsgefühl auf tiefe. Die übrigen Mitglieder der Kommission legten in verschiedenen Tonarten dar, sie könnten nichts zustimmen, was die Regierungen nicht wünschten und lehnten den Antrag unserer Genossen ab. Sodann beschlossen sie, in Zukunft viermal in der Woche Kommissionssitzung abzuhalten. Die Sitzung hat klargelegt, wie wenig den nichtsozialdemokratischen Abgeordneten an der Forderung auf Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter liegt. Die nächste Sitzung ist auf Dienstag Vormittag anberaumt.

Interpellation der Antisemiten betr. der Petroleumpreistreiber. Die Abgg. Liebermann v. Sonnenberg, Lohse und Prof. Köster haben namens der deutsch-sozialen Reformpartei im Reichstage folgende Resolution eingebracht: „Welche Maßregeln gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die Ausbeutung, von welcher das gesamte deutsche Volk durch die künstliche Preistreiber des Petroleums betroffen ist, zu beseitigen?“

Abänderung des Reichs-Invalidentgesetzes. Die Gesetzentwürfe, die dem Reichstage bereits zur Beschlussfassung unterbreitet sind, werden demnächst noch um einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Reichs-Invalidentgesetzes vermehrt werden. Schon vor längerer Zeit verlautete, daß es in der Absicht liege, aus dem Reichs-Invalidentfonds Gelder zur Verfügung zu stellen, behufs Bewilligung von Pensionszuschüssen für Personen der Armee und Marine, die infolge einer im Kriege 1870/71 erlittenen Verwundung verhindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges teilzunehmen, und dadurch ein zweites bei der Pensionierung zuzurechnendes Kriegsjahr zu verdienen, und ferner behufs Gewährung von Unterhaltungen an ehemalige Unteroffiziere und Mannschaften, die an dem Feldzuge 1870/71 oder an Feldzügen von deutschen Staaten vor 1870 teilgenommen hatten und sich wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit in Notlage befinden. Es soll nun vorgeschlagen werden, aus dem Reichs-Invalidentfonds in den Grenzen der Zinsen des für die Sicherstellung seiner gesetzlichen Verwendungszwecke entbehrlichen Bestandes die für die obigen Zwecke erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Der Betrag der Pensionszuschüsse soll für 1895/96 auf etwa 100 000 M. und der Betrag für die Unterhaltungen an die Erwerbsunfähigen auf 1 800 000 M. veranschlagt sein. Die leistungsfähigen Unterhaltungen sollen jährlich 120 M. betragen, monatlich im voraus bezahlt werden und einer Beschuldigung nicht unterliegen.

Parteinachrichten.

Maifeier. In Würzburg saßte eine Wahlvereins-Versammlung folgende Resolution: „In Erwägung, daß in diesem Jahre unter den zur Zeit bestehenden Verhältnissen von einem Ruhelassen der Arbeit am 1. Mai nur im minimalsten Sinne die Rede sein kann, nahezu die Gesamtheit der Arbeiterschaft vielmehr zur Arbeit gezwungen ist, beschließt die heutige Versammlung: es ist an alle Arbeiter, namentlich aber an die organisierten, das Ersuchen zu stellen, nach Möglichkeit einen Teil des Arbeitsverdienstes am 1. Mai zu Zwecken der Agitation zur Verfügung zu stellen, damit in Wäldern auch hier Aufklärung und Wissen unter die indifferente Arbeitermasse gebracht werden kann.“

Die k. k. Eisenbahn-Direktion in Prag hat an die Arbeiter ihres Ressorts eine Bekanntmachung erlassen, worin in wälder Weise gegen die „sozialistischen Agitatoren“ losgezogen wird, die für die Teilnahme an der Maifeier wirken. Wer vom Personal diesem wohlwollenden Mahn- und Warnungsrufer nicht Folge leistet, indem er am 1. Mai von der Arbeit fernbleibt, hat natürlich strenge Strafe zu erwarten. Bekanntlich darf nach einem Erlaß des Handelsministers am 1. Mai überhaupt in keinem Staatsbetriebe gefeiert werden.

In Lüneburg beschlossen die Parteigenossen, auch in diesem Jahre wieder an den Magistrat das Ersuchen um Herabgabe der städtischen Turnhalle zur Maifeier, unter Hinweis darauf, daß die Halle vom Magistrat zu einem Biemarck-Kommerz hergegeben worden sei, bei dem der Oberbürgermeister selbst die Festrede gehalten habe.

Die Kopenhagener Sozialdemokraten werden am 1. Mai durch zwei Umzüge und sieben Versammlungen zu gunsten des achtstündigen Arbeitstages demonstrieren.

Aus Bukarest (Rumänien) wird gemeldet: Infolge eines Beschlusses des Ministerrates unterlagte die Polizei die Abhaltung des für den 1. Mai von den Sozialisten geplanten Umzuges in den Straßen und ähnliche Demonstrationen.

Gegen die Unsturzvorlage nahm in Döbeln eine sehr gut besuchte Volksversammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Hermann an der Spitze gesprochen hatte, eine Resolution an, worin das geplante Gesetz gebührend kritisiert und ferner gegen jede neue Steuer protestiert wird, weil sonst die Angehörigen der unteren Volksklassen in ihrer Existenz immer mehr gefährdet würden. Die Resolution ist dem Vertreter des Kreises, Herrn Sacke, zugesandt worden.

Partei-Pressen. Eine Parteiversammlung im Solinger Kreise, die kürzlich in Solingen tagte, beschloß die Gründung eines Betriebsfonds, um der „Vergiftung der Arbeiterstimme“ das tägliche Erscheinen zu ermöglichen. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde eine Pressekommision gewählt; außer ihr haben noch die Vertrauenspersonen für die Sammlung des Fonds thätig zu sein.

Auf der bremischen Parteikonferenz, die kürzlich in Bremen tagte und, wie bereits gemeldet, den Genossen Schmalzfeldt aus Bremerhaven zum Reichstags-Kandidaten für jenen Kreis aufstellte, wurde u. a. noch mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Verein in Bremen rund 1100 Mitglieder, der in Bremerhaven 4—500 und die Organisation im Bezirk Haselb. 200—350 zahlende Mitglieder hat. Die Organisationen in den an Bremen grenzenden ländlichen Bezirken lassen noch viel zu wünschen übrig. Dagegen sind die Verhältnisse in den Unterwerferorten gegenwärtig derart, daß wir allen Eventualitäten in Ruhe entgegensehen können.

Landtagskandidaturen. Zu der im Herbst dieses Jahres vor sich gehenden Landtagswahl im 9. städtischen Kreise Döbeln-Beitzig-Waldheim-Mägeln in Sachsen wird der bisherige Kandidat Karl Gröndberg aus Partha wieder als Kandidat aufgestellt worden.

Ebenso ist in Altenburg, wo das Mandat des Abgeordneten Buchwald erloschen ist, dieser wieder als Kandidat aufgestellt. Die Wahl ist am 2. Mai.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Redakteur Jappan in Frankfurt a. O. hat im dortigen Gefängnis eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten.

— Im Kontext zu der vorgestern im „Vorwärts“ gemeldeten Entscheidung des Breslauer Polizeipräsidenten bringt das „Hamburger Echo“ die Thatsache, daß die Polizeibehörde der Republik Hamburg keine Arbeiterversammlung über Mitternacht hinaus bestehen läßt. Ausnahmen mache sie nur bei „gutgefunten“ Vereinen, wie z. B. kürzlich bei der Generalversammlung des „Vereins der Handlungs-kommis von 1858“.

— Wegen Verleumdung des Bürgermeisters Loh in Melfungen wurde der Redakteur des „Volkblattes für Hessen“, P. John, vom Schöffengericht in Kassel zu 14 Tagen Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Soziale Arbeiterlicht.

Die Wünsche um Nachweisung ländlicher Arbeiter sind, wie aus Berlin berichtet wird, beim Verein für Besserung der Strafgefangenen so groß, daß sie nicht alle erfüllt werden können. Täglich gehen durchschnittlich etwa dreißig derartige Gesuche ein. Besonders groß ist die Nachfrage nach jugendlichen Arbeitern. Hauptabgabengebiete sind Mecklenburg, der Oderbruch, Westfalen, Detmold.

Das beweist natürlich nicht etwa den angeblichen Mangel an sogenannten freien Landarbeitern, sondern nur, daß die Herren Grundbesitzer billigere und dienstwilligere Arbeitskräfte haben wollen. Sonst würden sie nicht so besonders nach den jugendlichen Schulbesitzenden jenes Vereins verlangen. Offenbar sind ihnen selbst die mehr als genügsamen und demütigen polnischen Arbeiter zu teuer und zu unbotmäßig.

Arbeiterertrisiko. Aus Gleiwitz wird berichtet, daß auf der Baildonhütte am Mittwoch ein Schweißofen-Kessel explodirte, wobei 5 Arbeiter verletzt wurden. Die Hütte gehört der Oberschlesischen Eisenindustrie-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb.

Der Neuenburger Kantonsrath hat die Anfangsgehälter der Volksschullehrerinnen und Kindergärtnerinnen von 900 auf 1080 Fr. erhöht, in den größeren Gemeinden Cheaur-de-fonds, Neuenburg und Ecce betragen die Anfangsgehälter 1200 Fr.

Die schweizerischen Eisenbahn- und Dampfschiffs-Verwaltungen haben an dem zum Schutze der Angestellten erlassenen sogenannten Ruhe-tags-Gesetz wenig Freude und suchen ihm daher, wo sie können, ein Schnippchen zu schlagen. So zogen sie den Tagelöhnern für jeden gesetzlichen Ruhetag einen Tagelohn ab, was dem Bundesrath zur Kenntnis gebracht wurde. Dieser hat nun in einem Kreis Schreiben an sämtliche Verwaltungen verfügt, daß von jetzt an gegenüber sämtlichen mit der Verpflichtung zur gewöhnlichen Arbeitszeit bei den Transportanstalten angestellten Personen, einschließlich der Tagelöhner, für die Zeit der gesetzlichen Dienstreise ein Abzug vom Gehalt oder Lohn nicht mehr gemacht werden darf.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiter der mechanischen Schuhfabrik von Rosenthal u. Groß befinden sich im Streik und ist der Zugang nach hier strengstens ferngehalten. Die Streikkommission.

Briefe und sonstige Zusendungen sind an den Vertrauensmann H. Biermann, Berlin C., Stallschreiberstr. 29 bei Schöning zu richten.

An die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen soll am Sonntag, den 28. d. M. ein Flugblatt verteilt werden. Die Kollegen werden gebeten, sich recht zahlreich dieser Aufgabe zu unterziehen. Zur Ausgabe gelangen die Flugblätter morgens 7 Uhr in folgenden Lokalen: Jubel, Lindenstr. 108; Köhn, Nannysstr. 83; Wilsner, Schildingstr. 24; Metzer, Bergstr. 10. Die Agitationskommission.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuh- und Filzschuh-Fabrike! Seit langem wird von den Fabrikanten Simon u. Comp., Neue Königsstr. 39, der Versuch gemacht, jedem unserer Organisation Angehörigen zu entlocken, und bei der Einstellung genau geprüft, ob auch der neue Eintretende nicht etwa der Organisation angehört. Ist dies der Fall, so muß er seinen Austritt erklären. Wegen der übergrößen Arbeitslosigkeit in diesem Winter konnten wir gegen dieses Vergehen nicht erfolgreich vorgehen. Gegenwärtig, wo ein großer Teil unserer Berufsgenossen in Beschäftigung ist, dürfen wir die Dinge nicht so weiter gehen lassen. Wir ersuchen deshalb die Berufsgenossen und in unseren Bestrebungen zu unterstützen.

Der Vorstand des Vereins der Filzschuharbeiter.

Der Zentralverband deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen hält am 9. Mai und die folgenden Tage in den Miniballen in Berlin den 9. Verbandstag ab. Den Verhandlungen wohnt auch eine aus Amerika entsandene Kommission, darunter der Generalsekretär der Brauer-Union der Vereinigten Staaten von Nordamerika bei. Auskunft über sämtliche Fragen erteilt Restaurant H. Gärtner, Brauer, Nollensstr. 12.

Achtung, Töpler! Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, folgende Bauten, über welche wir die Sperre verhängt haben, zu meiden: E. Bruck, Ofenfabrik; D. Tietz (Werkzeugfabrik); W. Grap, Gust. Taber, C. Jünger und Gust. Wenzel. Letzterer Herr hat es fertig gebracht, 11 Kollegen, welche bei ihm einmüthig die Arbeit niederlegten, durch eine schwarze Liste den Töplermeistern Berlins bekannt zu geben. Auf dem Bau des Töplermeisters Pfütz in Friedenau haben die 11 Kollegen, welche dort arbeiten, durch ihr einmüthiges Vorgehen erreicht, daß Herr P. den Kollegen gestrichen schriftlich erklärte, den Tarif zu zahlen. Kollegen, handelt überall so einmüthig, dann werden wir unsern Tarif auch halten können. Die Kollegen werden noch ersucht, überall da, wo es noch nicht geschehen, auf jedem Bau einen Vertrauensmann zu wählen. Die Kommission.

Auf einer Delegiertenkonferenz der organisierten sächsischen Steinarbeiter, die kürzlich in Zwissau abgehalten worden ist, wurde mitgeteilt, daß in Sachsen jetzt ungefähr 1300 Steinarbeiter organisiert sind. Noch sehr im argen liegt die Organisation in den Bruchgebieten, wo billiger gearbeitet und den Steinmeßern u. die größte Konkurrenz geschaffen wird. Nur in Dresden und Pirna sind die Arbeiter im Stande, bei gutem Gehaltsangebot den vereinbarten Tarif auszuweichen, an den anderen Orten, besonders im Zwickauer Kreise und in dem preussischen Bezirke Greiz wird unter dem Tarif bezahlt. Auf der Konferenz beschloß man sich hauptsächlich über die Agitation in den zurückgebliebenen Bezirken und über die Stellung, die die sächsischen Delegierten auf dem deutschen Steinarbeiter-Kongress gegenüber den vorliegenden Anträgen einnehmen sollen.

Wiener Zieglerstreik. Die Verwendung von Dragonern zum Ziegelaufbau soll ohne Wissen der höheren Behörden erfolgt sein, was möglich ist, da es sich nur um etwa ein Dutzend Soldaten handelte. Aber es geschah natürlich mit Wissen des Kommandanten der Schwadron, der natürlich nichts thut, wovon er weiß, daß es der Willigung seiner Vorgesetzten nicht sicher ist. Nach der Arbeiter-Zeitung sollte gestern, Freitag Nachmittag im Präsidialbüro des Rathhauses unter der Beihilfe des Gewerbe-Inspektors und der Gewerbebehörde eine Verhandlung zwischen den Zieglerwerksbesitzern und den Vertretern der streikenden Arbeiter stattfinden. Der Arbeiter-Zeitung wurde übrigens wieder eine Nummer konfiszirt.

Nach der „Vossischen Zeitung“ theilte die Direktion der Wienerberger Ziegelfabrik den ausländischen Arbeitern mit, sie werde ihnen (am Freitag) die neuen Zugeländnisse der Gesellschaft mittheilen, welche betragt seien, daß die Arbeit sofort wieder beginnen dürfte. Die Vertreter der Arbeiter beschloßen hierauf, die Arbeit nur bei Erfüllung aller Forderungen aufzunehmen.

Bei dem Wiener Hoffknecht und Kammerlieferanten Josef Scalya haben sämtliche Arbeiter ihre Thätigkeit eingestellt. Sie verlangen, nach einer Herold-Depesche, Freigebung des 1. Mai, Lohnerhöhung und die Zustimmung, daß kein Arbeiter ohne Zustimmung der übrigen vor drei Monaten entlassen werden darf.

Die Ladrer und Zimmermaler in Witten ersuchen um Fernhaltung des Zuguges, da sie mit den Meistern in Ver-

handlungen über folgende Forderungen stehen: Herabsetzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden täglich; Abschaffung des Alford-Lohnes; 20 prozentige Lohnerhöhung; vollständige Sonntagsruhe; Anrechnung des 1. Mai als Feiertag.

Der Pariser Omnibusfahrer-Streik ist zu Ende. Die Ausländer haben am Freitag den Dienst wieder aufgenommen. Nach einer anderen Depesche desselben Bureaus hat der Gemeinderath von Paris am Donnerstag beschlossen, Schritte zu thun, um die Freilassung der verhafteten oder verurtheilten Ausländer und deren Aufnahme in den früheren Dienst zu erreichen, woraus hervorgeht, daß die Omnibusangestellten die Sympathie der Pariser für sich haben müssen, während die „Voss. Jtg.“ sich das Gegentheil berichten läßt. Broust und Deville, der Vorsitzende und der Schriftführer des Streikfunds, werden jedoch in Haft behalten und unter Anklage gestellt werden; die übrigen verhafteten, aber nicht abgeurtheilten Ausländern dagegen will man freilassen.

Der Pariser Kongress der französischen Eisenbahnangestellten erhob Protest gegen die Gefesvorlage, wonach den Arbeitern der Staatsverwaltungen verboten werden soll, in einem Ausnahmefall einzutreten. Weiter wurde beschlossen, aus dem Gemeinvermögen Eisenbahn-Anteilsscheine anzuschaffen, um in den Hauptversammlungen der Gesellschaften für das Arbeiterwohl eintreten zu können.

Vom Ausstand der Lohnarbeiter in der Schweiz, wobei es sich um die geplante Vernichtung der Arbeiterorganisation durch die Unternehmer handelt, wird ein Dravourschüt kapitalistischer Brutalität berichtet. Ein Lohnfabrikant in Langendorf hat einen Milchlieferanten verboten, den ausländischen Familienwägern in Langendorf Milch zu liefern, selbst wenn sie ihm diese mit Gold bezahlen wollten. Der herrenbiederliche Lieferant, ein Bauer, hat in der That dem Begehren Folge geleistet. Die Arbeitererschaft ließ mit der Antwort nicht auf sich warten. Sie beschloß einstimmig, von dem feigen Burschen, der von ihr schon große Summen bezogen hat, nie mehr einen Tropfen Milch zu kaufen.

Die Amsterdamer Buchdrucker sind, wie die „Leipziger Volkszeitung“ meldet, in Konflikt mit einer Druckersirma, die ein viel verbreitetes „Volkblatt“, das stets eine volkreumliche Miene machte, herausgibt, gerathen. Da der Chef des Hauses sich der Arbeiterorganisation sehr feindlich gegenüberstellte, beschloßen die gesamten Arbeitervereine, das Blatt, „Echo“ genannt, zu boykottieren. In voriger Woche war infolge dessen die Auflage des Blattes von 40 000 auf 22 000 gesunken. Der Streit betrifft den Lohnstarif.

Für den internationalen Bergarbeiter-Kongress, der am 3. Juni d. J. und den folgenden Tagen in Paris abgehalten wird, hat die Konferenz, die sich von den Sekretären der einzelnen beteiligten Nationen, die das Programm des Kongresses vorbereiten haben, am 2. Oktobertage in Brüssel, im „Maison du Peuple“ (Volkshaus) getagt. Ueber eine Abänderung der seit herigen Art des Verhandels (Gesellschaftsordnung), die bisher, besonders auf dem Kongress in Berlin, zu allerhand Unzuträglichkeiten führte, hat man sich in fast allen Punkten geeinigt, und die Punkte, die noch schweben, bieten keine großen Schwierigkeiten, so daß für die Kongresse in Zukunft die Bahn geebnet scheint. Es ist hiermit erwiesen, was wir voriges Jahr bei der Tagung des Berliner Kongresses behaupteten, daß es keine prinzipiellen Verschiedenheiten waren, die damals zu Mißverständnissen und anscheinenden Mißbilligungen den Anlaß gaben, sondern nur Verschiedenheiten formaler Natur, die die Sache und das Prinzip nicht berührten. In ihrem Wesen, ihren Zielen, als: kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, durchgreifende Hygiene, ausreichende Versorgung im Alter und in der Krankheit, weitgehende Verhütung der Unglücksfälle u. sind alle Organisationen einig. Es handelt sich nur um das Maß, die Form, die allgemeine Formulierung der Forderungen und die Zeit ihrer Verwirklichung.

Carrot überreichte die französischen Anträge, welche gleich zur Diskussion gestellt wurden. Die Anträge betrafen die Fragen über 1. den gesetzlichen Arbeitsvertrag, 2. bergmännische Schiedsrichter, 3. Inspektion, 4. Gesundheitsliche Einrichtungen, 5. Haftbarkeit der Grubenbesitzer bei Unglücksfällen, 6. Ueberproduktion. Der zweite Punkt wurde als mehr nationaler Natur angesehen und deshalb für das Programm des Kongresses abgelehnt, die anderen akzeptiert. Die Belgier schloßen sich den französischen Vorschlägen an und verzichteten auf die Stellung besonderer Anträge. Die von den Engländern besonders gehaltenen Anträge umfaßten 1. den gesetzlichen Arbeitsvertrag, 2. Ueberproduktion, 3. lokale Organisationen, um die Zwecke der internationalen Vereinigung auf bestem Wege zu fördern, 4. Schadenersatz für die Beschädigung der Bergarbeiter bei Unfällen, während der Arbeit.

Es wurde beschlossen, sämtliche Anträge auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen.

Von den 9 deutschen Anträgen sind also 2, einen Ueberseher für schriftliche Anträge zu bestellen und das Programm dem Kongressbericht vorzudrucken, abgelehnt. Die Vorschläge auf besseres Nummerieren der Anträge und deren zweckdienliche Anordnung, auf Aenderung des Abstimmungsmodus, wonach keine Beschlüsse, die nicht einstimmig gefaßt wurden, als Kongressbeschlüsse erklärt werden dürfen auf verhältnismäßige Heranziehung zu den Kosten laut Abrechnung, haben in der Komiteeführung ihre Erledigung gefunden. Die Anträge auf Grundlegung der Situationsberichte, auf Einsetzung der einstimmigen Beschlüsse an die jeweiligen zuständigen Minister und auf die zweijährigen Zeiträume zwischen den Kongressen sind vom Pariser Kongress zu entscheiden.

Depeschen.

(Privat-Telegramme des „Vorwärts“.)

Dresden, den 26. April, 7 Uhr 10 Min. nachmittags. 7000 Exemplare der „Maifeier-Zeitung“ wurden in der Expedition der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ mit Beschlag belegt.

Dresden, 26. April. Nach Feststellung der Amtshauptmannschaft ist Horn mit 16 516 Stimmen gegen Hartwig (8538 Stimmen) und Andra (7589 Stimmen) gewählt.

Wolffs Telegraphen-Bureau.

Schneidemühl, 26. April. Neuerdings über die gefährliche Brunnensstelle verbreitete Gerüchte sind, wie das „Schneidemühler Tageblatt“ meldet, grundlos. Es steht nur die Beseitigung des Fügels in Frage, vorher wird jedoch eine Prüfung stattfinden, ob dieselbe zulässig und gefahrlos ist. Oberbergamptmann Freund ist gebeten worden, herzukommen.

Weiden, 26. April. Buchsmüller Prozeß. In der Nachmittagsung führte der Verteidiger Rechtsanwalt Verstein-München in 2 1/2 stündiger Rede aus, die Angeklagten hätten nur ihr vermeintliches Recht wahrgenommen. Die Verbeziehung von Militär sei jedenfalls nicht möglich gewesen. Er beantrage Freisprechung event. das geringste Strafmaß. Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Schmidt-Schweinfurt, schloß sich diesen Ausführungen an. Das Urtheil wird morgen Vormittag 10 1/2 Uhr verkündet werden.

London, 26. April. In Denny, Schottland, fand heute eine schwere Grubenexplosion statt. 164 Bergleute wurden getödtet, 13 sind, wie man annimmt, umgekommen.

Brüssel, 26. April. Repräsentantenkammer. Der Sozialist Ansele beantragte, die Kammer solle am 1. Mai zur Feier des internationalen Arbeitstages keine Sitzung halten. Der Justizminister bekämpfte den Antrag Namens der Regierung. Woche empfahl, über den Antrag Ansele zur einfachen Tagesordnung überzugehen, welche auch mit 73 gegen 84 Stimmen angenommen wurde.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

77. Sitzung vom 26. April 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky.
Das Haus beschäftigt sich heute wiederum mit dem Antrag der Kommission wegen Einführung eines Zolles auf Quebracholz.

Abg. Schumacher (Soz.): Die Agitation für den Quebracholz ist von meiner rheinischen Heimat ausgegangen, auf dem rheinischen Provinzial-Landtage wurde ein Quebracholz von 10 M. empfohlen. Die Resolution des rheinischen Provinzial-Landtages und der Antrag Stumm beruhen auf ganz falschen Voraussetzungen. Die Herren, welche den Zoll befürworten, gehen davon aus, daß die rheinischen Gerbereien durch das Quebracholz vernichtet seien. Nichts ist falscher als das. Jeder Gerber, der Ihnen die Wahrheit darüber sagt, muß anders sprechen. Die Gerbereien nach dem alten System bedürfen sehr großer Kapitalien. Ein Sohleleder-Gerber, der nach altem System mit zehn Arbeitern arbeitet, braucht ein Grundkapital von mehr als 100 000 Thaler, nicht Mark. Es handelt sich hier durchaus nicht um den Kampf des kleinen Kapitals gegen das große. Die Befürworter des Quebracholz wie Rheinland würden sich dafür bedanken, zu den kleinen Leuten gerechnet zu werden, z. B. Erich Krämer in Freudenberg, Schramm in Kildberg, die mehrfache Thalermillionäre sind. In der Gerberei kann man ohne genügende Kapitalien nicht durchkommen, namentlich bei dem alten Gerbersystem. In Köln gab es Mitte der vierziger Jahre 70 Gerbereien, 1865 noch 32, heute nicht ganz ein halbes Dutzend mehr, wenn ich nicht irre, nur fünf. Diese Leute sind aber nicht zu Grunde gegangen, weil sie nicht fleißig waren oder unordentlich gewirtschaftet haben, sondern größtenteils, weil sie dem Großkapital nicht widerstehen konnten. Der Gerberprozeß ist nämlich viel länger, als allgemein angenommen wird. Zur Erzielung guten eichenlosgaren Sohleleders hat man bei argentinischen Häuten heute noch immer einen Gerberprozeß von einem Jahr bis zu 18 Monaten nötig, je nach der Schwere der Häute, und bei schweren deutschen Eichenhäuten immer 2—3 Jahre. Der Gerber von argentinischen und brasilianischen Häuten bekommt beim Häutehändler 6 Monate Ziel, darüber hinaus muß er 6 pCt. Verzugszinsen bezahlen. Der Produktionsprozeß dauert 1—1½ Jahr. Sehr häufig kommt es in der Gerberei vor, daß der augenblickliche Preis die vorausgelegten Aufkosten an Häuten, Kapitalzinsen, Arbeitslohn nicht deckt, dann muß der Gerber so stark sein, daß er nicht verkaufen braucht; er läßt seine Häute in der Grube stehen; sie werden dadurch besser und viel schwerer. Das hat aber alles mit dem Quebracholz nichts zu thun. Wir haben in Deutschland für etwa 30 Mill. Mark Gerbstoffe nötig. Was machen also die noch nicht zwei Millionen für Quebracholz aus. Unter den Petenten für den Quebracholz sind auch solche Gerber, welche selbst mit Quebracholz arbeiten. (Bewegung.) Ein solcher ehrenwerther Mann erklärte mir, er hätte die Petition mit unterzeichnet, weil sonst die Leute meinen, er mache schlechtes Leder. (Heiterkeit.) Von manchen Firmen haben sämtliche Familienmitglieder als selbständige Gerber unterzeichnet, von einer Firma fünf Personen. Das Quebracholz ist allerdings viel schwerer als das nach altem System gegerbte, aber das nach diesem gegerbte Sohleleder eignet sich garnicht für den Export, weil es viel zu viel Gewicht verliert. Auf dem Wege von Köln nach Wien würde eine Würde solchen Sohleleders von 200 Pfund um wenigstens 20 Pfund eingetrocknet sein. Paßst das bei Sendungen von hunderten von Würden, so entstehen solche Differenzen, daß Projekte entstehen und sich die ganzen Geschäfte zerschlagen würden. Es könnte vielleicht einer oder der andere Gerber sagen: Da hat der Schumacher aus der Schule geschwatzt; aber es muß das hervorgehoben werden, und ist auch bei der Generalversammlung hier hervorgehoben worden. Aber einer der bedeutendsten Gerber im Rheinlande, Herr Köller, war nicht damit einverstanden, daß der Quebracholz eingeführt werde. Er gab sich der Illusion hin, daß das kleine Handwerk damit gerettet werden soll. Aber die meisten von Ihnen geben sich auch der Illusion nicht hin, und es kommt dabei in Betracht, man wird bei dem Quebracholz nicht stehen bleiben, sondern auch andere Kräfte heranziehen. Dann würde etwas kommen, was die Gerber, auch die, die in Köln vertreten waren, durchaus nicht wollen. Herr v. Stumm hat sich auch für eine Verzollung der österreichischen und französischen Eichenlohrinde erklärt. Wenn das geschieht, liegen die rheinischen Sohleledergerbereien ganz darnieder; da kommen sie aus dem Regen in die Traufe, weil sie ohne französische und österreichische Loh absolut nicht existieren können. Das Quebracholz an und für sich bedingt nicht das schnelle Gerbereiverfahren, sondern die Haut wird noch chemischen Prozessen unterworfen, wodurch sie für die Aufnahme des Gerbstoffes befähigt wird. Solche Vorarbeiten können auch teilweise mit Loh geschehen. Herr Lubbeberg hat gestern richtig betont, daß das Quebracholz eigentlich für den Endprozeß des Gerbens benutzt wird. Wenn man sieht, daß das Leder noch etwas nötig hat, kommt es noch einmal in die Presse hinein, dann wird es gar herauskommen. Es werden auch Fabrikate gemacht, wo das Quebracholz niemals daran gerührt hat. Nach meiner Erfahrung bin ich überzeugt, daß vor 20, 30, ja 40 Jahren viel mehr ungarisches Leder im Handel war, als heute, heute ist es fast durchgängig alles gar. Wenn man ein neues Verfahren eingeführt hat, kann das auf einmal so vollkommen sein? Ich gebe zu, daß das nach dem alten System gegerbte Sohleleder besser ist als das mit Quebracholz gegerbte. Aber wie wenig existiert, was mit reiner Eichenlohe gegerbt ist, und ich habe die Ueberzeugung, daß die überseeischen Gerbstoffe, in kleinerem Maße angewendet, das Leder noch viel fester machen, als wenn es mit reiner Loh gegerbt ist. Ich habe mit einem alten 70-jährigen Gerber hier in Berlin gesprochen, der sagte: Was waren wir früher für arme Leute, wir haben nur halbgariges Leder auf den Markt gebracht. Der Transport der Eichenrinde vom Rhein aus war auch teuer, und die Eichenrinde hier aus dem Norden hat nicht Tannin genug. Also für diese Leute sind überseeische Gerbstoffe eine große Nothwendigkeit. Ich habe mich selbst überzeugt, daß Sohleleder und anderes Sohleleder, wo Quebracholz angewendet wird, sehr weich und geschmeidig ist. Unsere Ausfuhr ist allerdings nicht gestiegen, aber wir hatten auch früher keine große Ausfuhr und sie besteht hauptsächlich in fertigen Lederwaren. Das nach dem alten System gegerbte Sohleleder kann man aber nicht ins Ausland verkaufen. Mit recht ist auf Frankreich und Belgien zu sehen; namentlich in Belgien besteht eine großartige Maschinen-Sohlelederfabrik, die nur mit überseeischem Leder arbeitet. Wir würden vollständig mit unseren Lederwaren und Treibriemen vom Weltmarkt verdrängt werden, wenn man uns die Präparate zur Gerbung verweigert. Man könnte nun sagen: Das ist das sozialdemokratische Vaterunser, das hergesagt wird, daß der Große den Kleinen aufessen muß. Ein alter Fortschrittssmann aus der Rheinprovinz sagt aber fast das nämliche, wie die Sozialdemokraten. (Nebener verliest einen entsprechenden Passus aus einer Broschüre.) In den 70er Jahren hatten wir in Köln noch 70 Gerbereien, und heute haben wir nur noch 5 oder 6, und dasselbe ist auch in dem übrigen Rheinland der Fall. Trotzdem ist die Lederproduktion nicht zurück-

gegangen; im Gegenteil, es wird viel mehr Leder fabriziert als früher. Die Lederproduktion in Rußland betrug 1845 90 Millionen Pfund, welche einen Werth von 117 Millionen Mark repräsentieren. England fabrizierte für 98 Millionen Mark, Frankreich für 75 Millionen Mark, Belgien für 9 Millionen Mark und die gesammten deutschen Staaten für 141 Millionen Mark; das macht zusammen für 360 Mill. Mark Leder. Heute fabrizieren wir in Deutschland allein für ungefähr 500 Millionen, also mehr wie damals ganz Europa. Wo sollen wir denn die Eichenlohe herholen in Deutschland, wenn wir das Leder alles damit herstellen wollen?! Was hat es da für einen Sinn, sich für die Eichenlohwälder zu begeistern! Mit dieser Loh kann man allenfalls Oberleder färben, das es ausreicht wie Leder, aber nicht durch und durch gegerbtes Leder herstellen. Selbst im Rheinland ist der Unterschied ein eben so großer wie der Unterschied der rheinischen Weine. Wo kein Wein wächst, wächst auch keine gute Loh. Die Loh, die am Niederrhein, im Bergischen wächst, hat kaum den dritten Theil des Werthes der Loh, die an der Mosel und Saar wächst. Wo Trauben wachsen, am Rhein, wird man sich hüten Eichenlohe zu erziehen. Wir müssen also mit dem Auslande in einem guten Verhältnisse bleiben. Herr Bachem will allerdings die Gerbereien von dem Zolle ausschließen. Danach sollen also die seidenen Kleider der Frau Baronin, der Frau Kommerzienrathin, der Gattin des reichen Bourgeois (Jurae und Unruhe rechts) nicht verteuert werden, wohl aber die Schuhe des armen Mannes. Herr Bachem ist freilich Vertreter von Kreisel und die Seidenfabrikanten haben auf dem deutschen Handelsstage um Schonung gebeten. Mag jeder seidenen Kleider tragen, wer es kann, aber man verteuere nicht die nothwendigsten Bedarfsartikel. Die Kleinen Leute am Rhein und an der Gifel können bei der Schälung der Loh nicht die gleichen Vorrichtungen treffen, wie die großen Besitzer, sie können die Loh nicht trocknen. Bei Regenwetter löst die Loh aus; das Wasser nimmt den meisten Gerbstoff weg.

Wir können nicht mit Zöllen die gesellschaftlichen Mißstände beseitigen. Wir hoffen mit der ganzen linken Seite des Hauses, daß die Regierung auf diese Wünsche nicht eingehen wird. Man hat in der Angelegenheit des argentinischen Handelsvertrages von einem möglichen Ausfuhrzoll für Häute seitens Argentiniens gegen Deutschland gesprochen. Man wird in Argentinien auch ohne Deutschland zurechtkommen. In Nordamerika ist vor zwei Jahren wegen der anhaltenden Dürre viel Vieh weggeschlachtet worden, deshalb haben in den letzten vier Wochen die großen amerikanischen Gerber sämtliche Häute in Antwerpen angekauft und nach Amerika geschickt. Diesen Leuten sollten wir also nicht Wasser auf die Mühle gießen. Mit der gemischten Gerberei des alten und neuen Systems hat man gute Resultate erzielt, die Gerberkreise meinen, daß die Lohgerbung zum Theil nothwendig sei. Wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen, müssen wir es wie die Franzosen machen, die ihre Fabrikate immer besser und besser gemacht haben. Deshalb müssen wir die Resolution ablehnen, und die Regierung muß so vernünftig sein, daß sie auf diese Forderung der Agrarier nicht eingeht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bachem (B.) tritt für den Quebracholz ein im Interesse des heimischen Schälwaldes. Herr Schumacher scheint in Kreisel nicht recht bekannt zu sein, sonst hätte er wohl den Hinweis auf die Gerberei unterlassen. Wenn wir für die Seidenfabrik in Kreisel eintreten, so treten wir für die Interessen der Arbeiter ein. Herr Schumacher scheint auch sonst nicht gut informiert zu sein, sonst würde er nicht behauptet haben, daß Loh nur dort wächst, wo auch Wein wächst. (Widerspruch des Abg. Schumacher: Nur dort gut wächst.) Nebener zählt die einzelnen Artikel auf, Sumach, Myrobalane u., die überwiegend für die Seidenfabrik verwendet werden. Die betreffenden Artikel werden in Werthen von 11 Millionen Mark eingeführt, wovon 7½ Millionen in der Gerberei zur Verwendung kommen. Nebener empfiehlt deshalb die Annahme seines Antrages im Interesse der Gerberei.

Abg. Warth (Fp.) bekämpft den Quebracholz; die Interessen, die dadurch gefördert werden, repräsentieren etwa einen Werth von 6 Millionen Mark jährlich, während die geschädigten Interessen der Gerbereien mindestens das zehnfache darstellen. Schleswig-Holstein und Hannover werden vorzugsweise von dem Quebracholz getroffen; es handelt sich dabei um 3000 Arbeiter.

Abg. v. Salisch (L.) beantragt, nicht nur die für die Gerberei, sondern auch die für chemische Industrie erforderlichen Artikel zollfrei zu lassen.

Abg. Dreßler (natl.) scheint sich für die Annahme der Resolution auszusprechen.

Abg. Hise (B.) tritt für die Resolution ein.

Abg. Langerhans (Fp.) (Bp.): Die Ergebnisse des Eichenlohwaldes schwanen sehr erheblich; sie reichen nicht aus, das Bedürfnis der deutschen Gerberei zu decken, und auch die Qualität entspricht nicht dem, was die deutschen Gerber brauchen.

Abg. Brunst (natl.) tritt für die Eichenlohwald-Besitzer ein und weist darauf hin, daß das mit Quebracholz gegerbte Leder schon nach zwei Jahren brüchig werde, und wenig brauchbar sei für Schuhwerk.

Nachdem der Referent Abg. Möller über die eingegangenen Petitionen berichtet hatte, wird die Resolution mit den von Bachem und v. Salisch beantragten Änderungen angenommen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der meisten Nationalliberalen. Für die Resolution stimmen von den Nationalliberalen die Abgg. Paasche, Wamhoff, Schulze-Henne, Dreßler, Brand, v. Gumb und Wieseke.

Ohne Debatte erledigt das Haus in dritter Beratung die Verordnung wegen der Kampfschulzschläge gegenüber der spanischen Einfuhr.

Darauf wird die erste Beratung der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz von 1887 begonnen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Jeder von Ihnen, der sich mit der Frage beschäftigt hat, wird den Eindruck empfangen haben, daß es sich um eine außerordentlich komplizierte Materie handelt. Eine Vereinfachung hätte sich ja vielleicht erzielen lassen dadurch, daß man einfach auf das System der Fabriksteuer zurückgekommen wäre. Die verbündeten Regierungen sind jedoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Uebergang zum Fabriksteuer-System dazu führen würde, daß das Branntweinbrennerei-Gewerbe als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb einfach aufzuheben würde, wie es jetzt schon bei der Brauerei als landwirtschaftliches Nebengewerbe der Fall ist. Auch der Uebergang zu einer Fabriksteuer, der gestellt ist nach dem Nothprodukt, aus dem der Alkohol hergestellt ist, würde schwere Gefahren, namentlich für die nord- und westdeutsche Branntweinbrennerei, herbeiführen. Nicht Mangel an geschäftlichem Geschick, sondern die Verschiedenartigkeit der Produktion in West- und Süd-, in Nord- und Ostdeutschland hat zu einem solchen komplizierten Gesetz geführt. Die Novelle enthält zwei wesentlich neue Bestimmungen: Erstens eine Brennsteuer und Staffelfeuer, und dann eine Ausfuhr-entzählung, die aus dem Ertrage der Brennsteuer entnommen wird. Ich sage offen, daß diese Maßregel in erster Linie eine agrarische ist. Es soll der Versuch gemacht werden, die Preise für

wieder lohnend zu machen. Keine Industrie trägt freiwillig eine so schwere Last, wie das Brennereigewerbe; es trägt eine Belastung von 500 bis 600 pCt. des Werthes. Andererseits war der Nutzen aus dem Brennereigewerbe für die Landwirtschaft immer nur ein recht bescheidener, und er drückte sich viel weniger in barem Gelde aus, als in dem mit der Gutsfruchtbarkeit zusammenhängenden Fortschritte der Landwirtschaft. Der Verdienst aus dem Handel mit Branntwein ist vorzugsweise anderen Kreisen zugeflossen. Die Quelle vieler großen Vermögen ist zurückzuführen auf den Großhandel und vor allen Dingen auf den Kleinhandel in den östlichen Provinzen. Die Grundlage dieses Brennereigewerbes bleibt nach wie vor die Kartoffel, und durch die Beschränkung des Kartoffelbaues infolge der hohen steuerlichen Belastung ist ein Rückschritt in der Landwirtschaft herbeigeführt. Seit dem Gesetz von 1887 hat sich allerdings absolut der Kartoffelbau in Deutschland ausgedehnt, relativ ist er seitdem zurückgegangen. Es sind von 1888 bis 1893 1½ Millionen Tonnen Kartoffeln weniger gewonnen worden als unter anderen Verhältnissen gewonnen werden konnten. Diefem Zurückbleiben der Kartoffelproduktion steht gegenüber ein Minderverbrauch der Brennereien. Es ist also der Rückschlag kein gewogter, daß mit der Beschränkung des Kartoffelverbrauchs in den Brennereien auch ein Rückgang der mit Kartoffeln bebauten Fläche Hand in Hand geht. Ohne den Rückgang des Konsums von Kartoffeln in den Brennereien würden etwa 113 bis 114 000 Hektare für Brennereizwecke mit Kartoffeln mehr bestellt werden. Wie hat nun das Gesetz von 1887 gegen die Beschäftigung der landwirtschaftlichen Arbeiter eingewirkt? Ein Mann, der durchaus nicht konservativ-agrarisch ist, sondern, wenn er hier säße, der linken Seite angehörte, hat nachgewiesen, daß infolge des Rückganges der angebauten Kartoffelfläche etwa 21 000 Arbeitskräfte weniger in der Landwirtschaft nothwendig sind! Die Kartoffelernte fällt zudem vorzugsweise in eine Zeit, wo sehr viele Arbeitskräfte frei sind und wo die ganze Familie mithelfen kann. Daß die verbündeten Regierungen bei diesem Gesetz übermäßige agrarische Tendenzen verfolgten, widerlegt das Vorbild der Schweiz. In der Schweiz ist der Gewinn am Spiritus trotz des Branntweinmonopols, hoher Kartoffelpreise und Generalzöllen immer noch höher als bei uns. Oesterreich und Rußland besitzen eine Ausfuhrprämie, und der kaiserlichen Förderung ihres Exports haben wir es zu verdanken, daß der Spiritusmarkt, der vor unserer Thüre liegt, der in Hamburg, uns so gut wie verloren ist. Wenn die verbündeten Regierungen in dieser Vorlage eine Ausfuhrprämie vorschlagen, so folgen sie nur dem Beispiel anderer konkurrierender Staaten. Auch die Staffelfeuer hat in der Schweizer Monopolverwaltung ein lehrreiches Vorbild; sie geht von dem Gedanken aus: Je kleiner der Betrieb, um so größer die Aufkosten, und je größer der Betrieb, um so geringer die Aufkosten. Die Berechnungen, welche Aufkosten erforderlich sind, um einen hektoliter Spiritus herzustellen, sind sehr verschieden aufzustellen. In den Motiven sind die Kosten für die Herstellung eines hektoliters Alkohol auf 52 M. angesetzt. Es fragt sich nun, ob man die Staffelfeuer auf die gesammte Produktion legen soll oder nur auf diejenige Produktion, die das Kontingent hat. Nach sehr sorgfältigen Erwägungen und nach Anhörung von Sachverständigen sind wir dazu gekommen, die Staffelfeuer auf die gesammte Produktion zu legen, vorzugsweise deshalb, weil namentlich in Süddeutschland sehr viele Brennereien ihr Kontingent gar nicht abbrennen und also eventuell eine ganze Anzahl von Brennereien von der Branntweinsteuer überhaupt nicht getroffen würden. Es hat sich eine Disposition geltend gemacht gegen die Differenzierung der Staffelfeuer je nach den verschiedenen Nothprodukten, aus denen der Branntwein hergestellt wird. Die Belastungen der Gesteinbrennereien sind bei weitem nicht so groß, wie man annimmt. Ebenso wird es bei den Melassebrennereien sein. Daß die Novelle für die kleinen Betriebe außerordentlich vorthellhaft wirken wird, ist wiederholt anerkannt worden, auch von Vertretern der kleinen Brennereien. Gegen die gesetzliche Festlegung einer Exportprämie lassen sich ja schwerwiegende wirtschaftliche Einwände erheben. Klein wirtschaftlich ist ja eine Ausfuhrvergütung unerwünscht, wir bleiben aber ohne dieselbe nicht konkurrenzfähig. Wenn andere Staaten Ausfuhrvergütungen haben, müssen wir denselben Weg gehen, nur so können wir sie schließlich ganz abschaffen. Die Vorlage will die weitere Ausnutzung der Melassebrennerei zu ungunsten der landwirtschaftlichen Brennerei verhindern. Die Brennerei muß als landwirtschaftliches Nebengewerbe erhalten bleiben. (Beifall rechts.) Verabschieden Sie schnell das Gesetz, damit es noch auf die Preisbildung der nächsten Kampagne wirkt. Daß in der Landwirtschaft etwas faul ist, wird jetzt schon bis zur äußersten Linken, den Sozialdemokraten, anerkannt. Ich bitte Sie von dieser Ueberzeugung zu Thaten überzugehen und uns den kleinen Finger zu reichen, um durch dieses Gesetz einen Theil der Landwirtschaft zu helfen. Kommt es auch nur einen kleinen Theil zu gute, so hoffen die verbündeten Regierungen auch noch in dieser Session einem weiteren Kreise der landwirtschaftlichen Interessenten ihr Wohlwollen zuwenden zu können. Reichen Sie uns also hier den kleinen Finger, wir versprechen Ihnen, nicht gleich die ganze Hand zu nehmen. (Heiterkeit. Beifall rechts.)

Abg. Spahn (B.): In den Bestimmungen über die Kontingentierung sehen wir eine Verbesserung der bestehenden Vorschriften, wenn es auch zweifelhaft sein mag, ob man bei dem System der Kontingentierung bestehen bleiben kann. Es müßte aber geprüft werden, ob die Ermäßigung des Kontingents bei einer gewissen Grenze vereinbar ist mit dem Gesetz von 1887, weil davon die Vertheilung des Kontingents auf Süd- und Norddeutschland abhängig ist. Eine andere Frage ist die Brennsteuer; es wird sich fragen, ob die Skala der Differenzierung richtig bemessen worden ist. Einverstanden bin ich damit, daß der weiteren Ausdehnung der Melassebrennerei Schranken gezogen werden müssen. (Zustimmung rechts.) Wir stehen also der Vorlage wohlwollend gegenüber und werden die Einzelheiten in der Kommission prüfen. Die schonende Heranziehung der kleineren Brennereien bei der Brennsteuer wird einen Aufschwung der landwirtschaftlichen Brennereien mit sich bringen und leicht eine Ueberproduktion herbeiführen.

Abg. Warm (Soz.): Mit dieser Vorlage wird scheinbar den kleinen Landwirthen geholfen. Diese haben endlich erkannt, wie ungemein schädlich die hohe Steuerbelastung und die Kontingentierung gewirkt hat, sie haben sich gegen das Gesetz empört und sollen nun mit einem Doudon abgepaßt werden, damit die wenigen großen Brenner weiter gedeihen können und möglichst wenig bestraft werden. Weßhalb soll denn immer wieder die landwirtschaftliche Brennerei bevorzugt werden? Weil der landwirtschaftliche Brenner seine Schlempe an seinem eigenen Vieh verfüttert. Aber der gewerbliche Brenner giebt doch auch seine Schlempe für das Vieh her, er kann an eine ganze Anzahl kleiner Bauern Schlempe verkaufen, so daß diese dieselbe verfüttern können. Die großen Brennereien verzehren ihre Schlempe nicht nur für sich. Zwar können sie sie nicht verkaufen, aber vielfach nehmen sie Vieh in Kost. Die jetzige Vorlage hat das Bestreben, den kleineren Brennern es weniger fähig zu machen, in welcher Weise sie durch die bestehende Gesetzgebung geschädigt werden. Wenn dem Großproduzenten überhaupt nur Vergünstigungen zugewendet werden, kleint er doch in nur bei weitem überlegen dem kleinen

konkurrenz gegenüber, dem dieselben Vorteile zugewendet werden. Durch eine Erhöhung der Exportprämie können wir nicht auf die Dauer den Preis des Spiritus erhöhen. Heute ist der deutsche Spiritus auf einen kleinen, fast verschwindenden Absatz beschränkt. Die Befehlsgebung von 1887 hatte nur den Zweck, die wilde Produktionsjagd einzuschränken. Jetzt thut man aber so, als ob man den Brennern irgend etwas Böses gethan hätte. Dafür muß eine Strafe gezahlt werden, daß die Herren Agrarier nicht so viel Nutzen aus ihren Brennereien ziehen dürfen, wie sie wollten. Aber diese Strafe hat der deutsche Branntweintrinker, das deutsche Volk zu zahlen. Wenn es denkbar wäre, daß durch Erhöhung der Branntweinsteuer der Konsum ausgetrotzt würde, so würde niemand mehr zufrieden sein als wir Sozialdemokraten. Denn da wo das Volk so arm und verelendet ist, daß die Branntweinsteuer unter ihm herrscht, da sind nicht unsere Wähler, sondern da wird in der Regel schwarz oder schwarz-weiß gewählt. Gerade die Provinzen sind es, wo die schlechtesten Löhne gezahlt werden und die traurigsten Verhältnisse sind. Sie wollen die Existenz einer Liebesgabe bestreiten. Was ist denn die Liebesgabe anderes als das diejenige, welche kontingentierten Branntwein brennen und 50 M. dafür bezahlen, 70 M. dafür wiederbekommen? 176 Millionen Mark sind es, die jetzt schon der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands aufgelastet sind, und jetzt sollen noch etwa 12 Millionen Mark neue Belastung für die Branntwein trinkende Bevölkerung hinzukommen. Da spricht man immer von der Branntweinsteuer von 3,50 M., die auf den Kopf komme. Das ist aber eine imaginäre Ziffer; denn die Kinder in der Wiege und die Frauen trinken keinen Branntwein. Sie (rechts) haben ja immer noch den Wein, Rothwein und das Bier zur Verfügung, den Branntwein lassen Sie der armen Bevölkerung. Die armen Leute würden auch lieber etwas besseres trinken als Branntwein, aber wenn sie unter Mäße und Kälte hungern und frieren müssen, so müssen sie zum Branntwein greifen; die müssen 176 Millionen zahlen und sollen noch weitere 12 Millionen bezahlen. Davon, daß weniger Branntwein produziert wurde, sind doch nicht die Arbeiter schuld. Unsere deutsche Brennerei ist aus einem landwirtschaftlichen Nebengewerbe ein landwirtschaftliches Hauptgewerbe geworden, und wir haben eine ganze Anzahl Brennereien, wo die Gutarbeit in zweiter Linie kommt. Den Rest von Export haben wir in den letzten Jahren verloren. Aber dafür ist der Verbrauch an denaturiertem Branntwein für gewerbliche Zwecke bedeutend in Deutschland gestiegen, so daß er ungefähre der Ziffer des Exports vor sechs Jahren gleichkommt. Den Export werden wir nie wieder erobern, wir werden hoffentlich sogar einen Rückgang des Trinkbranntweins haben. Wir wünschen es von ganzem Herzen. Dagegen versucht man von agrarischer Seite alle möglichen Mittelchen, um den Branntweinverbrauch zu erhöhen. Sehr interessant ist der Vorschlag, den ich kürzlich in einer landwirtschaftlichen Zeitung gelesen habe, daß nämlich in den kleineren Gasthäusern auf dem Lande statt Bier Brausewasser und Limonade geführt und hierin Essenzen zu trinken gegeben werden möchten. Das Gesetz legt in seinen Grundlagen der ärmeren Bevölkerung eine ungeheure Last auf, und ist weder geeignet, die Moral zu heben, noch der Landwirtschaft auf die Dauer einen bedeutenden Nutzen zugewenden. Nur 0,16 pCt. sind es, die von landwirtschaftlichen Betrieben in betracht kommen. Und zu gunsten dieser soll nun eine Befreiung weiter gemacht werden, welche eine so fürchterliche Last für die ärmere Bevölkerung bedeutet. Es kommt hinzu, daß die Melassebrennerei vernichtet werden, die Sie erst haben bestehen lassen, die zwar keine für das Vieh brauchbare Schlempe verwendet, deren Schlempe aber wenigstens als Dünger verwendbar ist. Sie klagen darüber, daß die Zuckerindustrie leidet, und wollen sie jetzt daran verhindern, die Melasse zu verarbeiten. Dabei wird auch noch den landwirtschaftlichen Brennereien eine Art Monopol gegeben. Denn Neuerichtungen werden sehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht. Wenn nun noch außerdem die Gelsenbrennereien durch die Vorlage nicht genügend berücksichtigt werden, so beweist das nur, wie ganz auf ökonomische Verhältnisse das Gesetz zugeschnitten ist. Gegenüber der Thatfache, daß die Technik in den großen Brennereien so viel besser arbeitet, als in den kleinen, hilft die Differenz, die die Staatseinkünfte erhöht, nicht im geringsten. Das ist im günstigsten Falle die Hälfte dessen, um was der große Brenner billiger sein Produkt herstellt, als der kleine. Weil das Gesetz die Zölle noch erhöht, welche der Branntwein trinkende Bevölkerung Deutschlands schon aufgelegt sind, lehnen wir das Gesetz ab und hoffen, daß es nicht zur Annahme gelangt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Camp (Sp.): Mit dem Ergebnis des Gesetzes von 1887 konnte der Vordrucker schon zufrieden sein, so weit die Verminderung des Branntweinkonsums in betracht kommt; denn der Konsumrückgang stellt sich mindestens auf 27 pCt.; die Arbeiter werden also heute nicht mehr für ihren Branntweinkonsum ausgeben als früher. Nicht für Ökonomie war das Branntweinsteuer-Gesetz mit der Kontingentierung eine Notwendigkeit, sondern gerade für die süddeutsche Brennerei handelt es sich dabei um eine Lebensfrage. Die Branntweinbrenner haben für ihre Produkte in den letzten Jahren nicht mehr erhalten als vor 1887, da aber ihre Produktion auf $\frac{1}{4}$ der früheren eingeschränkt ist, so ist der Branntweinbrenner benachteiligt, da seine Einrichtungen dieselben geblieben sind. Wenn Herr Wurm den Unterschied zwischen einer landwirtschaftlichen und einer gewerblichen Brennerei nicht erkennen kann, so liegt das nur an ihm. Der Landwirt will durch Anlage einer Brennerei seinen Grund und Boden verbessern, während der Inhaber einer gewerblichen Brennerei darauf keine Rücksicht nimmt. Bezüglich der Melassebrennereien ging man von der Ansicht aus, daß sie nur 6 pCt. Absteuer haben; deshalb ist eine Verringerung notwendig. Wir können dem Staatssekretär nur dankbar sein, daß er in bezug auf die landwirtschaftlichen Brennereien so sehr entgegengekommen ist. Ich hebe aber der Brennsteuer nicht ohne Bedenken gegenüber, ob sie wirklich den Export heben wird. Unser Export ist nicht vernichtet durch die Schutzpolitik, sondern daran sind andere Ursachen schuld, namentlich die Vernichtung zahlreicher Weinberge Frankreichs durch die Rebplage. Es wird hauptsächlich darauf ankommen, den Absatz im Inlande zu vermindern, auch durch Verwendung des Spiritus zu Beleuchtungszwecken, durch Verdrängung des im Preise steigenden Petroleum. Sicher ist, daß die Landwirtschaft eine Last von 22 Millionen auf sich nehmen muß; die Vorteile, die dem gegenüber stehen, sind sehr problematisch. Man sollte die Steuer in einen Fonds fließen lassen, aus dem nach Bedürfnis größere oder kleinere Prämien bei der Ausfuhr gewährt werden könnten. Bedner bedauert, daß manche Wünsche in der Vorlage nicht erfüllt sind, so z. B. fehle eine Vorschrift darüber, daß die Beklage nicht mehr veräußert zu werden dürfen, und ein Verbot der Verwendung von Surrogaten, wie Pfeffer u. s. w., die gesundheitsschädlich sind und dazu dienen, das Publikum über die Qualität des Branntweins zu täuschen.

Darauf wird um 5 Uhr die weitere Beratung bis Sonntagabend 1 Uhr vertagt. Vorher werden noch einige Rechnungs-vorlagen eingelegt werden.

Tokales.

Heute, Sonnabend, wird keine juristische Sprechstunde abgehalten.

Küster an der Arbeit! Die „Mai-Festschrift“ ist am Freitag Nachmittag in der noch vorhandenen Anzahl von 51 000 Exemplaren im Verlagsbureau des „Vorwärts“ konfiguriert worden. Der über diese Pandalung ausgefertigte polizeiliche Ausweis lautet:

Infolge Gerichtsbeschlusses vom gestrigen Tage (Mittwoch) wurden am heutigen Nachmittag um 3 1/2 Uhr durch den Unterzeichneten als Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft in dem Verlage des „Vorwärts“ beschlagnahmt ca. 51 000 Exemplare der Druckschrift „Maiser 1895“. Außerdem wurden die Platten und Formen beschlagnahmt.

Berlin, den 26. April 1895.

Schöne,
Königl. Kriminalkommissar.

Wie verlautete, soll die Konfiskation auf Grund des § 180 des Strafgesetzbuchs erfolgt sein. Inwiefern das Kriterium des Ausdrucksparagrafen auf die diesmal mit ganz besonderer Sorgfalt ausgearbeitete Festschrift zutreffend sein soll, ist uns, wie wohl auch allen denen, die künstlerische und literarische Beiträge dafür geliefert haben, unersichtlich. Aber was macht es? Der Kampf für Ordnung, Religion und Sitte hat sich neuerdings in so manchen staatsbreitenden Thaten ganz besonderer Art bekundet; warum sollte da nicht auch die Konfiskation einer Arbeiter-Maiserschrift veranlaßt werden können. Was thut's? Der Sache des Proletariats gar nichts! Vorwärts heißt die Parole, allen Kleinen und hoch aufgetürmten Hindernissen zum Trotz, vorwärts zum Siege! Hoch die Sozialdemokratie!

Aus verschiedenen Orten, so aus Braunschweig und Dresden sind uns bereits telegraphische Mitteilungen zugegangen, wonach auch dort die Maiserschrift konfiguriert worden ist. Es handelt sich also, was ja vorauszusetzen war, um eine planmäßig über ganz Preußen-Deutschland eingeleitete Aktion gegen die Festschrift.

Im Anfang dieser Woche waren die Osterferien beendet und der sechsjährige M.C. Schöke ist als Rekrut in die zweite Etappe seines Lebens eingetreten. Zwar begann die Schulpflicht nominell am 1. April, aber die paar Tage bis zum Osterfest waren nicht mitzuzählen; von einem irgendwie geregelten Unterricht des jungen Kindes war in dieser kurzen Spanne Zeit in den meisten Berliner Gemeindefschulen keine Rede. Die Zeit der strengeren Zucht hat jetzt begonnen; dem Lehrer fällt die schwierige Aufgabe zu, das bislang aus Spiel gewohnt gewesene Kind für Fleiß, Ordnung und Regelmäßigkeit zu interessieren. Wird diese Aufgabe in den Gemeindefschulen mit der erforderlichen Umsicht durchgeführt? Werden die Lehrer in ihrer schweren Aufgabe durch die Verwaltung nach Kräften unterstützt? Wird vor allem, und das ist die Hauptsache, von Seiten der Schule im jungen Kinde Lust und Liebe zum Schulbesuch erweckt? Man kann diese Fragen leider nicht um befriedigende Antwort beantworten. Im Gegenteil muß in manchen Dingen die Ueberzeugung Platz greifen, daß in Berlin möglichst viel geschieht, um dem Kinde den Schulbesuch vom ersten Augenblick an zu einer Freude zu machen; man kann vor allem sich des Gedankens nicht erwehren, daß die Schulordnung das Edelste leistet, um dem Schüler die Gewöhnung an Ordnung und Pünktlichkeit zu erschweren. Was soll man z. B. zu dem folgenden, für sechsjährige Gemeindefschüler gültigen Stundenplan sagen. An zwei Tagen der Woche, Montag und Donnerstag, beginnt der Unterricht für die kleinen Knirpse bereits um sieben Uhr in der Frühe, und dauert dann, von einer, wenn wir nicht irren, viertelstündigen Frühstückspause unterbrochen, bis elf Uhr. Der vierstündige durchgehende Unterricht wechselt am Dienstag und Freitag mit einem dreistündigen ab; an diesen Tagen haben die Kinder von acht bis elf Uhr die Schule zu besuchen. Mittwochs und Sonnabends dauert der Unterricht ebenfalls drei Stunden, an diesen Tagen beginnt die Schule für die sechsjährigen Kinder jedoch erst um zehn Uhr morgens und dauert bis ein Uhr mittags. Am Mittwoch Morgens geht das Vergnügen wieder um sieben Uhr früh los. Wir sind der Meinung, daß diese verwirrende „Ordnung“ alles, nur nicht eine Festigung der körperlichen und moralischen Gesundheit des jungen Kindes bewirken. Es ließe sich überhaupt darüber streiten, ob die Schulpflicht für dies zarte Alter nicht zu lang bemessen ist, und der dahin gehenden Meinung wird insoweit recht gegeben, als die Unterrichtszeit in den unteren Klassen höherer Schulen um ein nicht unbedeutendes kürzer ist. Gar viele Eltern sind der Ansicht, daß es den Verhältnissen der Großstadt überhaupt nicht entspricht, die Schule um 7 Uhr morgens beginnen zu lassen. Mit Ausnahme zweier Wochentage wird die erste Unterrichtsstunde der Religionslehre gewidmet. Die überwiegende Mehrzahl der proletarischen Eltern dürfte der Ansicht sein, daß dieser Unterricht in hohem Grade entbehrlich ist, daß sein Ausfall oder seine Verminderung bewirkt werden könnte, ohne daß der sittliche Gehalt des Kindes auch nur den geringsten Schaden erlitten. Wird doch dieser Meinung ebenfalls durch den Unterrichtsplan der höheren Schulen, in dem nur zwei Religionsstunden für jede Woche verzeichnet stehen, Recht gegeben. Niemandem wird es einfallen, zu behaupten, daß die Söhne und Töchter der Bourgeoisie deswegen unfähiger sind, als Proletarierkinder. Auf Eins sei noch hingewiesen, nämlich auf die Prügelstrafe, die je nach den Veranlassungen des Lehrers oder der Lehrerin mit mehr oder weniger großem Fleiß auch an sechsjährigen Kindern geübt wird. Welch einen Eindruck muß es auf einen Knaben und gar auf ein Mädchen machen, wenn es selber oder eines seiner Leidensgefährten für ein Vergehen, das im Alter von sechs Jahren doch gewiß nur in den allerersten Fällen auf Bosheit zurückzuführen ist, mit dem Roßstock auf den harten Finger geprügelt wird?

Gar vieles ist von der Gemeindeverwaltung Berlins, die sich auf ihre Bildungsanstalten so viel zu gute thut, noch im großen wie im kleinen zu bessern, bis von den Gemeindefschulen als Musteranstalten ihrer Art geredet werden kann.

Einen für die sittliche Verworfenheit der nach Bildung und Besitz maßgebenden Gesellschaftsklassen recht bezeichnenden Beleg enthält der Inzeratenteil des gestrigen „Berliner Fremdenblattes“. In möglichst ausführlichem Druck steht da zu lesen: Ein Marquis österreichischen Adels, 40 Jahre alt, Beamter bei einer k. k. österreichischen Finanzdirektion, sehr solid, sympathisch, gesund, mittelgroß, brünett, beliebt und angesehen, wünscht zu heiraten und beansprucht ein Alter nicht über 40 Jahre, sympathisches Wesen und eine Mitgift von mindestens zwei Millionen Gulden ö. W. (resp. vier Millionen Mark oder 5 Millionen Franken). Konfession und Stand Nebensache. Schulden sind keine vorhanden. Dagegen wird unbedingt beansprucht, daß am Hochzeitstage zur Sicherung der vollen Selbstständigkeit des Bewerbers die Braut ihm mindestens eine Million Gulden ö. W. in mobilen Werten zum unbeschränkten Eigentum übergebe. — Im Falle einer Scheidung würde dieser Betrag zurückgezahlt sein.

Schamloser hätte die mittels Umsturzparagrafen gegen die Sozialdemokratie zu schühende Heiligkeit der Ehe auch nicht durch den ehrenwerten Herrn Heine oder sonst einen Louis prostituiert werden können. Vielleicht erörtert einmal eine Arbeiterversammlung die Frage, ob es durch eine Vereinbarorganisation zur sittlichen Hebung der höchsten Gesellschaftsklassen möglich sei, dem öffentlichen Vergnügen, das durch solche Zeitungsannoncen, den Ball Roke und zahlreiche andere Standalosa von oben herab gegeben ist, zu steuern, oder die Fäulnis wenigstens auf ihren Heerd zu beschränken. So gleichgiltig dem Proletariat auch die Verfaulung der „Crème“ ist, so ist der Pestgeruch, der von ihr ausgeht, immerhin eine öffentliche Gefahr.

Für Ordnung, Religion und Sitte. Herr v. Roke hat, wie die Blätter berichten, gestern das Krankenhaus verlassen. Wir sind gespannt, welche Schritte die Anstaltsbehörde gegen ihn und seine Prügelfelsgesellschaft unternehmen wird. Auch wäre es interessant zu erfahren, ob die Sicherheitsbehörde umfossende Maßregeln ergreifen hat, um weitere Standalosen und weiteres öffentliches Vergnügen nach Möglichkeit zu verhindern.

Das Disziplinarverfahren gegen den Richter Dr. Schöffing in Hildorf, das auf die Lähmung des Sicherheitsbeamten Höppler eingeleitet war, ist einer uns heute zugegangenen Nachricht zufolge eingestellt worden. Höppler aber funktioniert trotz alledem noch immer als Gendarm, auch ist uns noch nichts von einer gegen ihn wegen Meineides resp. Falschheides eingeleiteten Untersuchung bekannt.

Küster und die Kunst. Das Drama „Einmal“ von Alfred Noll ist nunmehr der Neuen Freien Volksbühne zur Aufführung von der Jenseit freigegeben worden. Die Aufführung findet am Sonntag im Zentral-Theater statt.

Der Kaiser hat seine Hofloge im Deutschen Theater gelassen. Die Einnahmen, welche Herr Direktor Brahm durch die „Weber“ erzielt hat, werden ihn den pekuniären Verlust, den diese Kündigung mit sich bringt, verschmerzen lassen. Wir kennen Herrn Direktor Brahm zu wenig, um beurteilen zu können, ob und in wie weit ihn die Kündigung aus anderen Gründen geinigt hat.

Neues Geschäftsaufnehmen. Mit dem Christentum wollen es 14 Buchhändler versuchen. Sie beabsichtigen, sich zu dem Zwecke zu vereinigen, neben der Pflege freundschaftlicher Beziehungen der christlich gesinnten Buchhändler zu einander, die Verbreitung der christlichen Weltanschauung durch Schrift und Bild zu pflegen und allen gegnerischen Versuchen zu wehren.

Ein Erfolg dürfte dies Projekt kaum haben. Die Mehrzahl der Frommen liest nicht gern. Sport, Militärfesterei und ähnliche Dinge sind die weltlichen Lieblingsbeschäftigungen der meisten dieser Leute.

Eisenbahnunfall. Der gestern auf dem Anhalter Personenbahnhof um 3 04 N. fällige Vorortzug von Marienfelde überfuhr das südlich des Schiffahrtskanals befindliche Haltesignal, wodurch er in das Geleis I geleitet wurde und mit einer dort aufgestellten Rangiermaschine in Berührung kam. Das Auffahren war nur schwach, so daß es im Zuge kaum bemerkt wurde. Der Lokomotivführer der Rangiermaschine wurde am Knie leicht verletzt.

In der Untersuchungssache gegen den Hauptlehrer Lindeke zu Hildorf wegen Ueberschreitung des Jüchlingsrechts an den beiden im Landwehrkanal ertrunkenen Schülern Schreiber und Seifert ist dem Lehrer sowie der Gemeindevertretung der Bescheid zugegangen, daß die ärztliche Untersuchung der beiden Leichen keine Spuren einer Mißhandlung ergeben und die Staatsanwaltschaft infolge dessen von einer weiteren Untersuchung Abstand genommen hat. — Auch die seitens der vorgesetzten Behörde vorgenommene Disziplinaruntersuchung hat keine Momente zu Tage gefördert, welche den Lehrer belasten könnten.

Tief gesunken ist das bekannte Viertel am Urban, das an der Ecke des Planers gelegen ist. Das Wohnhaus lag früher mit der Umgebung auf gleicher Höhe. Durch die Aufschüttung, die der Durchbruch der Diefenbachstraße nach dem Planer und damit in Verbindung die Anlage des Urbanhafens mit sich gebracht hat, ist das Planer bedeutend erhöht worden, während das Wohnhaus wie durch eine Versenkung in die Tiefe gesunken ist. Die Folge davon ist, daß das Wohnhaus demnächst gänzlich verschwinden wird. Wie es heißt, soll es abgebrochen werden, damit auf der erhöhten Baustelle ein Neubau aufgeführt werden kann.

Ein Buchmacher ist am Freitag Nachmittag 3 1/2 Uhr auf der Arabienbahn bei Westend bei seiner Arbeit abgestoßen worden. Es ist der 26 Jahre alte Kaufmann Heinrich Simon aus der Alexandrinerstr. 104 in Berlin. Er gesteht zu, die Buchmacherei betrieben zu haben; doch gibt er an, daß es der erste Versuch gewesen sei. Er habe sich vorgenommen, es künftig klüger anzustellen.

Eine Greisin ist am Donnerstag Nachmittag um 1 Uhr an der Ecke der Neuen Böh- und Alten Jakobstraße von einem Omnibus überfahren worden. Es ist die 83jährige Frau Emma Kirschen, die aus Leipzig stammt und in Charlottenburg, Gortelstraße 19, bei Verwandten wohnt. Sie hat leichte Verletzungen an den Füßen davongetragen.

Ein Unfall bei den Kanalarbeiten hat sich in einer der letzten Nächte in der Brückenstraße ereignet. Als einer der Arbeiter vor dem Hause Nr. 8 mit brennender Lampe in den Luftschacht hinabstieg, schloß plötzlich eine Feuerzange meterhoch empor und verletzte ihn an Gesicht und Händen so erheblich, daß seine Aufnahme im Krankenhaus Urban erforderlich wurde. Eine ziemlich Quantität Brennstoff hatte sich an dieser Stelle angesammelt, das Feuer brannte mit Unterbrechungen fast eine Stunde. Wie man vermutet, war es Benzin, das durch Fahrlässigkeit in die Kanalarbeit gerathen ist. Die Untersuchung wird das weitere ergeben. Der Unfall wäre vermieden worden, wie man behauptet, wenn statt der offenen Leuchtflamme Sicherheitslampen bei solchen Arbeiten Verwendung fanden.

Zerrüttete Familienverhältnisse haben den 39 Jahre alten Fuhrherrn Emil Hoppe aus Reinickendorf in den Tod getrieben. Am Dienstag Morgen packte ihn Verzweiflung; er nahm in seiner Winterstraße 28 belegenen Wohnung in selbstmörderischer Absicht Salzsäure und verlegte sich innerlich so schwer, daß er sofort auf ärztliche Anordnung nach dem Lazarus-Krankenhaus in Berlin gebracht werden mußte. Mergliche Hilfe konnte indes nichts mehr ausrichten und Hoppe erlag am Mittwoch der Wirkung des Giftes. Die hinterlassene Familie besteht aus der Ehefrau und vier Kindern.

Witterungsübersicht vom 26. April 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Skala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 10 U. N.
Swinemünde.	754	SSO	3	wolkig	16
Hamburg.	754	WSW	2	wolkig	14
Berlin.	754	WS	4	Regen	13
Wiesbaden.	760	WS	1	better	10
München.	759	S	3	Regen	9
Wien.	758	W	1	Regen	13
Navaranda.	757	StN	—	Nebel	2
Petersburg.	764	NO	0	wolklos	4
Odessa.	753	WS	5	wolkig	10
Aberdin.	747	N	2	bedeckt	8
Paris.	754	S	3	bedeckt	11

Wetter-Prognose für Sonnabend, 27. April 1895. Einwas kühleres, zeitweise heiteres, vorherrschend wolkiges Wetter mit Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 25. d. M. wurde in einer Papierschneidfabrik in der Marienstraße ein Arbeiter, als er sich in den Fabrikhof hinabbeugte, durch den von oben herunterkommenden Hahnenfuß gequetscht und schwer verletzt. — Der 17-jährige Sohn eines am Grünen Weg wohnenden Arbeiters fiel aus dem Fenster des vierten Stockes auf den ungepflasterten Hof hinab, erlitt jedoch nur eine unerhebliche Verletzung am Kopf und eine aufsehend leichte Gehirnerschütterung. — Ein Drochkulischer wurde in seiner Wohnung in der Posenstraße erhängt vorgefunden. — Nachmittags geriet in der Neuen Böhstraße eine Frau unter die Räder eines Omnibusses und wurde an den Unterschenkeln aufsehend bedeuend verletzt. — Auf dem Anhalter Bahnhof fuhr ein Vorortzug über das Haltesignal hinaus auf ein Nebengeleise und stieß gegen eine

ort haltende Lokomotive. Der Führer der letzteren wurde dabei anscheinend jedoch nicht erheblich verletzt. — Auf einem Grundstücke der Schwedterstraße wurde am Abend ein Kutscher durch einen Müllwagen überfahren und an den Beinen schwer verletzt. — Auf dem Tempelhofer Felde wurde ein Arbeiter von Strohballen überfallen und durch Messerhiebe am Kopfe verletzt. Die Täter sind entflohen. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Der Hauswirth mit der Bettische. Der Eigentümer Bachmann in der Prenzlauer Allee hatte spielende Kinder mit der Bettische von seinem Hofe gejagt. Hierbei traf er die ruhig ihres Weges gehende kleine Gertrud Bader derart, daß das kleine Kind große Schmarren im Gesicht davon trug, deren Heilung mehrere Tage erforderte. In der gestrigen Verhandlung verurtheilte ihn das Schöffengericht wegen Körperverletzung zu der milden Geldstrafe von 15 Mark.

Vom Fuchsmühl-Prozess in Weiden liegt folgendes Telegramm vor: Weiden, 28. April. Heute wurden die Forstmeister Gschler und Brenner in sehr eingehender Weise vernommen. Letzterer ist der Meinung, die Angeklagten hätten sich wegen Uebertretung des Forstgesetzes strafbar gemacht, weil sie erstens ohne Anweisung und zweitens nachholend geschaltet hätten. Ein forstwirtschaftlicher Schaden sei nur in Schrammlocher entstanden; das Gutachten berechnet denselben auf 1274 Mark. Die Frage der Vertheilung, ob den Fuchsmühlern nur Brennholz zu fallen gestattet sei, lasse sich aus dem Gutachten nicht genau beantworten. Der Staatsanwalt beantragt für Johann und Josef Stodt und Josef Vogel Freisprechung, weil ihnen nicht nachgewiesen sei, daß sie die Aufforderung des Bezirksamtmanns Woll, den Wald zu verlassen, gehört haben. Gegen alle anderen Angeklagten beantragt der Staatsanwalt wegen Aufstaus und Landriebsbruchs, bezw. eines von beiden Gefängnisstrafen von drei Tagen bis sechs Monaten Dauer. Heute Nachmittag folgen die Reden der Verteidiger.

Veranstaltungen.

Freie Volksbühne. Der Vorsitzende des Vereins, Dr. Franz Wehring, ersuchte uns mitzutheilen, daß seine Rede in der letzten Generalversammlung durchaus unrichtig wiedergegeben ist. Unserem Wunsche, die Rede in ihrem richtigen Wortlaut uns zur Veröffentlichung mitzutheilen, hat er zu unserem Bedauern leider abgelehnt.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Braner und Brauerei-Hilfsarbeiter tagte am 25. April in den Arminalhallen, Kommandantenstraße 20. Zunächst erfolgte die Abrechnung der Kommission der Ausgesperrten. Der Kassierer derselben, Giermann, schickte seinem Bericht die Bemerkung voraus, daß seine bis ins kleinste detaillierten Angaben nach erfolgter Rechnungslegung in der Gewerkschaftskommission dem „Vorwärts“ zur Veröffentlichung gegeben werden. Die Gesamtsumme betrug 179 547,30 Mk., wovon 177 428,54 Mk. verausgabt wurden; die hiervon gezahlten Unterhaltungen an die ausgesperrten Böttcher und Brauerei-Arbeiter beliefen sich bisher auf 174 541,00 Mk. Von dem verbleibenden Bestand (2118,76 Mk.) hat die Kommission 1111,04 Mk. der Kommission der Böttcher und das übrige Geld der Agitationskommission der Brauerei-Arbeiter überwiesen, welchen nunmehr die weitere Unterhaltung der noch ausgesperrten Kollegen anheimfällt. Die Abrechnung ist von dem geschäftsführenden Ausschuss der Gewerkschaftskommission geprüft worden. 404 Sammellisten liegen noch aus, und zwar befinden sich die meisten davon in Händen ausgesperrter, die inzwischen in Arbeit getreten sind. Sie energisch an ihre Pflicht zu erinnern, endlich abzurechnen, und nöthigenfalls ihre Namen zu veröffentlichen, habe der Ausschuss der Gewerkschaftskommission übernommen. — Die weitere Auszahlung der Unterhaltung erfolgt nach wie vor in der Blumenstraße 38 bei Wiedemann. — Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht des Bureau der letzten öffentlichen Braner-Arbeiter-Versammlung (3. April) über die eingegangenen Zuschriften (13) aus den Brauereibetrieben wegen Freilassung des 1. Mai. Zustimmende Erklärungen gaben, wie Schneider ausführte: Pichelsdorf, Münchener Brauhaus (hier und Oranienburg), Wilhelmshöhe, Lehmann, Kling u. Romp, Madon, Lichterfelde, Mäggel, Schöpschen, Müller, Wusterhausen, Müller-Potsdam, Hüllgrabe und Hildebrand. Letztere beiden sind Weibler-Brauereien. Von dem Ring angehörenden Brauereien hat nur „Königsstadt“ geantwortet, daß sie die Zuschrift dem Verein der Brauereien unterbreiten werde; inzwischen habe der Ring bekanntlich durch die ihm zur Verfügung stehende Presse seinen ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck gebracht. — In der dem Bericht sich anschließenden längeren Diskussion wurde auch das Ver-

halten des sogenannten „blauen“ Bierbrauergesellen-Vereins scharf kritisiert und seiner famosen Stellungnahme zur Kaiserzeit mit wohlverdientem Spott begegnet. Von Knapfer wurde bekannt gegeben, daß er beauftragt sei, mündlich mitzutheilen: Die Weibler-Brauereien Hader und Zeidler-Schöneberg gaben ihren Arbeitern den 1. Mai ebenfalls frei. (Brauo.) Gärtner theilte mit: Die Kronenbrauerei Moabit hätte sich der dortigen Lokalkommission gegenüber ebenfalls verpflichtet, am 1. Mai ihre Arbeiter feiern zu lassen. Eine Anfrage, wie sich Reicheltrun-Charlottenburg zur Kaiserzeit stelle, wurde mit Hinweis auf dessen zu Anfang d. J. im „Vorwärts“ erlassene Erklärung beantwortet. Da verschiedene Brauereien es den Arbeitern „anheim“ stellten, zu feiern oder nicht, so appellierten mehrere Redner energisch an das Solidaritätsgefühl der dort beschäftigten, geschlossen vorzugehen und von den resp. Direktionen die Arbeitsruhe zu fordern. Bei Kling u. Romp und Hildebrand, welche ihre Antwort mit Klauseln versehen hatten, soll die Agitationskommission vorstellig werden. Im großen und ganzen wurde das erzielte Resultat als sehr zufriedenstellend bezeichnet; durch sein brutales Vorgehen im Vorjahr habe der Brauereiring den Arbeitern erst den richtigen Weg gewiesen und trotz seiner Machination werde die Frier des 1. Mai seitens der Brauerei-Arbeiter eine imposante zu nennen sein. Einstimmig erfolgte folgende Resolution zur Annahme: „Die 22. Versammlung spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß es der Ring der Berliner Brauereien nicht für nöthig hielt, das an ihn gerichtete Schreiben zu beantworten. Die vielgerühmte Arbeiterfreundlichkeit des unter der geistigen Leitung des Herrn Köpcke stehenden Ringes erweist sich hiernach als Fingerring, zu dem Zweck, die öffentliche Meinung und die Arbeitererschaft zu täuschen. Die Versammlung erwartet demzufolge, daß sich alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Brauereiarbeiter an der Kaiserzeit betheiligen werden.“ — Ganderfer und Gärtner fanden es bedauerlich, daß immer wieder Brauereilokale zur Kaiserfeier benutzt würden, deren Besitzer sich den Forderungen ihrer Arbeiter zum Freilassen des 1. Mai halbhartig widersetzen. Sachde der Lokalkommission wäre es, sich auch der Brauereiarbeiter etwas mehr anzunehmen, damit die Aussperrten bald von der Straße verschwinden. Durch diese Auslassungen wurde die Debatte auf Mißstände gelenkt, wie sie im Arbeitsnachweis des Ringes bestehen. Der Verwalter, ein junger Mann von 21 Jahren, schaltete, wie einige Redner ausführen, ganz nach Willkür, trage in die Listen ein, wer ihm gefalle, und sei für alle Vorstellungen taub. Als richtiges Vorgehen der Brauereibitzer habe ihn auch sein Verhalten bei den Ortsklassen-Wahlen erkennen lassen, unparteiisch sei er keinesfalls. Von Schneider wurde behauptet, die Bergschloßbrauerei beschäftige 3, die Gumbertbrauerei gar 3 Arbeiter als sogenannte Dize, nur, um nicht Aussperrte einstellen zu müssen. Dr. Freund verwies Beschwerdeführer auf Anstaltsrat, doch dieses handle, zusammengefaßt aus Brauereibetrieben und ihnen „ergebenen“ Arbeitern, wie leicht erklärlich, nur einseitig. In einer in nächster Zeit einzuberufenden Versammlung sollen die Schritte beraten werden, welche gegen die vorgebrachten Mißstände zu unternehmen sind. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung erfolgte gegen Mitternacht Schluß der Versammlung.

Die Aussperrung der Arbeiter der mechanischen Schussfabrik von Rosenthal u. Groß bildete den einzigen Gegenstand der Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der Schuhmacher vom Mittwoch Abend. Biermann erstattete Bericht. Der Inhaber der genannten Fabrik, Herr Rosenthal, habe im Gegensatz zu seinem schriftlichen Versprechen, keine Streikbrecher einzustellen, wiederholt den Versuch gemacht, den organisierten Leuten in seinem Betriebe, jemand der im Bürger Streik seine Pflicht gründlich verlegt habe, an die Seite zu stellen. Als ihm Vorstellungen gemacht wurden, war seine kategorische Antwort — die Entlassung. Gegen sechs seiner Arbeiter — ein Zeichen, daß dieser Ausgang ihm selber nicht besagte — hat er nachträglich Klage beim Gewerbegericht wegen Kontraktbruchs anhängig gemacht. Mehrere Redner besprachen die mangelhaften hygienischen Einrichtungen, andere das verwerfliche System der „freiwilligen“ Sparrasse, durch welche den Arbeitern Unmöglichkeit an die genannte Fabrik beigebracht werden soll. Durch die einstimmige Annahme einer Resolution, die das Vorgehen des Personals von Rosenthal und Groß billigt und voluntäre Hilfe zusichert, drückten die Anwesenden aus, daß sie die Meinung des Herrn Rosenthal: seine allzugroße Güte sei schuld an der Zwangslage, in der er sich gegenwärtig befinde, durchaus nicht theilen. Alle Redner waren der Ansicht, daß die Betriebsleitung mit den jetzt angeworbenen Hilfskräften nichts anfangen könne; obwohl man die Kommission der Arbeiter jetzt abgewiesen habe, sei ein Entsetzen der Firma baldigst zu erwarten. Von den ca. 80 Personen, die von der Aussperrung betroffen wurden, sind einzelne schon wieder in Arbeit gebracht; die übrigen werden unterstützt. Die Versammlung nahm dann den neuen Lohnsatz, der die niedrigen Preise in der Fabrik von Rosenthal u. Groß etwas erhöht, ohne Widerspruch an; dieser Satz soll den Verhandlungen mit der Firma zu Grunde gelegt werden.

Der Fachverein der Stellmacher tagte am 21. April. Das Referat hatte Genosse Sassenbach übernommen, der in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über „Freimaurerthum“ sprach. Daraus verlas der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal. Danach betrug die Einnahme 102,74 Mk., die Ausgabe 55,20 Mk.; es bleibt mithin ein Kassenbestand von 47,54 Mk. In den Vorstand wurden die Kollegen Michels als erster, Singert als zweiter Vorsitzender, Zeslau als erster, Köhne als zweiter Kassierer, Baum als erster, Schindler als zweiter Schriftführer, Behrens, Henze und Pauli als Revisoren gewählt. Eine heftige Debatte zeitigte ein im Anschluß an die Wahl eingebrachter aber von der Mehrheit abgelehnter Antrag, welcher sämtliche Vorstandsmitglieder verpflichtete, der politischen Organisation anzuhören. Zum Schluß wurden die Kollegen gewarnt, bei Simon u. Ko. in Arbeit zu treten. Die nächste Vereinsversammlung findet am 19. Mai statt.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 28. April, bei Müller, Unterbrecher, 26; General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, der Kassierer u. s. w. 2. Wahl und Befähigung. (Siehe morgen Anzeiger.)

Möbelpolierer. Öffentliche Versammlung bei Müller, Köpenicker, 29 (ehemalige Sohl) am 1. Mai, vormittags 10 Uhr. Nach Schluß der Versammlung: Ausflug nach Ober-Schönheide bei Potsdam. (Siehe morgen Anzeiger.)

Einzel-Verein. Heute Abend 9 Uhr, Reichstraße 18: General-Versammlung.

Christliche Gesellschaft. Sonntag, den 28. April, abends 7 Uhr, in den Arminalhallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Genossen Dr. Hermann über „Die Wappenschilder des Menschen an das heilige Alter“.

„Fischerklub „Fischland“.“ Mariannenstr. 12.

Vermischtes.

Ueber den Einsturz eines Neubaus geht uns folgende Privatnachricht aus Weeslau zu: Donnerstag Nachmittag gegen 1/5 Uhr — als die meisten Arbeiter noch in der Vesperzeit waren — stürzte die hintere Front des eben erst fertig gestellten Neubaus Brunnenstr. 33 in sich zusammen, sechs Personen, darunter den Baunternehmer Lasse und den Polier verschüttet. — Zwei der Arbeiter wurden sehr schwer, die beiden anderen sowie der Polier leicht verletzt; der Baunternehmer, der sich im Kellerraum befand, kam ohne irgend welchen Schaden davon. — Die Ursache des Einsturzes dürfte auf eine nachträgliche Senkung des Baugrundes zurückzuführen sein.

In Herzberg im Harze streifen die Gemeindefürken. Sie verlangen an Stelle der bisherigen, nach Viehhäuptern berechneten und von jedem einzelnen Viehhändler einzufordern Besoldung eine feste Besoldung. Ihr Einkommen betrug in den letzten Jahren so wenig, daß selbst diesen überaus genügsamen Menschen die Galle überlief.

Durch das Hochwasser in Südburgarn wurden nachträglichen Berichten zufolge vier Ortschaften ganz oder zum Theil vernichtet. Zahlreiche Personen sollen umgekommen sein. Der Schaden wird auf 9 bis 10 Millionen Gulden geschätzt.

Erdbeben. Aus Belgard wird vom Freitag berichtet: Im Morawa-Thal haben in voriger Nacht heftige Erdrerschütterungen stattgefunden.

Ueber eine furchtbare Feuersbrunst meldet ein New-Yorker Telegramm des Reuterschen Bureau aus Montreal das folgende: Eine große Zuckfabrik ist theilweise vom Feuer zerstört worden. Der Schaden beträgt 1/2 Millionen Dollars. Bei Ausbruch des Feuers entstand eine Panik unter den tausenden in der Fabrik beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, da die Rettungsapparate nicht benutzbar und die Fenster mit eisernen Schiebern verschlossen waren. Schließlich wurde ein Fenster eingeschlagen und die Arbeiterinnen begannen vom vierten Stock auf die Straße zu springen; fünfzig derselben mußten ins Hospital transportiert werden, viele trugen tödliche Verletzungen davon. Ein bezeichnendes Bild von der verbrecherischen Gewissenlosigkeit des kapitalistischen Ausbeuterthums.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Postfach oder eine Bahn-Adresse) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Musiker. Für etwas Bedenkliches halten wir den Beschluß des philharmonischen Orchesters nicht.

Gesangsverein „Glocke“. Ihre Angelegenheit hat für die Leser kein Interesse. Regeln Sie die Angelegenheit mit den Musikern.

E. G. 14. Der Vorstand soll sofort der Polizeibehörde mittheilen, daß er und nicht die Mutter Vormund ist, und gegen Rückführung des Beibrings protestieren. Sprechen Sie gelegentlich der Sprechstunde vor. — **E. G. 18.** 1. Die Anmeldung in mich bei der Berliner und Charlottenburger Polizeibehörde erfolgen. 2. Das Kränzen ein öffentliches, so ist Genehmigung der Berliner Polizeibehörde erforderlich. — **M. D., Potsdamerstr. 38.** Der Statutenentwurf ist sehr bedenklich: Die Kasse würde danach als Versicherungskasse betrachtet werden, die polizeilicher Genehmigung und Aufsicht unterliegt. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahistolle Berlin.)

Bezirks-Versammlungen:

Osten. Sonntag, den 28. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Nieft, Weberstr. 17.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Kausz über: Wirtschaftlicher Kampf. 2. Diskussion. 3. Wahl von Beitragsamtlern.

Moabit. Sonntag, den 28. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Lange, Stromstr. 28.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Woyl über: Berufsanfängern mit besonderer Berücksichtigung der Holzarbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten.
Nichtmitglieder haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und Fernsegenossen (E. B. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen.

Verwaltungsstelle A: am Montag, den 29. April 1895, abends 8 1/2 Uhr, bei Nowack, Mantelstr. 9;
B: am Sonntag, den 28. April 1895, vormittags 10 Uhr, bei Sanermann, Walbertstr. 8;
C: am Sonntag, den 28. April 1895, vormittags 10 Uhr, bei Gruba, Mariendorferstr. 5;
D: am Sonntag, den 28. April 1895, vormittags 10 Uhr, bei Wernan, Rosenthalerstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltungen.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgegn. Deutschlands (Filiale Berlin).

Am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung

aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen im Böhmischen Brauhaus statt.
Die Kollegen, welche sich an der Kaiserfeier betheiligen, werden ersucht, sich vorher, morgens 8 Uhr, bei Prouss, Neue Friedrichstr. 20, zu versammeln.
J. A.: Schöpske.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten hiedurch die traurige Nachricht, daß meine gute Frau, unsere gute Mutter und Tochter

Louise Hönicke geb. Wagner am 24. April, abends 11 Uhr, nach langem, schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Dies zeigt ganz betrübt an der trauernde Gatte Wilhelm Hönicke nebst Tochter und Mutter.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. April, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Gellertstr. 56 aus nach dem Emmaus-Kirchhof statt. 814/b

Allen Kollegen und Genossen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler

Albert Gutschow,

an der Proletarierkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. April, nachm. 5 Uhr, vom Friedhof der Gemeinde Neu-Weißensee aus statt.

Die Kollegen der Treppen-Geländer-Fabrik von Eilgen u. Bruns.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Drechsler

Albert Gutschow

am Mittwoch Abend sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neu-Weißenseer Kirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Vortragsgeschäft, Grünram, Kasse verläßtlich Reichbergerstr. 10. 823/b

Achtung!

Die seit längerer Zeit geplante

Gr. Volksversammlung

findet definitiv am

Montag, den 6. Mai, in Keller's Festsaal, Köpenstraße, statt, mit dem Thema: Die Eisenbahnen u. die Arbeiter.

Zubeil.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Lebergalanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen (Mitgliedschaft Berlin).

Monte, Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr, im Luisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Vortrag des Herrn R. Gerling über Hypnotismus

(mit Experimenten).

Hierauf: Geselliges Beisammensein mit Tanz.

Eintrittskarte 25 Pf. — Mitgliedsbuch legitimiert diejenigen, welche noch keine Karte haben.

Der Vorstand.

Sozialdemokr. Verein für Stralau, Kummelsburg u. Umgegend.

General-Versammlung

am Sonntag, den 28. April, nachm. 1 Uhr, bei Strohmeier, Stralau, Markgrafendamm 19.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Bericht des Bibliothekars. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren. Reelle Waare in Ruspbaum u. Mahagoni. Buchenmöbel. Berlin SW., Franz Tutzauer, Bücherstr. 14.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 27. April.
Opernhaus. Hänsel und Gretel.
Die Puppenfee.
Schauspielhaus. Der Revisor.
Deutsches Theater. Was dem, der lügt.
Leistung-Theater. Ein Erfolg.
Berliner Theater. Am Spieltisch des Lebens.
Neues Theater. Die Nervösen. Die Rastagekur.
Schiller-Theater. Don Carlos.
Friedrich-Wilhelm-Städt. Theater. Der Obersteiger.
Residenz-Theater. Bernand's Ehekontrakt.
Adolph Ernst-Theater. Madame Suzette.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
Alexander-Platz-Theater. Durchgegangene Weiber. Alle 5 Variationen.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Theater Unter den Linden. Mand und Wien. Dorothea.
Bellevue-Theater. Der Mann in Ronde.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Sonnabend, 27. April, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr:
Die Journalisten. Abends 8 Uhr:
Die jüdischen Verwandten und ein Straßentrupp.
Montag, 29. April, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Dienstag, 30. April, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Mittwoch, 1. Mai, abends 8 Uhr:
Die jüdischen Verwandten und ein Straßentrupp.
Donnerstag, 2. Mai, abends 8 Uhr:
Don Carlos.
Freitag, 3. Mai, abends 8 Uhr:
Don Carlos.

Adolph Ernst-Theater

Madame Suzette.
Baudouille-Posse in 3 Akten von Odouneau.
Musik von Edmond Audran. (Novität.)
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Die Kasse ist von vormittags 10 Uhr ab ununterbrochen geöffnet.

Feen-Palast

Gurgstr. 22, neben der Börse.
Nur noch bis zum 30. d. Mts.
4 Geschwister Martoppi.
Lebende Marionetten.
Mr. Petram's. International und Original „Theatre Pantoche Changeant.“
Brothers William.
Troupe Lator.
Helma de la Croix.
Eduardo Sturla und Clown Bobbi.
The tres Quatoris.
Mr. Pertois.
Rionde und Runge.
Carl Jürgensen.
Kluffi und Mufti.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 8 1/2 Uhr.

Unter den Linden 21.

Nur noch kurze Zeit.
Heute zum 227. Male.
Täglich abends 8 Uhr.
Oriental.
Magie.
Preise: 3, 2 und 1 M. Sitzplatz.
An jedem Sonn- u. Feiertage nachmittags 4 Uhr:
Familien-Vorstellung zu halben Preisen.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Nur noch 3 Vorstellungen.
Benefiz für Bruno Volkmann.
Emil Thomas a. G.
Zum 70. Male:
Unsere Rentiers.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.
Musik von Julius Einddöhrer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen, Sonntag: Letzte Sonntagsaufführung: Unsere Rentiers.
Montag: Benefiz für E. Possansky: Unsere Rentiers.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder.
Die lebende Brücke.
Großes Sensations-Schauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Kane, überfetzt von H. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedesche. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Rakowsky.
Regie: Max Samst.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.

Schluss der Winter-Saison am 30. April.
Nackte!!!
zu sehen.
Der populärste Mann Berlins.
Lachsalven! Bombenerfolg!
Die Kneipgenies.
Ferner das nur aus komischen Nummern bestehende Programm.
Voranzeige.
Mittwoch, 1. Mai:
Eröffnung der Sommer-Saison im Sommergarten.
Neumann Blomchen's Leipziger Vaudeville-Gesellschaft.
Willi Wolff, Horvath, Gipsner, Lemko, Feldow, Ledermann.

Passage - Panopticum.

Neu!
Eine Fahrt auf dem Golf von Neapel.

Castan's Panoptikum.

Ein Flug durch die Luft!
Chamly's mysteriöse **Katakomben.**
Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Uhren

werden sauber und billig repariert. B. Schreiber, Uhrmacher Waldemarstr. 18.

1 Kinderwagen billig zu verkaufen Loutsen Ufer 53, Hof 3 Tr. I. 8265

Unerreicht billig!!!

Teppiche, mit kleinen 732M unbedeutenden Farbfehlern (nicht Befehl.) von 3 Mark an.
Otto Büchler, Berlin C., Königstr. 26, Klosterstr.

Einzige Stelle in Berlin

Carl Schindler
Chausseestr. 55. Amt III 8917
Empfehle alten Nordhäuser Liter. Flasche 1 M., 5 Fl. 4.50 M., 10 Fl. 9.10 M. Liqueur, Cognac, 2219L Rum, Ungarweine etc.

Hosen, Anzüge, Paletots,

nach Maß bestickt, nicht abgeholt, Hälfte Kostenpr. Münzstr. 4, Engel.

Alte Stiefel, gr. Maß. Best. u. Repar. reell u. bill. Runge, Adalbertstr. 86. [802b]

Sargmagazin

Schuhmacher (fr. 140 im Keller) feht Swinemunderstr. 142, im Laden, Empfehle allen Freunden u. Genossen mein **Stiefel-Lager.**
G. Kordel, Forsterstr. 5.

Hosen! Hosen!

billig Pfandleihe Staligerstr. 13.
Gold- und Silberwaaren.
A. Barnick, Grüner Weg 112, part. I. Eig. Repar.-Werkstatt f. Uhren, Gold- und Silberwaaren.

Martin Klein,

25 Neue Hoch-Strasse 25
Lager aller Arten Uhren.
Reparaturen zu soliden Preisen

Reellste und billigste Hüte

m. Kontrollmarke.. Wilsnackerstr. 52. Carl Sarsch, Lübeckerstr. 19.

Eingvögel, Stieglitz 1.50, Vogel, bauer, große Auswahl, billig, Vogelbldg. Invalidenstr. 7.

Georg Wagner

Uhrmacher, Oranienstr. 65, 1 Tr.
Bitte auf die Hausnummer zu achten.
Uhren u. Goldwaaren in solider Ausführung zu den billigsten Preisen.
Massiv goldene Trauringe, gefestigt gestempelt: 1 Dufaten 10.00 M., 1 1/2 Duf. 15.00 M., 2 Duf. 20 M. Star. von 4 M. an. 5733L*

Reparaturen

an Uhren u. Goldwaaren solid u. billig

Hutfabrik.

Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen.
Herren-Hüte neuester Façons, Stück 1.50 M., Strohhüte von 25 Pf. an, Kinder-Hüte und Mützen, St. 85 Pf.
Große Auswahl Segler-Mützen, Strand-Mützen etc. **Wolff & Co.,** Landbergerstraße 82. 22282*

Wirden Wein von 1 bis 8 Meter Länge, auch Hopfen, Reichenbergerstr. 107 bei Zichmann. 8326

Vereinss. z. verg. Möllnerstr. 35. [8296]

Gelegenheitskauf. Destillation, event. mit Laubensörse, zu verkaufen. Näheres Krantstr. 2. 816b

Möbl. Stube an 1 oder 2 Herren Reichenbergerstr. 114, vorn 2. Tr. bei Böhm. 815b

2 Stuben, Küche, Hof part. 300 M., 1 Werkst. im Keller 150 M. Kurfürstenstr. 43 sofort zu vermieten.

Möbl. Schlafstelle (Piano) 8 Mark. Biv. Gehhardt, Staligerstr. 126, 2 Tr.

Frdl. Vorderzimmer m. sep. Eing., a. Schlafz., an Herrn od. Dame zum 1. Mai Adersstr. 86, 1 Tr. bei Pöschmann. 825b

Freundl. möbl. Zimmer (separat) bei B. Behmann, Fürstenstr. 15, 3 Tr. [817b]

Möbl. Schlafstelle Holzmarktstr. 73 4 Tr. I. 7369M

Arbeitsmarkt.

Rock-Schneider
auf feinste Arbeit für Werkstelle gegen höchsten Lohn sof. gesucht.
Reisevergütung bewilligt.

A. Emanuel, Köln,

148, Hohestr. 148. [735M]
Maschinen-Näherin (B.-B.) verlangt Kopenstr. 74, 2 Tr. 429b
Blätterinnen auf Stieb- und Umlege-Kragen, Manschetten, Servietten u. Oberhemden find. dauernde Beschäft. Felix Karpe, Blumenstr. 70.

10 tüchtige Zementarbeiter,

welche das Betonieren, die Krippen-Mehrproduktion etc. gründlich verstehen, finden sofort bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Reise wird vergütet.
Zementwaaren-u. Kunststeinfabr.

Otto Schwidtz u. Co., Zentralfabrik.

Gesucht

Von einer auswärtigen Schirmrock-Fabrik mehrere geübte Fertigmacher (Polierer) bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung.
Persönliche Offerten werden entgegengenommen Hotel Germania, Sonntag, den 28. d. M., von 8-11 Uhr vorm.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Filiale Berlin-Moabit.
Sonntag, den 28. April 1895, vorm. 10 Uhr, in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 48/49 (oberer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung von der zweiten ordentlichen General-Versammlung unseres Verbandes. 2. Kassenbericht und Bericht der Verwaltung vom ersten Quartal 1895. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Pflicht aller Kollegen ist es zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Köpenick!

Mittwoch, den 1. Mai, abends, im Lokal des Herrn Klein (Stadt-Theater):

Große Maifeier

veranstaltet vom sozialdemokr. Arbeiter-Verein für Köpenick u. Umgegend bestehend aus Vokal- u. Instrumental-Konzert, Theater, Feste u. Tanz unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine Morgenroth, Heimathklänge u. der Glasarbeiter Köpenicks. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Entree für Herren 20 Pf., Damen 10 Pf. Schulpflichtige Kinder haben freien Zutritt. Das Komitee.

J. Adler

Herren- und Knaben-Bekleidung. 25 Weichenburgerstr. 25

Freunden und Bekannten zur gef. Nachricht, daß ich unter obiger Firma ein Herren- und Knaben-Garderobengeschäft eröffnet habe.

Mein Bestreben wird es sein, nur reelle Waaren, bei billigen aber festen Preisen zu führen.

Halte große Auswahl in fertigen Garderoben, wie auch Stoffe zu Bestellungen nach Maass. Adolf Adler.

Jede Uhr

reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Aufgehens nur 1 Mk. 50 Pf. (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silberne Cylinder-Memontoirs, 8 Steine, von 12 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Memontoirs, 14-Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen

E. Rothert & Stolz, Geschäft: Andreasstr. 82. 5486L*
Uhrmacher. Chausseestr. 78

Herren-Anzüge nach Maass 33 M. in reinwoll. Stoffen u. guter Ausführung Sommer-Paletots nach Maass 30 M. H. Graf, Schneiderm. Blumenstraße 3.

Wichtig für Jedermann!

Gegen wolkene Lungen aller Art liefern moderne, haltbare Kleider, Unterrock- und Läuferstoffe, Schlafdecken, Teppiche, sowie Buchsien, blau Cheviot und Foden anerkannt billig. — Winter frei.

Gebrüder Cohn, Ballenstedt a. Harz 7.

Sammelstelle und Musterlager in Berlin: NW, Lübeckerstr. 36 v. I. bei Frau S. Jablonsky, sowie in deren Filialen: C., Gärtenstr. 21 und Prenzlauerstraße 18, bei E. Baum; N., Honskirch-Platz 3 bei A. Goebler. 1465L*

Arbeiter nur Hüte mit Kontrollmarke

Parteigenossen! O. Gerholdt, Dresdener-Strasse Nr. 2 (am Kottbuser Thor).

Größtes Lager in Sonnen- und Regenschirmen.

Maitrank

frisch, ausgezeichnet à Flasche 60 Pf. incl. 10 Pf. M. 5.50. Johannisbeerwein, herb, Fl. 60 Pf. Roserwein, süß, Fl. 75 Pf. Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1.—.

Echt Stonsdorfer Likör,
à Str. 1.20, 5 Str. 5.50, 10 Str. 10.—, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90.—.

Echten alten Nordhäuser Str. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90. Berliner Getreide-Bümmel Str. M. 1.10, 5 Liter à M. 0.90. Himbeer-, Kirschen-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Str. 1.30. Medizin. Angarwein, beste Qualität, à Literflasche M. 2.10.

Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplatz 6a, 81, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Von der Geschichte des Sozialismus erschien vorher der erste Theil von ersten Bänden:

Die Vorläufer des neueren Sozialismus.

Inhalt des ersten Theils: Von Plato bis zu den Wiedertäufern. Von Karl Kautsky.

Preis Brosch. M. 1.—, gebd. in Lwd. M. 4.50, in Hft. M. 5.50.

C. Kowalsky, Cigarrenfabrik an gros, Schöneberg, Altkönigstr. 17. Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gebrachte Gewinnliste der preuss. Lotterie bei.

Die Bauern von Fuchsmühl vor Gericht.

Die Verhandlung wird um 9 1/2 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet und es wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Zunächst wird der Premierlieutenant Mayr vom 6. Infanterie-Regiment in Amberg, z. B. bei der Lustschiffer-Abteilung in München aufgerufen. — Vorsitz: Herr Premier, Sie haben die Soldaten nach Fuchsmühl geführt? Erzählen Sie bitte einmal alles von Anfang an. — Zeuge: In der Nacht vom 29. zum 30. Oktober wurde mich mein Vorgesetzter mit der Mitteilung, ich müßte fort, es sei ein Aufruf in Weiden ausgebrochen. Ich schickte den Burschen nach dem Regimentsbefehl und er überbrachte ihm mir: Ich müßte mit dem nächsten Zuge nach Wiesau, da im Walde von Fuchsmühl etwa 200 Leute unbefugte Holzschlägen vornahmen. Das Bezirksamt Tirschenreuth hat um 50 Mann Soldaten gebeten. Nach 3 Uhr kam ich nach der Kaserne und fand die Mannschaft schon versammelt. Ich hielt etwa die folgende Ansprache: „Leute, der Auftrag, der uns zu Theil wird, gehört zu den schwierigsten, die je einem deutschen Offizier oder eine deutsche Truppe treffen können. Wir haben heute gegen 200 Mann vorzugehen, die unbefugte Holzschlägen vornahmen. Die Menge wird aus alten und jungen Männern und Weibern bestehen. Ob wir auf Widerstand stoßen werden, weiß ich nicht. Es sind Landsleute von Euch, vielleicht auch Freunde und Verwandte. Ich habe Euch nun den Befehl gegeben zu erläutern. Stellen die Leute bei unserer Ankunft die Arbeit ein, so ist unser Auftrag erledigt und wir werden hoffentlich Abends ohne Blutvergießen Amberg wieder erreichen. Wird Widerstand geleistet oder mit Steinen geworfen, dann wird die Schusswaffe gebraucht und dann gibt es keinen Schreckshuß. Es ist aber noch eine dritte Möglichkeit vorhanden, daß die Leute nur passiven Widerstand leisten, dann wird das Seitengewehr gebraucht. Liegende, Weiber und Greise, dürfen nicht beschädigt werden, nur im allerdringendsten Nothfall, nur bei eigener Lebensgefahr durch Bedrohung ist die Waffe zu brauchen. Ich frage die Leute, ob sie alles verstanden haben, was die Leute bejahten. Ich hätte jedem einzelnen die Vorschriften sonst noch an Beispielen klar gemacht. — Vorsitz: Haben Sie sich die Leute selbst ausgesucht? — Zeuge: Nein. Es waren aus dem ersten Bataillon die befähigten und nur solche mit tadelloser Führung ausgesucht worden, Leute aus Fuchsmühl selbst und sogenannte Trödel wurden ausgeschlossen. Wir fuhren nach Wiesau und trafen dort den Bezirksamtmann Wall. Ich erkundigte mich, wem ich gegenüber stehe. Herr Wall sagte mir, es seien die Fuchsmühler Bauern, die sich ihr Rechtsholz holen wollten. Ich fragte, ob von Seiten der Geistlichkeit alles geklärt sei. Der Bezirksamtmann schüttelte mit dem Kopf und ich dachte mir mein Theil. Vom Oberförster Grafmann hörte ich, daß vom Herrn Pfarrer ein Hochamt zu Gunsten der Bauern gelesen worden sei. Auch von den Betteln hörte ich und daß der Inhalt der Bettel dem Herrn Pfarrer auch bekannt geworden sei. Ich habe in dem Prozeß gegen die Münchener Redakteure gesagt, wenn der Pfarrer, da er wußte, daß Herr Wall unbeliebt war, zu den Leuten gesprochen hätte, es nicht so weit gekommen wäre. Ich fragte, ob die Leute Waffen hätten. Herr Wall sagte mir, die Leute hätten ihre Werkzeuge bei sich, ob sie Schusswaffen hätten, wisse er nicht. Es sei möglich, daß in der Gegend viel gewildert werde. Ich fragte auch, ob sozialdemokratische Agitationen im Spiel seien, was aber der Bezirksamtmann verneinte. Auf dem Marsche von Wiesau nach dem Walde folgten uns etwa 200 Leute, die unter Johlen und Schimpfen sich an uns herandrängten. Die Gendarmerie war machtlos und so ließ ich vier Sektionen zurück, um die Leute vom Nachdrängen abzuhalten. Ich ersuchte den Oberförster Grafmann mich zu führen, daß die Leute zwischen mich und das Dorf Fuchsmühl kämen und das gelang auch. Als wir auf der Höhe von den Bauern gesehen wurden, ermahnte ich nochmals meine Leute, fliehende und Greise nicht zu schonen. Ich muß bemerken, den Kolben durfte ich nicht gebrauchen. Das wäre eine Pflichtverletzung gewesen. Da die Gewehre geladen, hätte es auch leicht ein Unglück geben können. — Vorsitz: Wie weit waren die ersten Fuchsmühler von Ihnen entfernt? — Zeuge: Etwa 50 Meter. Der Bezirksamtmann rief nun: Leute geht nach Hause, sonst muß das Militär einschreiten. Die Bauern erwiderten: Wir haben nur Rechtsholz. Wir gehen nicht. Darauf der Bezirksamtmann: Dann habe ich nichts mehr zu verhandeln und er erließ in Zwischenräumen von zwei Minuten nach meiner Uhr die drei Aufforderungen. Vor jeder Aufforderung ließ ich einen Trümmelwirbel von je einer Minute schlingen. Ich sage noch hinzu, sagte der Bezirksamtmann Wall, daß das Militär nun sofort einschreiten wird. Herr Wall sprach laut und verständlich. Man mußte seine Worte nach meiner Schätzung auf 150 Meter hören. — Vorsitz: Spricht er nicht schwäbischen Dialekt. — Zeuge: Er hat einen Anflug aus dem Schwäbischen. Aber bei der Aufforderung sprach Herr Wall hochdeutsch. Herr Wall sagte uns noch leise, wenn es möglich ist, lassen Sie nicht schießen. Ich bejahte. — Vorsitz: Wissen Sie nicht, als Sie vorgehen, einige alte Leute: Wir weichen der Gewalt? War vielleicht der alte Klotz dabei? (Angell. Klotz tritt vor.) — Zeuge: Ja, das ist richtig, der Mann kann es gewesen sein. Ich kommandierte noch: Patronentaschen auf. Das Kommando ist eigentlich nicht nach der Instruktion. Ich wollte aber moralisch wirken, und es gingen auch tatsächlich einige Leute fort. Ich ließ langsam vorgehen und hörte Beschimpfungen. Dann kommandierte ich: „Zum Sturm, Gewehr rechts.“ Ich sah bald, daß meine Leute ins Handgemenge kamen. — Rechtsanwalt Bernstein: Sind die Soldaten nicht auch gelassen? — Zeuge: Es ist möglich, daß einige gelassen sind, wenn sie zurückgeblieben waren und wieder in die Richtung wollten. Ich habe keinen Soldaten einen schwereren Stich anheilen sehen, sondern nur „Stupsen“ gesehen. Meinen Soldaten Krämer sah ich mit einem Mann im Handgemenge. Ich sagte: Lassen Sie den Mann, was hat er denn gethan? Er hat die Säge nach mir geworfen, erhielt ich zur Antwort. Wenn die Soldaten hätten stechen wollen, wären ein paar Duzend Leute durchbohrt worden. Ich sah einzelne Kerle fliehen, kann aber nicht sagen, ob die Leute die Werkzeuge gegen die Soldaten angreifend geworfen haben, oder ob sie sie bloß wegwerfen, um besser laufen zu können. Jedenfalls traf eine Art ein Bajonett so, daß es sich verbog. Auf der Straße sah ich ein Frauenzimmer, das die Röcke hob, den Hintern zeigte und rief: Stecht's mich nur da hinein. Ich wartete hier, nachdem der Wald geräumt war, auf den Bezirksamtmann. Die Menge wurde hier so drohend, daß ich unter Androhung der Schusswaffe die Aufforderung zum Gehen an sie richtete. Das half. Fluchend und schimpfend zogen die Leute ins Dorf. Wir mochten im Schloß Quartier. Ich stellte Posten auf, weil ich hörte, daß die Aufregung groß war und etwas für das Schloß fürchtete. Nach Mitternacht wurden 2 Schreckschüsse abgegeben. Ich hörte, daß eine Menge von 20 Personen aus Schloß herangeritten wäre, sich auf die Schiffe hin und wieder zerstreut hätte.

Auf dem Schloßhof fragte ich, ob Soldaten mit den Fuchsmühler handgemein geworden seien. Es meldeten sich gleich 25 Mann. — Vorsitz: Sie lehrten dann am nächsten Tage nach Amberg zurück? — Zeuge: Nicht gleich. Ich blieb, bis die beiden Geiseln freigegeben waren. Ich hatte gehört, daß der Pfarrer eine tendenziöse Rede halten werde. Baron Andrian sagte mir auch, daß die Verdächtige ganz ruhig verlaufen sei und er sich geirrt habe, daß die Rede nicht anders gelaufen habe. — Vorsitz: Stielen Sie das Einschreiten für notwendig? — Zeuge: Nach meiner innersten Ueberzeugung ja. Ich sagte mir, wenn die Gendarmerie nichts ausrichtet, dann muß das Militär herankommen. — Rechtsanwalt Bernstein: Ich möchte im allgemeinen bemerken, daß ich glaube, das Unglück wäre nicht so groß, wenn Ihre Leute Ihre Befehle strikt befolgt hätten. Wie kommt es aber, daß die Leute meistens im Rücken verundet worden sind? Von einem im Rücken Verundenen muß man doch annehmen, daß er geflohen ist. War denn Stoßen nicht überhaupt nach Ihrer Instruktion ausgeschlossen? — Zeuge: Es ist möglich, daß die Leute in ihrer großen Aufregung, ohne zu wollen, hier und da stärkere Stöße ausgeübt haben. — Vorsitz: Ich habe der Verteidigung bisher weitesten Spielraum gelassen. Ich meine aber, diese Frage steht in sehr losem Zusammenhang mit der Anklage. — Rechtsanwalt Bernstein: Ich meine doch, daß das Verhalten der Soldaten für die Strafzumessung von Belang ist. Herr Lieutenant, Sie haben kein Hurrahrufen gehört? — Zeuge: Nein. Ich habe es auch nicht kommandiert, sonst wäre das Blutvergießen größer geworden. — Rechtsanwalt Schmidt: Sie sprachen von einer großen Aufregung bei Ihren Leuten. Wo war das Motiv für diese Aufregung. — Zeuge: Meine Soldaten sind Menschen. Sie mußten jeden Augenblick das Kommando: „Legt an, Feuer!“ erwarten. Da wird man schon aufgeregt, denn da hätten fünfzig Mann dagelegen. — Rechtsanwalt Schmidt: Geben Sie denn zu, daß sich Ihre Leute infolge der Aufregung nicht ganz an Ihre Vorschriften gehalten haben. — Zeuge: Das ist wohl im einen oder anderen Falle möglich. — Zeuge Sergeant Walter hat die abgegangene Sektion geführt. Er hat die Aufforderung des Bezirksamtmanns gehört. Die Fuchsmühler hätten 50 Schritt vom Bezirksamtmann entfernt gestanden. Sie hätten ja darauf erwidert, also müßten sie den Herrn Wall wohl verstanden haben. Er kann nicht sagen, ob Hurrah gerufen worden ist. Ein Frauenzimmer habe eine Säge geworfen, ob nach ihm oder ob sie sie fortgeworfen, wolle er nicht entscheiden. — Vorsitz: Was hat das Verhalten der Fuchsmühler auf Sie für einen Eindruck gemacht? — Zeuge: Nach meiner Meinung sind sie sehr weit zurück und furchterlich roh! (Erregung und Heiterkeit bei den Angeklagten und im Publikum.)

Rechtsanwalt Bernstein: War während der Aufforderung des Bezirksamtmanns Hurrah? — Zeuge: Gejohle und Geheul. Zeuge Sergeant Jost deckte die rechte Flanke. Er war 40 Meter vom Amtmann entfernt und schätzte die Entfernung der Fuchsmühler vom Amtmann auf 40 Meter bis 125 Meter. Die Fuchsmühler benahmen sich ganz unbefriedigend, man glaubte, Indianer vor sich zu haben. Meine Soldaten haben nicht Hurrah gerufen, dagegen sehr laut: „Jura, jura!“ Ich war nicht genötigt, von der Waffe Gebrauch zu machen. Nur ein Mann sagte das Wort am Stiel und hob es, daß es drohend ankam. Ich hörte Schimpfworte wie Halsabschneider, Schinder, wenn Du was zu freffen hättest, wärst Du nicht Soldat!

Zeuge Sergeant Stäuper: Die Nachfolgenden müßten wohl gehört haben, was der Bezirksamtmann gesagt hat. Die Hermetisierenden, glaube ich, haben nicht gehört. Hurrah ist gerufen worden; von wem, weiß ich nicht. Ein Frauenzimmer hat mir ihren Hintern gewiesen und gesagt: Da, siehst's hinein. Ich habe mich nicht darum gekümmert, denn der Herr Premier hat gesagt, die Frauenzimmer können schimpfen soviel sie wollen, das macht uns nichts. Daß Mannschaften ihre Befehle überschritten haben, glaube ich nicht.

Zeuge Gemeiner Gallhöfner: Ich stand zehn Schritt vom Bezirksamtmann, die Bauern auch zehn Schritte von ihm, auch ein bißel weiter. — Vorsitz: Hat einer Hurrah gerufen? — Zeuge: Ich habe nichts gehört, ich selbst habe nicht gerufen. Waren Sie gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen? — Zeuge: Ich habe etwa 30 Schritt im Wald einen Mann gestupst. Dieser erhob jetzt die Art und holte gegen mich aus und da stieß ich ihm das Bajonett in die Brust. — Vorsitz: Sie wissen, daß der Waffengebrauch eine schwerwiegende Sache ist. Machst du ihnen Ihr Gewissen keine Vorwürfe? — Zeuge: Nein. In der Nacht hat eine Patrouille einen Schuß abgegeben, da gingen die Leute fort. — Rechtsanwalt Bernstein: Konnten Sie sich des Mannes nicht anders erwehren? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt: Waren Sie nicht besonders angewiesen, alte Leute zu schonen? Das war doch ein alter Mann, er hatte schneeweißes Haar. — Zeuge: Das habe ich nicht gesehen. — Rechtsanwalt Bernstein: Ich ersucht die Zeugenansage dieses Mannes zu protokollieren. Es sei doch wichtig, festzustellen, wie ein Staatsbürger vom Leben zum Tode befördert worden sei. Der Vorsitzende lehnt das Gesuchen ab. Rechtsanwalt Bernstein bittet um einen Gerichtsbeschluss darüber. Der Gerichtshof lehnt den Antrag des Verteidigers nach kurzer Verathung ab. — Rechtsanwalt Bernstein: Sie haben, daß der Mann zusammengefallen. Haben Sie sich nicht weiter um ihn gekümmert? — Zeuge: Nein. Ich bin meines Weges weiter gegangen. — Rechtsanwalt Bernstein zeigt ihm die Photographie des Geiseln. Zeuge erkennt ihn nicht. — Der Angeklagte Kosner stellt die Sache wie folgt dar: Der Soldat habe den Bauern gestupst, daß ihm Kopfbedeckung und Art zu Boden gefallen seien, der Bauer habe sich danach gebückt und dabei den üblichen Stoß erhalten.

Zeuge Premierlieutenant Mayr: Wenn die Schätzung des Gallhöfners ungenau ist, so möchte ich auf die Aufregung der Leute hinweisen. Die Gedankenarbeit habe ich allein verrichtet. — Zeuge Gemeiner Pfleger hat den Stoß erstochen. Er behauptet, Stoß habe eine drohende Haltung gegen ihn eingenommen. — Vorsitz: Inwiefern drohend? Hat er eine Art in der Hand gehabt? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Vorsitz: Hat er die Faust geballt? Sie haben das einmal gesagt? — Zeuge: Ich weiß es nicht. — Vorsitz: Es wäre doch auch nicht schlimm, wenn ein alter Mann einem bewaffneten Soldaten gegenüber die Faust ballt? — Zeuge: Nein. Ihnen Ihr Gewissen keine Vorwürfe? — Zeuge: Nein. Der Stoß hat mich drohend angesehen. Ich wollte ihn nicht so schwer verletzen. Daß es so schlimm gekommen ist, thut mir leid, aber ich habe in Ausübung meines Dienstes gehandelt. — M. A. Bernstein: Sie haben doch dem Premier gesagt, der Mann hätte eine Art gegen Sie erhoben, heute wissen Sie's gar nicht mehr? — Zeuge: Ja, ich habe das gesagt, aber ich war Wochen lang so aufgeregt, daß ich nicht wußte, wie mir der Kopf steht, ich war ganz außer Rand und Band. — Zeuge Gemeiner Groß hat einen Mann vielfach gestupst, so daß sein Bajonett sehr blutig war, einem Frauenzimmer, das ihn schimpfte, hat er eine Schelle gegeben. Die Aussagen der übrigen Soldaten enthalten nichts besonders Bemerkenswerthes, sie beschränken sich mit den Befundungen der Angeklagten. — Sachverständiger Premierlieutenant Dießler befindet, daß ein verbogenes Bajonett von den

Soldaten heimgebracht worden ist und daß dieses Bajonett jedenfalls durch einen Artwurf verbogen worden ist.

Mittagspause.

Gendarmerie-Kommandant Nachtmeister Mayerhöfer ist der erste Zeuge in der Nachmittags-Sitzung. Er schildert, wie er die Bauern gütlich aufgefordert habe, den Wald zu verlassen, aber kein Gehör gefunden habe. Die Leute sagten: Das ist unser Recht, wir haben nur unser Rechtsholz. Pappenberger sagte: Wenn uns das Recht verwehrt wird, müßte man ja Sozialdemokrat werden. Die Leute seien nicht weggegangen und das Einschreiten des Militärs war notwendig. Wir sechs Gendarmen konnten gegen die 200 Mann nichts ausrichten. — Vorsitz: Wie war das Verhalten der Fuchsmühler nach dem Vorfall? — Zeuge: In der ersten Zeit schien es, als ob sie sich schuldig fühlten, dann aber kam Neugier wieder ein Ausbruch, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. Auf den Bürgermeister ist ein moralischer Druck ausgeübt worden. Die Leute glaubten, es könne ihnen nichts passieren. — Rechtsanwalt Bernstein: Waren Sie beim König in der Wohnung und haben ihm da gesagt, den Fuchsmühlern wäre schon recht geschähen. Er habe den König auch unter den Töbten gesucht. — Zeuge: Ja, ich war bei König, der auf Führerische Reden führte über das Militär. Es ist da viel gesprochen worden. Wenn ich da auch ein ungeschicktes Wort gesprochen habe, so ist das möglich. — Zeuge Gendarm Nicolaß giebt zu, daß es möglich sei, daß ein Theil der Leute die Aufforderung nicht gehört hat. Abends sei Angeklagter Juchner an ihn herangeritten und habe gesagt: „Zur Stelle, verhaften Sie mich und alle die anderen, dann kann der Baron unsere Weiber und Kinder ernähren!“

Zeuge Gendarmerie-Wachtmeister Henler erzählt, daß der Bezirksamtmann Wall die Leute förmlich fustiglich gebeten habe, zu gehen. „Liebe Leute, geht doch nach Hause, es soll meine erste Aufgabe sein, zum Baron Joller zu gehen und für Euer Recht zu sprechen.“ Die Menge wich nicht, sie rief: Das haben wir schon oft genug gehört, wenn Sie uns nicht gut stehen, gehen wir nicht. Wir wollen unser Holz, weiter nichts. Ich belehrte die Leute, daß Sie einen Landfriedensbruch begehen. Spotttrübe und Gejohle waren die Antwort. Die Menge war sehr erregt, wir hielten es nicht für angeeignet, einzuschreiten. Das Unglück wäre vielleicht noch größer geworden, so aufgeregt waren die Leute. Sie riefen: Steht und ins Fuchsmühl, macht, was Ihr wollt mit uns, es ist uns jetzt alles gleich, wir sind am Ende unserer Geduld. — Vorsitz: Die Menge scheint sich also verabredet zu haben, unter keinen Umständen nachzugeben. Zeuge: Jawohl, die Leute schienen aus dem Narrenhaus entsprungen, ein vernünftiges Wort habe ich nicht gehört. Tappenberger sagte: Landfriedensbruch giebt's nicht im Walde, der kann nur in einem Orte verübt werden. Als der Bürgermeister verhaftet worden, sagte er: Ich gebe schon nach, oder wenn ich jetzt nachgäbe, würde ich mit Steinen geworfen werden. — Vorsitz: Wie lange hat der Bezirksamtmann mit den Leuten verhandelt? Etwa anderthalb Stunden. — Zeuge Bezirksamtmann a. D. Wall schildert zunächst, wie er am ersten Tage die Fuchsmühler erfolgreich zum Verlassen des Waldes aufgefordert habe. Die Bauern hätten ruhig weiter gearbeitet, hätten sogar die Bäume nach seinem Standpunkt hin gefällt, wie es ihm schien, um seine Person und die Gendarmen zu verdrängen. Er habe dann mit dem Forstpersonal berathen, was zu thun sei und er habe beschlossen, einige Leute verhaften zu lassen und zwar nicht im Walde selbst, sondern erst abends in der Wohnung. Vorsorglich habe er noch abends nach Amberg um militärische Hilfe telegraphirt. Am nächsten Tage sei dann das Militär gekommen; die Schilderung der weiteren Vorgänge deckt sich Wort für Wort mit den Befundungen des Lieutenant Mayr. — Vorsitz: Sie glaubten also alle sonstigen Mittel erschöpft zu haben, als Sie das Militär requirirten? — Zeuge: Ja, ich glaube, das Militär werde so starken Eindruck machen, daß die Sache unblutig verlaufen würde. — Vorsitz: Sie sollen zu Peger und Pappenberger gesagt haben: Ihr habt kein Recht auf Holz, Ihr müßt abhören lassen. — Zeuge: Die Entfernung kann nur so gelaufen haben: Der Oberförster Grafmann hat mir gesagt, die Gutsheerrschaft ist den Bauern nichts mehr schuldig. So sagte mir der Oberförster Grafmann. — M. A. Bernstein: Warum haben Sie am Montag Abend nicht an den Baron v. Joller telegraphirt? — Zeuge: Weil ich die Pflicht hatte, die Gutsheerrschaft zu verhindern und dazu keine Zeit hatte. — Rechtsanwalt: Also zum Telegraphiren hatten Sie keine Zeit? — Zeuge: Vom Wald aus kann ich doch nicht telegraphiren. — Rechtsanwalt Bernstein: Nun, das Telegramm nach dem Militär haben Sie doch auch nicht im Walde abgegeben. — Vorsitz: Ich glaube, es genügt die Konstatierung der Thatfache, daß Herr Wall am Montag Abend nicht an Baron v. Joller telegraphirt hat, eine Kritik dieser Unterlassung erscheint mir nicht zulässig. — Rechtsanwalt: Ich muß mir dieses Recht wahren im Interesse meiner Klienten. Denn werden die Leute hier verurtheilt, weissen sie angeklagt sind, dann ist die Hälfte von ihnen ruiniert.

Zeuge Landgerichtsrath Baron v. Joller läßt sich über das Rechtsverhältniß aus und über sein Abhörrecht auf das die Gemeinde nicht gutwillig eingegangen sei und daß er sich erst im Klagewege eskriten habe. Er habe ein Kapital von 90 000 Mark vorgeschlagen, natürlich hätten die Pflichten in Kurechnung gebracht werden müssen. Die Summe repräsentire das Kapital, nachdem schon die Anweisungsgelder, die Forstrenten, die Beiträge für die Forstanschläge in Abzug gebracht seien. — Vorsitz: Warum haben Sie nicht anweisen lassen? — Zeuge: Ich stand auf dem Standpunkt, daß ich keine Prämie auf das widerrechtliche Prozeß führen zahlen brauche, deshalb habe ich das Holz vorenthalten. — Vorsitz: Es wäre schon besser gewesen, wenn Sie hätten anweisen lassen. Hatte Grafmann von Ihnen Vollmacht? — Zeuge: Ja, aber so weit reichte die Vollmacht nicht, daß er das Holz hätte anweisen dürfen. — Vorsitz: War Ihnen die Stimmung in Fuchsmühl nicht bekannt? — Zeuge: Nein, ich war bis zum September dort und habe nichts bemerkt. — Vorsitz: Hat Sie der Herr Oberförster nicht unterrichtet. Ist Ihnen nicht bekannt, daß der Grafmann die Leute sehr ängstigt hat? — Zeuge: Grafmann hat mir in den kritischen Tagen einige Male telegraphirt. Der Oberförster ist sehr streng gegen den Fortsfrevel vorgegangen, der vor zwanzig Jahren noch sehr üppig blühte, und wer das thut, erwirbt sich wenig Freunde. — Vorsitz: Grafmann soll gesagt haben, er ruhe nicht eher, bis er alle Fuchsmühler aus dem Walde hinaus habe. — Zeuge: Mir gegenüber hat er es nicht gesagt. — Vorsitz: Warum haben Sie nicht auf das Telegramm am 29. Oktober angewiesen. — Zeuge: Ich wollte erst abwarten, was wird. — Rechtsanwalt Bernstein: Haben Sie dem Oberförster auf sein Telegramm geantwortet? — Zeuge: Telegraphisch nicht. — Zeuge Oberförster Bod aus Waldassen bekundet, daß er die Helm unter dem Ausdruck des Bedauerns wegen Fortsfrevels zu 150 M. verurtheilt habe. Er habe in ihrer Handlungsweise nur eine eigenmächtige, keine widerrechtliche Anweisung des Holzes erblicken können. — Zeuge Pfarrer

Früher: Wiesau erwidert auf eine Frage des Vorstehenden: Ich habe am 26. Oktober zu Greger, einem Angehörigen, gesagt im Hinblick auf die Kalamität der Fuchsmühl: Wenn Ihr Euer Rechtshaus baut, kann's nicht gefährlich werden. Aber bittet den Grafmann, er soll an Joller telegraphieren, der wird's schon noch im letzten Augenblick annehmen. — Vors.: Hätte Ihre Intervention etwas geholfen? — Zeuge: Ich glaube nicht, die Leute waren zu erbittert, die Noth ist eben zu groß gewesen. — Vors.: Ist ein Hochamt zu Gunsten der Bauern gelesen worden? — Zeuge: Ich habe es

nicht gelesen, aber der Ballfabrik-Direktor Stuhm hat eines gelesen für den glücklichen Ausgang des Prozesses. — Rechts-anwalt Bernstein: Was können Sie über die Gemeinde sagen? — Zeuge: Ich bin seit 9 Jahren Pfarrer in Wiesau und kann mich im Allgemeinen über das religiöse und politische Leben der Gemeinde nur zufrieden äußern. Die Leute haben immer konservativ gewählt, nur bei der letzten Wahl sind ein paar sozialdemo-kratrische Stimmzettel für den Grissenberger abgegeben worden, wohl aber mehr aus Opposition, als aus Ueberzeugung. Die

Fuchsmühl sind sehr brave fleißige Leute. Sie arbeiten auch fleißig beim Gericht (Heiterkeit), aber das sind nicht die Eingekerkerten, sondern die Zugenannten. — Vors.: Die Eingekerkerten sind auch die Richter? — Zeuge: Jawohl. Zeuge Oberförster Graßmann schildert die Vorgänge wie die übrigen Beamten. Er bestreitet jede Schikane, beweist aber durch sein Auftreten, daß er sehr cholertisch ist. — Zeuge Forst-gehilfe Schuster bestreitet, Hurrach gerufen zu haben. Hierauf wird die Beweisaufnahme geschlossen und die Sitzung auf morgen vertagt.

Herren-Anzüge

Paletots

nach Maass, in besten englisch. u. deutschen Cheviots u. Fantasiestoffen.

Zuschneider im Hause.

Verkauf nur zu streng festen Preisen, welche an jedem Gegenstand sichtbar befestigt sind.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn L., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesen u. neue Möbel kostbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matrassen 18, Nussbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Mischleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Bancel-sophas 75, Buffets, Truhen 65 M., Betten, Contessentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den stammend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.



Hut-Engros-Geschäft

von 17418*
Alwin Sussmann,
Hofmarkstraße 38, parterre rechts.
Grösste Auswahl in dieser Branche.
Streife und weiche Herrenhüte von 2. 240. Extra-Qualität 2.80. Kinderhüte von 1.— an. Cylinderhüte von 5—10 Mark. Chapeau-Claques 9—12 M.



Der feinste Anzug

und Paletot kann von Ihnen für die Hälfte des bisher gezahlten Preises bezogen werden, wenn Sie sich die Mühe nehmen, die

Bekleidungs-Compagnie,

178 Friedrich-Strasse 178,
zwischen Jäger- und Taubenstrasse,
zu besuchen.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1.50 M. Rep. sof. Thelz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

M. Schulmeister

Schneidermeister,
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,

empfehlte zur bevorstehenden Saison nachstehende Spezialartikel:

Jaquet-Anzüge	in gebüg. wollenen Zweifachstoffen, 1. u. 2. Preisig	18-24
Jaquet-Anzüge	in glatten Diagonal-, Kammingarn-, Cheviot- u. Satin-Stoffen, 1. u. 2. Preisig	20-35
Jaquet-Anzüge	modernster Farben in Satin u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung	22-36
Rock-Anzüge	in guten, wollenen, schwarz. Kammingarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façon	25-38
Gehrock-Anzüge	von feinen Satin-, Tuch- und Kammingarn-Stoffen, Preisig	30-45
Paletots	echtfarbig in Satin und Diagonal- u. hochf. Kammingarn- u. Cheviot-Stoffen	15-30
Beinkleider	in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammingarn und Cheviot	20-35
Beinkleider	in engl. Dessins und engl. Façons	18-27
Knabenpaletots, Knabenanzüge	kleidamer Façons in großer Auswahl	5-10
Schulanzüge	in Cheviot, Belours- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1. u. 2. Preisig	8-14

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.



Halb und Halb.

Mampe mit Pomeranzen

Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25

Carl Mampe

Überall zu haben!

Zum rothen Cylinderhut!

Hüte

21418* mit Arbeiter-Kontrollmarke.

Gr. Auswahl in Schirmen und Strohhüten.

W. Zapel,

Skalitzerstr. 131

neben Frister & Rossmann.

Vier Mark

kosten 2 Kabinett- und 12 Bildchen bei Böhm, Lindenstr. 43, gegenüber der Zimmerstraße.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitzko, gegründet 1872, Esplanenstr. 13, Ecke Admiralstrasse, am Kottbuser Thor. 18972*

Herrn-Hüte 1,25
Einsegnungs-Hüte 85 Pf.
neueste Façons verkauft das Fabrik-comptoir, fest Barnimstr. 4 u. 5 I.

Möbel, ausb. Garnitur, Trümm., Vertikow, Kleiderspind, Kasse, Schreibt., Divan, Bettst. re. spottb. im Möbelsp. Puttkamerstr. 22, I.

Louis Ehrenberg

Am Molkenmarkt No. 7
(früher Annenstr. 16)
empf. Freunden u. Bekannten sein Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.

Etablissement „Süd-Ost“

Waldemarstr. 75.
Empfehle meinen Saal (500 Personen fassend) und Restaurant zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Sonnabende u. Sonntage sind noch frei. 18653*

Fest-Saal mit Bühne

Brunnenstr. 188
(500 Personen) zu Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Tage frei. W. Gröndel.

Mart. Berndt's Würsteltube

empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendessen. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: st. Elsbene. Für gute Biere ist selbstverständlich bester Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstrassen-Ecke.

Jul. Wernau's Restaurant

C. Rosenthalerstr. 57.
Bereinszimmer von 50 bis 80 Personen noch einige Tage in der Woche frei. 22023*

77 Prinzenstrasse 77.

Zum gemütlichen Pikot!
Bücker Einkauf für Arbeiter in Herren- u. Knaben-Garderobe wenig getragen und neu.

Carl Tutzauer

Admiralstr. 38.
Säle für Vereine.
Kegelbahn
noch einige Tage frei.

Grosse Auswahl von fertigen Anzügen Paletots

von 16 Mk. an, 14 „ an.

Julius Lindenbaum,

Frankfurterstr. 139,
zweites Haus an der Fruchtstraße.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.
Für streng reelle und prompte Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäfts.

Lassalle-Büste

(auch in Medaillonform) als Abzeichen od. Schiffsanadel
Gross 6,50, Dutzend 60 Pf.
Muster franco g. Eins. v. 30 Pf.
Versandt gegen Nachnahme. Bestellungen erb. sofort 21822*

Abzeichen-Fabrik
H. Guttman, Berlin N.,
9. Brunnenstraße 9.

Stieglitz, Zeisige, Edel-
finken, Zitronen-Zeisige, blaue Gimpel, Reitzgimpel, Krenschänkel, Grünfink, Türkische Finken, Grauhänfling à 1 M., Rothhänfling, Alpenstieglitz, Staare mit Pirolet, Lerche vorj. 2 M., Drossel, Amsel 6—7 M., Kanarienvogel 4, 5, 6 M., Kaninchen, Meerschweinchen, weisse Mäuse, Tanzmäuse, Lachtauben, Flugtauben, Brieftauben, Kropftauben, Affen, Vogelbauer, Eichhörnchen, Gesunde Fische u. Futter, Salamander, Mehlwürmer, Angelwürmer. Auch Kauf und Tausch. Von 5. 5. ab: Nachtigallen 3,50—4 M. Leb. Ank. garant. 8245

Redtmann, Berlin,
65. Gruner Weg 65.

Rußbaum-Möbel

verf. schlemmige Kleiderschränke, Wäscheschränke, Spiegel 19, Ausziehtisch, Sophas 9, Oelgemälde, prachtvolle Köpfe 4,50, Bettgestelle 12, Plüschgarn., Schlagregul., Teppiche, Gardinen spottbillig Sandwehstr. 5/6, I. (Nähe Alexanderplatz).

Achtung!
Zahnerfab., auch Theilfab., wöchentl. 1 Mart. Gudel, Baustier Platz 2, Esplanenstr. 12.

Cis-spinden, Dezimal- und Taschenuhren

empfehle allen Freunden und Bekannten mein Zigarren- und Tabak-Lager in guter Qualität u. mäßigen Preisen. Achtungsvoll
Rud. Langberg, Mariannenstr. 8.

L. Figner Handtuch-Verleih-Institut

N. O. Neue Königsstr. 17
Fernsprecher Amt 7 N° 2087.
Handtuchverleih 10 Pf. pro Woche

Damen- u. Kinderhüte

(garnirt und ungarnirt)
empfiehlt in reichster Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen

Th. Sabor,

Oranienstr. 204 (zwischen Heinrichs-Platz u. Mantelstrasse).

Achtung!

Kaufen Sie nur echte Brandweine, alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
Kleiner Verkauf von 10 Pf. ab.

Butter, Kaffee

denkbar feinste süße Zahnenbutter, à Pfd. 1 M.
Feine Gutsbutter à Pfd. 90 Pf.
Kaffee geröstet, von köstlichem Geschmack und Aroma à Pfd. 1.40, 1.60, 1.80 M., sowie alle Kolonialwaaren und Mühlenfabrikate in bekannter Güte.
A. Fiebach, Schwedterstr. 12. Fernspr. III 8117.
2. Geschäft: Chorinerstr. 66.

Schweizer-Garten

Am Königsdamm — Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag
Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen aller Art. Im neuen Saale **BALL.**
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pfennig.
In den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.

Restaurant Sansjonei, Schmargendorf

Ruhlaerstr. 20/21 (neben dem Schützenhaus), direkt am Wald, mit großem, schattigen Naturgarten und angrenzender Wiese als Spielplatz. Vorzügliche Speisen und Getränke zu billigen Preisen; große Kaffeehütte, 2 gute Regelmassen, Volksbelustigungen aller Art. 400 Personen fassender Parquet-Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten. Jeden Mittwoch unter Leitung des Tanzl. Herrn Goldschmidt und Sonntag: Großer Ball, (Mitgl. d. Tanzlehrervereins „Solidarität“). Um regen Besuch bittet Alfred Malitz (früher Berlin, Annenstrasse 37).

Wirthshaus Schmargendorf, Barnimunderstr. 6

früher unmittelbar am Wald gelegen, hält sich den geehrten Ausflüglern bestens empfohlen. Familien-Kaffeehütte, vorzügliche Speisen und Getränke zu billigen Preisen. 200 Personen fassend, u. Vereinszimmer zu Versammlungen, Jeden Sonntag: Gr. Ball. und Festlichkeiten.

Wöllstein's Lustgarten, Adlershof.

Konzert. Ball. Vorstellung. Auftreten der Gebrüder Görs. Willy Hans. Ringkampf. Rich. Nagott. Anfang 3 Uhr. Entrée 10 Pf. Näheres Anschlagtafel.